

Stenografischer Bericht

6 ao. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 13. November 2015

Beginn: 10.04 Uhr

Entschuldigt: Landesrat Mag. Christopher Drexler, Landesrat Johann Seitinger, LTAAbg. Sandra Krautwaschl, LTAAbg. Karl Lackner, LTAAbg. Peter Tschernko, MSc.

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilung gem. § 39 GeoLT* (708)

D1. Einl.Zahl 387/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landeshauptmann Schützenhöfer betreffend
„Asylkatastrophe in der Steiermark: ein Bundesland sucht seinen Landeshauptmann. Ist da jemand?“

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAAbg. Kunasek (710)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Schützenhöfer (718)

Wortmeldungen: (siehe D3.)

Beschlussfassung: (811)

D2. Einl.Zahl 388/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrätin Mag. Kampus betreffend
„Vom Sozialressort und vom Regieren nach dem Prinzip Rat- und Tatlosigkeit“

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAAbg. Amesbauer, BA (727)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Kampus (735)

Wortmeldungen: (siehe D3.)

Beschlussfassung: (815)

D3. Einl.Zahl 389/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Dr. Buchmann betreffend

„Auswirkungen des Flüchtlingsstroms auf den Wirtschaftsstandort Südsteiermark!“

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (748)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dr. Buchmann (753)

Wortmeldungen: LTAbg. Schönleitner (758), LTAbg. Kunasek (766), LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl (768), LTAbg. Klimt-Weithaler (773), LTAbg. Schartel (780), LTAbg. Kogler (781), LTAbg. Triller, BA (782), LTAbg. Hafner (783), LTAbg. Kägerl (787), LTAbg. Kober (788), LTAbg. Schwarz (791), LTAbg. Dr. Murgg (797), LTAbg. Ing. Jungwirth (800), LTAbg. Dipl.-Ing. Staller (805), BR Krusche (806), LTAbg. Schönleitner (809)

Beschlussfassung: (816)

Präsidentin Dr. Vollath: Hohes Haus!

Geschätzte Damen und Herren, wir beginnen jetzt mit der sechsten Sitzung des Landtages, der zweiten außerordentlichen in der laufenden XVII Gesetzgebungsperiode. Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Zuseherinnen und Zuseher hier vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung mittels Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze und die Damen und Herren des Bundesrates.

Es liegen mir eine Reihe von Entschuldigungen vor. Entschuldigt sind: Landesrat Mag. Christopher Drexler, Landesrat Johann Seitinger, LTAbg. Sandra Krautwaschl, LTAbg. Karl Lackner und LTAbg. Peter Tschernko.

Die 14 Abgeordneten der FPÖ haben am 11. November 2015 beantragt eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark einzuberufen.

Gemäß unserer Geschäftsordnung ist so ein Landtag dann binnen fünf Werktagen einzuberufen, wenn das von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird.

Dieser Antrag hat den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung entsprochen. Aus diesem Grund findet die heutige Sitzung statt.

Sehr geehrte Damen und Herren, bevor ich jetzt zur Tagesordnung übergehe, ist es mir als Präsidentin dieses Hauses ein ganz besonderes Anliegen noch Folgendes zu sagen:

Die heute auf der Tagesordnung stehenden Themen, stehenden Anfragen beinhalten ein einerseits sehr emotional diskutiertes Thema und andererseits auch für unser Land auch sehr wichtiges Thema. Und gerade wegen der Bedeutsamkeit dieses Themas für uns alle, bitte ich die Damen und Herren Abgeordneten sehr herzlich, sich dieser Verantwortung bewusst zu sein, und insbesondere auch bei der Wortwahl auf die Würde dieses Hauses Bedacht zu nehmen. Ich bin überzeugt davon, das dient der gemeinsamen guten Behandlung dieses Themas ebenso, wie dem Ansehen der Politik und dem Ansehen dieses Hauses in der Öffentlichkeit. Ich bitte daher um entsprechende Beachtung.

So, damit kommen wir zur Tagesordnung. Sie ist Ihnen mit der Einladung der heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen diese Tagesordnung ein Einwand?

Das sehe ich nicht.

Ich habe noch eine Mitteilung zu machen und zwar: Es wurden 22 Anfragen gemäß § 66 unserer Geschäftsordnung eingebracht. Ich darf schnell verlesen:

Mit den Einlagezahlen 319, 322, 326, 334, 340, 345 bis 347, 353, 367 bis 368, 371 bis 375, 377, 378, 390, 391 sowie 393 und 394 jeweils Strich 1.

Außerdem wurden acht Anfragebeantwortungen gemäß § 66 unserer Geschäftsordnung von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Es handelt sich um die Einlagezahlen 173, 198, 202, 204, 209, 213, 215 sowie 221 jeweils Strich 2.

Für die heutige Sitzung wurden von Abgeordneten der FPÖ insgesamt drei Dringliche Fragen eingebracht. Nämlich an Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, an Landesrätin Mag. Doris Kampus und an Landesrat Dr. Christian Buchmann.

In Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz werde ich die Dringlichen Anfragen in der Reihenfolge ihres Einbringens zum Aufruf bringen und dabei jeweils die zur Anfrage nominierten Antragsteller um die Begründung und das befragte Regierungsmitglied um die Beantwortung ersuchen. Danach findet eine gemeinsame Wechselrede über diese drei Dringlichen Anfragen statt.

Ich gehe nun zur Tagesordnung über und ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Wir kommen zur ersten Dringlichen Anfrage. Sie wurde am Mittwoch, dem 11. November 2015 um 09.25 Uhr von Abgeordneten der FPÖ an Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer eingebracht. Betreffend:

Asylkatastrophe in der Steiermark: ein Bundesland sucht seinen Landeshauptmann. Ist da jemand?

Ich erteile Herrn Klubobmann LTAbg. Mario Kunasek zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage das Wort und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Herr Klubobmann.

LTAbg. Kunasek – FPÖ (10.09 Uhr): Danke Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich nehme es vorweg und ich werde heute die Begründung eher kurz fassen. Nicht deshalb, weil es nicht genug zu sagen gäbe, sondern weil ich und weil wir auch der Meinung sind, dass es jetzt auch endlich Taten braucht, und diese Taten auch von der Bevölkerung entsprechend, von der Politik eingefordert werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie wir bei der letzten Sondersitzung, bei der ersten Sondersitzung, nämlich im September, das gleiche Thema behandelt haben, da war uns Freiheitlichen damals schon bewusst, dass es im Bereich des Flüchtlingsstroms, auch dieses Ansturms, der hier passiert, noch zu Verschärfungen kommen wird. Ich habe noch gut im Ohr, wie unsere Argumentation, auch unsere Wortwahl, ich sage das ganz gewusst, damals, Anfang September, diese als rechte Hetze abgetan worden ist, wie man versucht hat das Wort „Chaos“ tunlichst zu vermeiden seitens der Regierungsparteien. Wir wissen aber heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es noch viel schlimmer gekommen ist, als wir Freiheitliche das auch im September prognostiziert haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur ganz kurz ein paar Zahlen, um uns auch zu verdeutlichen von welcher Größenordnung wir sprechen.

Wir wissen aus den Medien, dass alleine in den letzten 70 Tagen in der Steiermark 122.000 Flüchtlinge vom Roten Kreuz versorgt worden sind. Wir wissen auch aus den Medien, von der Austria Presseagentur, dass rund 430.000, also rund eine halbe Million, Menschen mit Bussen und mit Zügen und Taxis durch Österreich gebracht wurden und wir wissen heute auch, dass selbst UNHCR selbst davon spricht, dass diese Zahlen natürlich noch weiter ansteigen werden, und dass es über den Winter und auch über das nächste Jahr zu Rekordzahlen kommen wird. Alleine im Monat Oktober, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind 218.000 Menschen über das Mittelmeer nach Europa gekommen. Das sind gleich viel wie im gesamten Jahr 2014. Ich glaube, spätestens jetzt, eben auch zwei Monate nach der letzten Sondersitzung, sollten bei uns allen auch die Alarmglocken schrillen, sollten auch alle hier im Haus anwesenden Fraktionen und Abgeordneten auch endlich erkennen, dass wir es hier mit einer Katastrophensituation in vielen Bereichen zu tun haben, und ja auch mit Asylchaos zu tun haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich bin auch froh darüber, aber darauf kommen wir noch später, dass auch innerhalb der Regierungsfraktion ÖVP, nämlich auch beim Landeshauptmann, in den letzten Tagen und auch Wochen ein Umdenken stattgefunden hat. Und ich weiß auch, dass viele Regierungsvertreter, auch Abgeordnete sich selbst in Spielfeld von der Situation vor Ort in diesem Grenzbereich ein Bild gemacht haben. Schade nur, dass sie nicht so wie ich, und das war bei mir, sage ich auch, eher Zufall, am 21. Oktober, nämlich am Mittwoch, dem 21. Oktober in Spielfeld gewesen sind und diese Situation hautnah mitverfolgenden haben können. Eine Situation, wo Rechtsstaatlichkeit völlig ausgesetzt war, wo Tausende Menschen – manche sagen 1.200, manche sagen 2.000, andere sagen 3.000, man kann es nicht verifizieren – durch diese Absperrungen durchgedrungen sind oder die Exekutive auf Grund des Drucks auch diese Schleusen hat öffnen müssen. Ich sage es, ja anarchische Zustände auch im Bereich Spielfeld stattgefunden haben. Ich sage das deshalb in aller Deutlichkeit, weil immer, wenn die Freiheitliche Partei dieses Thema anspricht, dann sofort der Abwehrreflex seitens der anderen Parteien kommt und immer so dargestellt wird, dass das nicht stattfinden würde. Ich bin froh darüber, dass es Videomaterial gibt, auch Bildmaterial gibt, die auch unsere Wahrnehmung entsprechend bestätigt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage auch, dass wir nicht den Einsatzkräften vor Ort, nämlich der Exekutive, auch dem Bundesheer für diese Zustände, die dort am 21. Oktober aber auch in den Tagen danach stattgefunden haben, die Schuld geben können.

Ich sage hier von dieser Stelle aus, großen Dank und große Anerkennung für die Leistungen der Einsatzkräfte, die trotz der fehlenden Befehlslage und trotz der fehlenden klaren Auftragslage großartige Arbeit leisten, großes Dankeschön an Polizei und Bundesheer auch an dieser Stelle. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich sage auch, dass es für viele Kräfte, die eingesetzt sind im Bereich Spielfeld, nicht verständlich ist, warum wir es nicht schaffen und auch nicht den politischen Auftrag geben, endlich auch entsprechende Kontrollen sicherzustellen. Bei jeder Sportveranstaltung, auch größerer Ordnung, erinnern wir uns an das Happel Stadion, wo man innerhalb von einer Stunde 50.000 Menschen entsprechend mit Kontrollen auch in diese Schleuse bringt oder an eine routenmäßige Kontrolle an Flughäfen, wo es auch möglich ist in großer Zahl abzufertigen, schaffen wir es nicht den politischen Willen aufzubringen, schaffen wir es nicht auch einen klaren Auftrag zu erteilen. Ich appelliere wirklich auch an alle anwesenden Fraktionen, vor allem an die Regierungsparteien, hier endlich auch einmal Druck aufzubauen - mir schon bewusst ist, dass wir in der Steiermark hier im Landtag das Problem alleine nicht lösen können - aber wir müssen Druck aufbauen, auch auf die Bundesregierung, und da kommen wir auch noch dazu, die endlich auch einmal jetzt Taten setzen muss, um diesen Zustand in Spielfeld auch im Sinne der Bevölkerung im südsteirischen Raum endlich zu lösen. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage zur Bundesregierung nur ein paar Sätze: Ich finde es ja fast schon peinlich, in welcher Situation sich anscheinend diese Bundesregierung befindet. Seit Tagen und Wochen wird darüber gestritten, ob man einen Zaun als Zaun bezeichnen darf oder ob dieser Zaun ein „Türl“ mit zwei Seitenteilen ist, wie es der Bundeskanzler bezeichnet, oder ob man doch einmal daran gehen sollte, von einer vernünftigen Grenzraumüberwachung zu sprechen, die auch dem Namen gerecht wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich sage ja, diese Bundesregierung ist dafür verantwortlich, dass es diesen systematischen Rechtsbruch gibt, dass wir hier auch Zustände vorfinden, wo wir uns nicht wundern dürfen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass auch die Bevölkerung, vor allem auch in Spielfeld entlang der B 67, vor allem in den betroffenen Gemeinden, ja im gesamten Bezirk, sage ich einmal, jegliches Vertrauen auch in die Politik verloren hat. Jegliches Vertrauen auch in die Behörden verloren hat, weil, wenn man diese Situationen miterlebt, dann ist ganz klar, dass es hier auch Ohnmacht gibt. Ich sage das ganz vorsichtig.

Da verwundert es mich dann schon, wenn man seitens der beiden Regierungsparteien, auch hier im Haus, nicht einmal klare Worte findet. Nämlich klare Worte, wie ein betroffener Bürgermeister, nämlich ein sehr gut bekannter Bürgermeister, vor allem bei der Sozialdemokratie, nämlich der Toni Vucan, der Bürgermeister der Grenzgemeinde Mureck, der am 11. November im Standard schreibt, ich zitiere: „Die Leute sind verunsichert. Sie haben das Gefühl alleingelassen zu werden. Aber nicht nur sie, ich auch. Ich bekomme null Informationen von der Regierung, ich kann auf viele Fragen einfach keine Antworten geben, was die Menschen hier natürlich unruhig macht“, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da sage ich schon, dass wir hier auch eine Verantwortung leben müssen, eben auch diese Antworten zu geben. Und da fordere ich die Landesregierung auf, auch diese Antworten, nicht nur den Bürgermeistern zu geben, die auch keine bekommen, sondern auch der Bevölkerung zu geben, was die nächsten Schritte sind. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Ihre Positionierung in dieser Frage ist für mich, jetzt im Moment, das sage ich ganz offen und auch für unsere Fraktion, oftmals nicht mehr nachvollziehbar. Sie haben uns im September bei der letzten Sonderlandtagssitzung zum Thema Asyl noch mehr oder weniger ausgerichtet, ich zitiere jetzt vorsichtig: „Mauern“ – Zäune waren damals noch kein Thema – „Mauern und Grenzen werden das Problem nicht lösen“ und dann im Oktober im ORF Steiermark und auch in den Printmedien zu sagen, dass dieser Grenzzaun, weil dann hat man schon das Wort Grenzzaun in den Mund genommen, um ein halbes Jahr bis Jahr zu spät kommt. Und dann jetzt auch wieder, und das ist auch mit ein Grund für die Dringliche Anfrage heute und für die Sitzung: In den letzten Tagen, wo ja die Situation vielleicht quantitativ besser geworden ist auf Grund des Fährstreiks in Griechenland, aber insgesamt sich die Situation ja noch weiter verschärft, um in den letzten Tagen, ich glaube wohl, dringlichsten Frage, die wir in der Steiermark im Moment haben, völlig auf Tauchstation zu gehen. Ich sage, Herr Landeshauptmann, hier haben Sie auch Verantwortung. Hier haben Sie auch Verantwortung als Sicherheitsreferent dieser Landesregierung, hier haben Sie auch Verantwortung, dass gültiges Recht und Gesetze eingehalten werden und hier haben Sie auch Verantwortung, auch mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten, ihnen auch reinen Wein einzuschenken, aber vor allen Dingen auch für die Sicherheit der Bevölkerung im Grenzraum entsprechend zu sorgen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Wir werden heute nicht nur die Dringlichen Anfragen einbringen, sondern wir werden heute auch Anträge einbringen. Ich möchte nur auf ein paar Teilbereiche kurz eingehen, wo wir auch als Freiheitliche seit Monaten, ja seit Jahren, davor warnen, dass wir beispielsweise im Bereich der Exekutive massive Personalschwierigkeiten haben. Das ist noch gar nicht so lange her, nämlich ein paar Wochen, da wurde auch hier im Haus wieder ein Antrag der Freiheitlichen Partei, nämlich auf Aufstockung der Exekutive in der Steiermark, abgelehnt. (*LTA*bg. *MMag. Eibinger-Miedl*: „*Wir haben eigene Anträge eingebracht*“) Ich werde jetzt auch nicht die alten Geschichten aufwärmen mit dem Sicherheitspakt 2009, Frau Kollegin Eibinger, zwischen dem Landeshauptmann Schützenhöfer und der damaligen Innenministerin, wo man keinen einzigen Exekutivbeamten mehr in der Steiermark sieht, (*LTA*bg. *MMag. Eibinger-Miedl*: „*Dem Landeshauptmann geht es um die Sicherheit in diesem Land!*“) nein, ganz im Gegenteil, es von Tag zu Tag weniger werden, wo wir Anträge einbringen Exekutive aufzustocken und Sie dann wieder mit fadenscheinigen Begründungen die Anträge der Freiheitlichen Partei ablehnen, (*LTA*bg. *MMag. Eibinger-Miedl*: „*Das ist jetzt aber kein Vorwurf an den Landeshauptmann, oder?*“) wo wir ganz klar sagen: Jetzt ist es fünf nach zwölf, sehr geehrte Frau Abgeordnete Eibinger. (*Beifall bei der FPÖ*) Es ist fünf nach zwölf in dieser Frage, weil jetzt angesichts der angespannten Situation in Spielfeld und im Grenzraum plötzlich auch zu bemerken, wir bräuchten jetzt aber schnell 300 Polizisten mehr, das ist keine glaubwürdige Politik, Frau Abgeordnete, das ist auch keine weitsichtige Politik und ich sage auch, ja, ich bin froh, dass wir jetzt, ich glaube, 300 Hilfspolizisten ausbilden, aber ich sage auch, es wird endlich einmal Zeit die Exekutive in der Steiermark so weit zu stärken, dass sie auch nicht nur im Grenzraum für Sicherheit sorgt, sondern auch in den anderen Teilen der Steiermark, wo man jetzt schon wirklich personelle Schwierigkeiten hat. (*LTA*bg. *MMag. Eibinger-Miedl*: „*Wir kämpfen darum!*“) Sie wissen es auch von Ihrer Personalvertretung innerhalb der Polizei, auch die SPÖ-Personalvertretung innerhalb der Polizei, die seit Monaten warnt, jetzt auch endlich einmal Maßnahmen zu setzen. (*Beifall bei der FPÖ*) Dieser Antrag heute ist so ausformuliert, dass ich wirklich schon sehr gespannt bin auf die Diskussion am Nachmittag, welche Argumentationen man dagegen entsprechend finden kann. Ich bin mir aber sicher, Sie haben eine Kreativität in diesem Bereich und wahrscheinlich wird auch heute dieser Antrag abgelehnt, aber lassen wir uns eines Besseren belehren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend zur Begründung für mich und für uns Folgendes festhalten:

Wir haben erstens jetzt die Aufgabe, und auch als Landtag haben wir diese Aufgabe, den Druck auf die Bundesregierung endlich so aufzubauen, dass wieder Rechtsstaatlichkeit herrscht, dass Gesetze eingehalten werden, dass es nicht möglich ist, dass systemisierter Rechtsbruch passiert und dass wir auch als betroffenes Bundesland, und das sind wir ja, und wir sind die gewählten Vertreter der Bürger in der Steiermark, hier entsprechend einmal auch klare Worte finden. Zweitens, auch den Druck auf die Europäische Ebene aufbauen. Ich weiß, da sind wir über weite Strecken sogar konform, aber wir müssen es schaffen, endlich auch die Europäische Union zu bewegen. (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Der Mayer sitzt auch in Brüssel!“*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auch ehemalige EU-Parlamentarier hier auf der Regierungsbank, (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Wo ist der Kollege Mayer!“*) wir haben Abgeordnete von allen Parteien auch in der Europäischen Union, und ich sage Ihnen nur eines: Wenn wir es nicht schaffen diesen Druck aufzubauen, dann wird auch weiterhin nichts passieren. Und diese Europäische Union, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, die immer als das Friedensprojekt gepriesen wurde, das es über viele Strecken auch war und ist, hat bewiesen, dass es in den wirklich wichtigen Fragen völlig versagt und dieses Versagen wird jetzt auch augenscheinlich. (*Beifall bei der FPÖ*) Wir haben aber auch drittens, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier im Haus den Auftrag, und das haben wir schon angerissen, auch die Sicherheit der heimischen Bevölkerung endlich wieder herzustellen, auch mit der heimischen Bevölkerung in einen offenen Dialog zu treten, und ich sage auch, auf Grund der Berichterstattungen der letzten Tage, Arbeitsgruppen oder Arbeitskreise, Informationsgespräche, wie wir sie dankenswerter Weise auch bei der Landesrätin Kampus gehabt haben, sind ein Instrument der politischen Arbeit, (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Aber Mitarbeit wäre wichtig!“*) aber die Beantwortung in öffentlichen Sitzungen von Dringlichen Fragen, ist ein anderes Kapitel und auch entsprechend parlamentarisch durchaus üblich. (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Mitarbeit wäre wichtiger, als nur Fragen zu stellen!“*) Ich weiß schon, dass natürlich viele Abgeordneten, gerade im Bereich der ÖVP, mit dem Recht der Opposition und mit Kontrollrechten ein Problem haben, (*Beifall bei der FPÖ*) aber glauben Sie mir eines, Frau Abgeordnete Pichler-Jessenko, wir werden uns von dem hysterischen Geschrei nicht abbringen lassen, (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Sie sollten besser arbeiten!“*) dass wir weiterhin unsere Oppositionsrechte wahrnehmen werden, (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Arbeiten wir gemeinsam. Sie sind dazu eingeladen!“*) meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ - (LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Arbeiten wir gemeinsam. Sie sind doch dazu eingeladen vom Herrn*

Landeshauptmann!“) Und als vierter und letzter Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss es uns auch einmal gelingen, dass man sich durchringt, auch hier in diesem Haus, einmal ganz offen zu sagen: „Ja, wir haben gewisse Kapazitätsgrenzen. Ja, diese Kapazitätsgrenzen sind erreicht und ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, in vielen Bereichen ist das Boot bereits voll“, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP und SPÖ. Da würde ich mir wünschen, dass man auch einmal eine offene Diskussion führt über Höchstzahlen, die festzumachen sind. Ich möchte daran erinnern, dass dieses gemeinsame Papier, nämlich, was der Landeshauptmann angeregt hat, aller Fraktionen hier im Haus daran gescheitert ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Abgeordnete, weil Sie nicht wollen, dass man über Höchstzahlen überhaupt diskutiert. Sie sind nicht diskussionsbereit. *(Beifall bei der FPÖ)* Sie können da reinschreien, Sie können Zwischenrufe machen, aber wenn es darum geht einmal eine offene Diskussion zu führen und einmal zu fragen: „Gibt es Höchstzahlen, kann man darüber sprechen?“, da kommt die Blockade und Blockierhaltung von Ihnen ganz klar zum Tage, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Deshalb bringe ich jetzt auch die Dringliche Anfrage entsprechend ein. Beginne mit der ersten Frage:

1. Wie viele Flüchtlinge sind seit Beginn des einsetzenden Flüchtlingsstromes an den Grenzübergängen Spielfeld und Bad Radkersburg abgefertigt worden?
2. An welchem Tag der vergangenen vier Wochen passierten am meisten Flüchtlinge den Grenzübergang Spielfeld?
3. Um wie viele Asylwerber handelte es sich dabei konkret?
4. Welche vorbereitenden Maßnahmen wurden seitens der Landesregierung gesetzt, für den Fall, dass der Flüchtlingsstrom anhält bzw. weiter zunimmt?
5. Wurden gesonderte Vorbereitungen getroffen, für den Fall, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Grenzen dichtmacht?
6. Welche Maßnahmen haben Sie als politisch verantwortlicher Referent der Landesregierung für „Sicherheitsangelegenheiten und Polizeirecht“ gesetzt, um den chaotischen Zuständen an den Grenzübergängen in Spielfeld und Bad Radkersburg Einhalt zu gebieten?

7. Werden Sie sich aufgrund des enormen Bedarfs an Polizisten und der damit einhergehenden personellen Ausdünnung an Polizeidienststellen im Landesinneren der Steiermark für eine Aufstockung der Exekutivkräfte einsetzen?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Wenn ja, was werden hierzu Ihre nächsten Schritte sein?
10. Sind Ihnen angesichts der Vorkommnisse an den Grenzübergängen in Bad Radkersburg und Spielfeld Übertretungen im Hinblick auf die Einhaltung des Sicherheitspolizeigesetzes bekannt?
11. Wenn ja, um welche Übertretungen bzw. Delikte konkret handelt es sich dabei?
12. Werden Sie sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass künftig die Bestimmungen des Sicherheitspolizeigesetzes, insbesondere im Hinblick auf § 29 (Verhältnismäßigkeit), eingehalten werden und damit geltenden Gesetzen Rechnung getragen wird?
13. Wenn nein, warum nicht?
14. Wenn ja, was werden hierzu Ihre nächsten Maßnahmen sein?
15. Warum haben Sie in der Landtagssitzung vom 7. September 2015 im Zuge der Debatte über die Einführung von Grenzkontrollen davon gesprochen, dass man mit geschlossenen Grenzen keine Probleme lösen könne, um wenige Wochen später den Bau von Grenzzäunen und „besonderen baulichen Maßnahmen“ als „richtige Maßnahme“ zu titulieren?
16. Was werden Sie im Sinne des Sicherheitsbedürfnisses der Steirer tun, um die Errichtung eines streckenweise verlaufenden Grenzzaunes bzw. bauliche Maßnahmen im Bereich der Grenzübergänge Spielfeld und Bad Radkersburg sicherzustellen?
17. Welche konkreten „baulichen Maßnahmen“ werden Ihren Informationen zufolge seitens des Innenministeriums an den Grenzübergängen Spielfeld bzw. Bad Radkersburg getätigt?
18. Finden diese geplanten Neuerungen in Abstimmung mit der Landesregierung bzw. mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden statt?
19. Wie ist Ihre Aussage gegenüber dem ORF-Steiermark vom 28. Oktober 2015 zu verstehen, dass die Errichtung eines Grenzzaunes „auch ein Hinweis für Schlepper ist, dass nicht mehr alles geht“?

20. Werden Sie sich angesichts des großen Flüchtlingsstromes und dem Umstand, dass rund zwei Drittel aller Asylverfahren negativ beschieden werden, auf Bundesebene für eine schnellstmögliche Umsetzung der Forderung nach „Asyl auf Zeit“ einsetzen?
21. Wenn nein, warum nicht?
22. Wenn ja, was werden hierzu Ihre nächsten Maßnahmen sein?
23. Werden Sie sich auf Bundesebene für einen verstärkten Einsatz des Bundesheeres (selbständiger Sicherungseinsatz des Heeres) zur Abwicklung des Flüchtlingsstromes einsetzen, um eine Entlastung der im Grenzraum eingesetzten Polizeikräfte zu erwirken?
24. Wenn ja, was werden hierzu Ihre nächsten Schritte sein?
25. Wenn nein, warum nicht?

Ich bitte um Beantwortung der Fragen. *(Beifall bei der FPÖ – 10.30 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Herr Landeshauptmann, ich ersuche dich um Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landeshauptmann Schützenhöfer – ÖVP (10.30 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete zum Bundesrat, zum Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren Steirerinnen und Steirer, soweit Sie diese Debatte verfolgen!

Die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Mario Kunasek, Liane Moitzi und Kollegen beantworte ich wie folgt:

Das Thema Asyl begleitet uns seit vielen Wochen und Monaten und wird es vermutlich auch noch für eine längere Zeit tun. Wie ich bereits anlässlich des Sonderlandtages am 7. September dieses Jahres betont habe, ist in diesen schwierigen Zeiten Haltung gefragt. Eine Haltung, die sich nicht von populistischen Forderungen verbiegen lässt, sondern die auf jenem soliden Wertefundament beruht, das uns erst zu Menschen macht. Daran hat sich für mich nichts geändert. Was sich jedoch in den vergangenen Wochen geändert hat, ist die weitere Dynamik der Flüchtlingsströme und der Umstand, dass die am stärksten betroffenen Länder innerhalb der Europäischen Union und so auch Österreich und damit die Steiermark, an der Grenze der Belastbarkeit angekommen sind.

Die Verlagerung der Fluchtbewegung entlang der Balkanroute hat die steirischen Grenzübergänge in Spielfeld und Bad Radkersburg zu zentralen Orten des Geschehens gemacht. Ich war in den vergangenen Wochen mehrmals und, im Gegensatz zu manchen politischen Mitbewerbern, auch ohne mediale Begleitung vor Ort. Es ist nicht die Verantwortung eines Landeshauptmannes, jeden Schritt den man an der Grenze tut, filmen zu lassen, damit nur ja alle merken, der ist auch wieder da, weil es viele Gespräche gibt, die man im Hintergrund führen muss, wenn man an Lösungen interessiert ist. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Die vielen Gespräche mit ehrenamtlichen Helfern, Einsatzkräften, Bürgermeistern und natürlich auch Steirerinnen und Steirern haben mich in meiner Einstellung bestärkt: Wir brauchen eine Politik, die entschlossen aber besonnen vorgeht, ohne tägliche Schuldzuweisungen und immer im Kopf habend, dass wir die Sorgen der Menschen zu diesem Thema sehr ernst nehmen sollen. Es ist die Pflicht von politisch Hauptverantwortlichen, ob das in der Gemeinde, im Bezirk, in der Region, im Land, im Bund ist, alles zu tun, damit wir den Menschen Sicherheit geben können und sie nicht weiter zu verunsichern. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Ich tue was ich tun kann und stehe nicht an zu sagen, dass ich selbst auch oft von Unsicherheit und Irritation ergriffen bin, weil es täglich Krisen gibt. Aber ich halte es für unverantwortlich in dieser Situation Angst zu schüren, um damit Gräben, die es schon gibt, weiter aufzureißen, und ich halte es in einer Situation auch für unverantwortlich, glatte und in der Überschrift so schöne durchgreifende Lösungen vorzuschlagen, die sich dann aber in der internationalen Gemeinschaft nicht durchsetzen lassen - zusperren. Nein, Grenzen müssen wir besser sichern. Als die vor ein paar Wochen da durchmarschiert sind, hat uns alle der kalte Schauer erfasst. Das geht nicht. Der Staat muss seine Grenzen für die Bürger schützen können, sichern können. Das ist keine Frage von rechts oder links, das ist die Frage: Was wir tun können, um hierbei das Richtige zu machen? *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Als Landeshauptmann bin ich rechtlich weder für die Grenzsicherung, die Asylverfahren noch für die außenpolitische Lösung internationaler Konflikte, die dieser Fluchtbewegung zu Grunde liegen, zuständig. In meiner Verantwortung für die Steiermark sehe ich es aber als selbstverständlich an, ich übertreibe nicht, wenn ich sage, Tag und Nacht in unzähligen Gesprächen und Telefonaten mit den zuständigen Stellen und Verantwortlichen Kontakt zu halten, die Interessen der Steirerinnen und Steirer zum Ausdruck zu bringen und konkrete Maßnahmen zu fordern, um in dieser schwierigen Situation für unser Land bestmögliche Sicherheit zu gewährleisten.

Ich kann es nicht oft genug betonen, dass gerade in diesen Zeiten wir alle, Sie als die gewählten Mandatarinnen und Mandatare, wir als Regierungsmitglieder, eine ganz besondere Verantwortung tragen. Ich habe es schon letzte Woche gesagt: Mit diesem Streit um Begrifflichkeiten auf der Bundesebene rund um die geplanten baulichen Maßnahmen in Spielfeld hat die Bundesregierung - verzeihen Sie - ein jämmerliches Bild abgeliefert. Das darf nicht sein. So etwas ist unerträglich, denn in Wahrheit sind es Schicksalstage für Österreich und auch für die Europäische Union. Da sollte die Spitze einer Bundesregierung das tun, was wir im Land versuchen: Gut miteinander reden, aber dann mit einer Zunge sprechen!

In der Steiermark wissen wir, dass wir große Herausforderungen nur gemeinsam lösen können. In dieser Verantwortung habe ich übrigens alle steirischen Parteiohleute zu einem Gespräch über die Flüchtlingsfrage eingeladen. Dieses ist aus meiner Sicht in einem eigentlich guten Klima und mit konstruktiven Ansätzen verlaufen. Wir haben auch vereinbart, dass die zuständige Soziallandesrätin die Gespräche auf der Ebene mit den fünf Klubohleuten fortsetzt. Vorgestern hat ja ein solches Gespräch stattgefunden. Ich möchte alle Klubs, auch von dieser Stelle aus, und alle hier im Landtag vertretenen Parteien noch einmal einladen, dass wir im Wesentlichen konstruktiv bleiben. Lösen wir die Herausforderung über die Parteigrenzen hinweg!

Zu den einzelnen Fragen:

Auf Grund der Kompetenzverteilung in der Bundesverfassung liegt die Zuständigkeit der Beantwortung der Fragen 1, 2, 3, 5, 10, 11, 17 und 18 in der Sache beim Bund. Ich verweigere die Beantwortung aber nicht, stelle aber fest, dass ich Ihnen zu diesen Fragen, die ich an das Bundesministerium für Inneres geschickt habe, den Text des Bundesministeriums für Inneres zur Kenntnis bringe. *(Beifall bei der KPÖ)*

Zur Frage 1: An den beiden Grenzübergängen wurden laut Bundesministerium für Inneres seit Beginn des einsetzenden Flüchtlingsstromes rund 135.600 Personen abgefertigt.

Zur Frage 2: Nach Auskunft des Bundesministeriums für Inneres war auf Grund der Auswertungen der letzten zehn Tage der 4. November 2015, der stärkste Tag in Bezug auf Transitflüchtlinge; 6.090 Personen haben den Grenzübergang Spielfeld passiert.

Zur Frage 3: Laut Auskunft des Bundesministeriums für Inneres wurden im September 2015 österreichweit 10.216 und im Oktober 2015 11.101 Asylanträge gestellt. Eine bundesländerweise Aufstellung liegt laut Bundesministerium für Inneres nicht vor.

Zu den Fragen 4 und 5: Die Koordination des Migrationsstromes erfolgt auf Bundesebene, insbesondere durch die Frau Bundesminister Johanna Mikl-Leitner sowie dem Herrn Bundesminister Sebastian Kurz, nicht nur mit Deutschland, sondern mit allen betroffenen Ländern. Maßnahmen zur Regulierung dieses Stromes ergehen weitestgehend in Absprache zwischen diesen Ländern.

Zur Frage 6: Diese von Ihnen angesprochene Aufgabenzuweisung ist verfassungsrechtlich auf ganz wenige Aufgaben der Sicherheitsverwaltung beschränkt: Im selbstständigen Wirkungsbereich des Landes und damit in meiner Verantwortung sind dies die örtliche Sicherheitspolizei, wie zum Beispiel das Halten gefährlicher Tiere oder verbotene Formen der Bettelerei und die örtliche Sittlichkeit.

Bundessache hingegen sind Kraft Bundesverfassung die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Bundesgebiet, also die überörtliche Sicherheitspolizei, das Grenzkontrollwesen, die Fremdenpolizei, das Ein- und Auswanderungswesen, das Melde- und Waffenwesen, aber auch die Organisation und Führung der Bundespolizei.

Die Vorgänge in Spielfeld und Bad Radkersburg sind daher Bundesaufgaben, die das Bundesministerium für Inneres mit der Polizei zu bewältigen hat.

Zu den Fragen 7 bis 9: Ja, ich habe eine Aufstockung gefordert und diese ist bereits in Umsetzung. Das war mein Aufschrei vor drei Wochen, als es diese Bewegung gegeben hat.

Zu den Fragen 10 und 11: Nach Auskunft des Bundesministeriums für Inneres wurde keine Übertretung des Sicherheitspolizeigesetzes gemeldet. Selbstverständlich gibt es in solchen Ausnahmesituationen, in denen Tausende Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen auf engstem Raum zusammenkommen, diverse Vorkommnisse. Meinen Informationen nach haben sich diese bisher dank der umsichtigen Arbeit der Sicherheitskräfte vor Ort in Grenzen gehalten. Es sind aber auch viele Gerüchte im Umlauf, die nicht bestätigt wurden.

Schauen Sie, ich war letzten Freitag wieder an der Grenze und habe mich dort mit den angrenzenden Bürgermeistern getroffen, mit denen geredet auch wegen möglicher Notunterkünfte. Ich habe mit den Bezirkshauptleuten geredet. Ich habe insbesondere mit der Militärstreife, mit der Polizei und mit dem Bundesheer meine Gespräche geführt. Ja, es gibt in Flüchtlingslagern, wenn viele Menschen auf engstem Raum zusammen sind, da und dort Rängeleien, Streitereien. Ich will keine falschen Vergleiche aufziehen, aber wenn Rapid bei Sturm spielt, sind Hunderte und aberhunderte Polizisten eingesetzt, um für einen geordneten Abgang der Gäste aus Wien zu sorgen und es hat Verletzungen gegeben. Ich will ja nichts runter spielen, da kann es Explosionen geben. Ich mache mir da nichts vor. Da musste die Polizei auch schon einschreiten und da hat es auch schon Verletzungen gegeben, aber von dem, was die große Gerüchtewelle auf uns zugespielt hat, ist in der Tat wenig übrig geblieben. Ich glaube, so um den Nationalfeiertag war so eine Welle, wo ich nicht mehr geglaubt habe, was man noch tun kann vor lauter Gerüchten. Ich habe eine sms bekommen von einem Freund, der gerade in Frankreich war: „Ich bin aus Wildon, die haben meinen Hof ausgeraubt und angeklopft und in Gralla ist ein Geschäft überfallen worden“. Dann habe ich sofort Informationen eingeholt bei der Landespolizeidirektion. Das einzige, was die zu diesem Zeitpunkt wussten ist, dass von Apfelbäumen, die schon geerntet waren, ein paar Äpfel, die oben geblieben sind, runter genommen wurden. Derjenige melde sich von uns, der noch nie einen Apfel von Nachbarsgarten entwendet hat. Ich will es nicht verharmlosen. Ich bin am Sonntag vor dem Nationalfeiertag wieder runter gefahren, ganz privat. Da habe ich gerade die Meldung im Radio gehört, wie fürchterlich der Fremdenverkehr im Einbrechen ist. Auf der südsteirischen Weinstraße hat man nicht einmal mit dem Fahrrad Platz gehabt, geschweige denn, dass man nur irgendein Platzerl in einer Buschenschank bekommen hat. Dann rede ich mit dem Bürgermeister Höflechner - bin froh, dass wir den dort haben, auch froh, dass wir den Schmidlechner in Radkersburg haben, sind beide Angehörige des Bundesheeres, die haben eine gewisse Grundausstattung, im Regelfall zumindest, um solche Situationen gut einschätzen zu können, und diese Antwort von Bürgermeister Höflechner möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Ich habe gesagt: „Reinhold, wie ist es denn wirklich?“ Der hat mir schon ein paar Dinge gesagt, was man bei Flüchtlingen schon alles so gefunden hat, aber dann sagt er mir: „Weißt du, von der Wahrnehmung her ist zwischen Spielfeld und Leibnitz jedes Geschäft schon dreimal ausgeraubt worden.“

Von der Wahrheit her noch kein einziges“. Und dass zwei Geschäfte wegen zu hohen Andrangs damals, der Landesrat Buchmann wird darüber berichten, geschlossen haben, weil die gesagt haben, dass da zu viele Leute kommen, aber nicht weil die was gestohlen haben, sondern weil denen das zu viel geworden ist, kurzfristig ein paar Stunden geschlossen haben, ist wieder etwas anderes. Ich will damit nur sagen, dass mein Appell der wäre: Wachsam zu bleiben. Noch einmal, drehen Sie mir das Wort nicht im Mund um, es kann jederzeit was passieren und ich denke ununterbrochen nach, was tun wir dann, was können wir tun, damit nichts passiert? Aber bisher ist es durch den vereinten Einsatz der Polizei, des Bundesheeres, der Freiwilligen, noch zu keinen Vorkommnissen gekommen, die diese Staatsgrenze erschüttert hätte.

Zu den Fragen 12 – 14: Ich unterstütze jede Maßnahme, die seitens der zuständigen Bundesstellen getroffen wird, um die Sicherheit der Steirerinnen und Steirer zu gewährleisten.

Zur Frage 15: Ich habe mehrmals gesagt, dass es nicht das Ziel ist, die Grenze „dicht zu machen“, sondern dass es darum geht, eine geordnete Ein- und Weiterreise sicherzustellen. Das Sichern der Grenze ist Kernaufgabe des Staates. Ich sage es, glaube ich, jetzt schon das dritte Mal in der heutigen Rede, wie ich dann gesehen habe und angerufen worden bin, dass da Tausende über die Grenze sind, habe ich ganz persönlich auch das Gefühl der Ohnmacht, der Unsicherheit bekommen, und der Innenministerin und dem Verteidigungsminister gesagt: „Jetzt müsst ihr was tun. Mehr Polizei, mehr Bundesheer“. Und ich sage es mit Dank, die sind auch gekommen. Und das war hoffentlich eine einmalige Situation, denn der Staat muss seine Grenzen für die Bürger schützen und sichern. Das heißt aber nicht, dass ich ein für alle Mal geschlossen habe. Auch in der ganzen Debatte, die wir seither geführt haben.

Zur Frage 16: Die Zuständigkeit zur Planung und Errichtung baulicher Maßnahmen, die der Grenzsicherung dienen, liegt beim Bund. Daran wird offensichtlich intensiv gearbeitet.

Zu den Fragen 17 und 18: Über die konkrete Ausführung der baulichen Maßnahmen wurde vor einer halben Stunde auf Regierungsebene Einigung erzielt. Die Innenministerin hat mich gerade verständigt. In diesen Minuten, in diesen Minuten findet die Pressekonferenz der Innenministerin, des Verteidigungsministers, des Ministers Ostermayer und des - ich glaube er ist Staatssekretär, Mahrer, statt und des jeweilig höchsten Polizei- und Bundesheeroffiziers.

Es gibt eine Einigung. Ich sage Ihnen was, ob Sie es mir glauben oder nicht, mir fällt für kurze Zeit einmal ein Stein vom Herzen, weil es hat ja in den letzten Tagen geheißen: Wenn nicht Einigung, dann Alleingang usw. Das wäre fatal für uns. Wir brauchen eine handlungsfähige Landesregierung - die haben wir -, wir brauchen in dieser Situation eine handlungsfähige, mit einer Zunge sprechende Bundesregierung wie ein Stückl Brot, wenn sie nicht die Glaubwürdigkeit vollends verlieren wollen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich glaube, der Herr Kunasek hat gefragt: „Wo ist der Landeshauptmann - ist da jemand?“ So leicht bin ich ja nicht zu übersehen. Wissen Sie, ich war am Sonntag am Abend sechs Stunden mit den engsten Kreis meiner Crew in Wien beieinander, da haben wir gesagt was wir wollen. Da haben wir aber auch eines gesagt und ohne übertreiben zu wollen oder meine Rolle größer zu machen als sie ist, liegt mir fern, ich habe hauptsächlich darauf gedrängt, dass wir nicht das machen, was in der Vorwoche um das Wochenende herum passiert ist, alle vier Stunden haben wir eine neue Meldung bekommen. Der 3-Punkte-Plan, der 4-Punkte-Plan, sie will das, er will das, und als Landeshauptmann erfahre ich nebenbei, dass wir dann noch mehr Grenzübergänge kriegen, die eh nicht kommen. Ich habe darauf gedrängt, ganz offensichtlich ist es soweit, es muss alles getan werden, dass das eine gemeinsame Lösung ist. Ich kenne sie schon im Detail, bin einverstanden damit. Insbesondere ist es gut, dass wesentliche Schritte gemeinsam in Slowenien gesetzt werden. Das was wir tun, um die Grenze stärker zu sichern ist in Ordnung und es ist auch für den Fall, dass es zu unvorhersehbaren Maßnahmen kommen muss, dass rasch zusätzlich errichtet werden kann. Insofern bin ich froh, dass auch zumindest der Bürgermeister von Spielfeld-Strass und Experten unten einbezogen worden sind und ich bin froh, dass es zu dieser gemeinsamen Lösung kommt.

Zur Frage 19: Ich begrüße jede Maßnahme, die den Sicherheitskräften dabei hilft, die verabscheuungswürdigen Praktiken der Schlepper zu bekämpfen und diesen Verbrechern - es ist erst gestern ein Schlepperring aufgefliegen - das Handwerk zu legen.

Zu den Fragen 20 – 25: Ja, sage ich auch klar. Man muss zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlings klar unterscheiden. Ich war vor ein paar Tagen in Radkersburg. Mir hat der Bezirkspostenkommandant es möglich gemacht, dass ich ins Zelt selber hineingekommen bin. Die machen das unaufgeregt und sehr gut in Radkersburg.

Man darf nicht vergessen, diese Grenze ist ja Mitten in der Stadt. Da geht man über die Stufen runter und man ist im Altstadtbeisl. Die haben das sehr gut, in einer außergewöhnlichen guten Zusammenarbeit auch der Mandatare und der Einsatzkräfte dort gemacht. Man sieht auf den ersten Blick, dass das nicht nur Kriegsflüchtlinge sind. Man sieht auf den ersten Blick auch wo die her sind. Man darf die Menschen nicht ausspielen, aber natürlich muss es hier auch zu Maßnahmen kommen und natürlich gilt das, was viele von uns sagen, wir können nicht alles Leid dieser Welt in Österreich allein beseitigen. Wir brauchen die europäische Solidarität und die Bewegung des Europas der Union. Selbstverständlich sind alle Maßnahmen zu begrüßen, die sicherstellen, dass Österreich die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik bestmöglich bewältigt. In diesem Sinne bin ich mit den Verantwortlichen im Bund in ständigem Kontakt und heute ist dafür, denke ich, ein Tag, der uns alle, hoffentlich über die Koalitionsparteien hinweg, eint, dass da ein guter Schritt gesetzt wird. Es muss uns trotzdem klar bleiben: Die Flüchtlingsproblematik kann nur europa- und weltweit gelöst werden. Es bleibt meine große Sorge, alleine dessen, was sich vor drei Wochen in der Steiermark abgespielt hat, dass Europa im Begriffe ist, die Kontrolle über seine Grenzen zu verlieren. Das ist unhaltbar, weil es die Souveränität der Staaten verletzt und erschüttert! Europa muss seine Außengrenzen schützen. Der Einsatz von „Frontex“, als Hilfe für Griechenland und Italien ist unerlässlich. Und ich bleibe abschließend dabei: Das Österreichische Bundesheer und die Polizei sind zu stärken. Auch da wird heute bei der Pressekonferenz auch einiges bekanntgeben. Sie leisten in diesen Tagen unter schwierigen Bedingungen nahezu Unmenschliches. Ich erzähle noch einmal vom letzten Freitag. Ich habe eine Polizistengruppe, ich glaube aus Mödling, es sind ja viele aus dem Burgenland, aus Niederösterreich, aus Oberösterreich da, angesprochen und ich habe gesagt: „Meine Herren, ich habe den Eindruck Sie sind ziemlich übermüdet“. Die haben mir gesagt: „Ja, wäre schön, wenn wir nach ein paar Wochen einmal zwei Tage zur Familie heimfahren könnten“. Ich habe sofort mit der Innenministerin telefoniert, dass sie sozusagen diesen „Radldienst“ nicht noch weiter ausweiten, sondern verkürzen soll. Das heißt natürlich mehr Polizei, wenn man öfter wechseln will. Und auch mit dem Verteidigungsminister wegen der Zusammenarbeit Militärpolizei und Polizei bei Demonstrationen, denn Zusammenarbeit, die nicht möglich war bisher auf Grund der Befehlslage, auch das wurde inzwischen verbessert. Und die Frage mit der Polizei ist ebenso in Lösung.

Dieses Bundesheer, die Polizei leisten in diesen Tagen unter schwierigen Bedingungen nahezu Unmenschliches. Dank dieser Einsatzkräfte und den unzähligen freiwilligen und ehrenamtlichen Helfern, von der Caritas bis zum Roten Kreuz und von vielen Freiwilligen, die runter fahren, ist es überhaupt nur möglich, diese Situation an der Grenze zu bewältigen. Ich war am vergangenen Samstag in Bad Aussee. Sagt mein Bürgermeister: „Ein Kleinbus mit sechs Leute ist um 5.00 Uhr in der Früh losgefahren. Die helfen heute unten“. Wissen Sie, ich möchte einfach als Landeshauptmann, und ich nehme an, im Namen von Ihnen allen, einfach einmal sagen: „Danke, ohne euch wäre es nicht möglich!“ *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Aber ich möchte mich auch bei der zuständigen Landesrätin Doris Kampus bedanken. Still und leise, in einer nicht ganz leichten Abteilung, und mit der Hilfe von Ihrem Team im Büro und mit der Hilfe von unserem Flüchtlingskoordinator, haben wir jetzt, du wirst es sagen, das nehme ich dir nicht weg, eine absolut herzeigbare Quote. Wenn du die Zahlen nennst, was das jetzt schon bedeutet, dass wir da Tausende zusätzlich untergebracht haben und die Gemeinden immer weniger werden, die keine Flüchtlingsquartiere noch gemeldet haben und wir von den Transitflüchtlingszelten usw. abgesehen, unseren Anteil der Asylwerber im Gegensatz zu manch anderen Bundesländern in wirklich ordentlichen Quartieren, kleineren, mittleren und nicht in Massen - im Regelfall jedenfalls - untergebracht haben, dann ist das auch ein Erfolg der zuständigen Landesrätin mit Ihrem ganzen Team und dann ist das auch ein Erfolg unserer Gemeinden, die mittun. Schimpfen wir nicht immer über die Gemeinden, es werden immer weniger, die nichts melden. Es werden immer mehr, die mittun. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das wäre es. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.00 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Danke, Herr Landeshauptmann, für die Beantwortung.

Wir kommen damit zur zweiten Dringlichen Anfrage. Sie wurde ebenfalls am Mittwoch, dem 11. November von Abgeordneten der FPÖ eingebracht, unmittelbar nach der ersten. Richtet sich an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus betreffend:

Vom Sozialressort und vom Regieren nach dem Prinzip Rat- und Tatlosigkeit.

Ich erteile Herrn LTAbg. Hannes Amesbauer das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise wiederum darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTabg. Amesbauer, BA – FPÖ (11.01 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuseher!

Wenn man dem Landeshauptmann der Steiermark zuhört, dann hört man zwar einerseits, dass er von Haltung spricht, und das ist ja richtig – ich glaube, wir Freiheitlichen haben gerade in der Asyllinie seit Jahren eine konsequente und vor allem klare Haltung, im Unterschied zu anderen Parteien – und andererseits hört man auch, dass der Landeshauptmann darauf verweist, dass man keine Probleme lösen kann mit Überschriften, das ist auch richtig, dass er andererseits aber Populismus ortet, Stimmungsmache ortet und Ängste schüren ortet. Ich sage Ihnen aber nur eines, Herr Landeshauptmann, man wird diese Probleme, und das sind wahrscheinlich die gravierendsten Probleme in der Geschichte der Zweiten Republik, die aktuell zu bewältigen sind, und auch in den nächsten Jahren zu bewältigen sein werden, auch nicht durch Beschwichtigung lösen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Wir erleben in der Steiermark seit Wochen und Monaten unzumutbare Zustände im Bereich dieses Asylchaos. Wir erleben einen systematischen Rechtsbruch seitens der Bundesregierung, außer Kraftsetzung sämtlicher rechtsstaatlicher Vereinbarungen und Grundsätze, die Dubliner Abkommen einerseits mit der Drittstaatenregelung, völlig außer Acht gelassen. Die Kontrolle und Registrierung der Invasoren, die zu uns kommen, wird überhaupt nicht ordentlich und rechtsstaatlich durchgeführt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Landesrätin Kampus, der Landeshauptmann hat ja gesagt, Sie arbeiten sehr emsig im Hintergrund. Wir werden das mit der Dringlichen Anfrage mit den 70 Fragen auch überprüfen, denn Faktum ist, von Ihnen als ressortzuständiges Regierungsmitglied dieser Landesregierung hat man in den letzten Wochen und Monaten nicht wirklich viel gehört. Wir werden dem auf den Grund gehen. Wir haben ja auch das System, weil ja bei der ÖVP, vor allem die ÖVP, da ist ja die EU immer das große Götzenbild, das keineswegs kritisiert werden darf, und man hat ja bei der Rede unseres Klubobmanns die Aufregung in den Reihen der ÖVP gehört, wie Kritik an der Politik der Europäischen Union geübt wurde. Bitte, meine Damen und Herren, was ist denn da los? Man sieht ja spätestens jetzt, dass die EU eigentlich nicht funktioniert und nicht handlungsfähig ist. „Schengenland ist abgebrannt“, meine Damen und Herren, das funktioniert ja alles nicht. *(Beifall bei der FPÖ – LTabg MMag. Eibinger-Miedl: „Glaubst du, dass Österreich das alles alleine macht?“)* Oder widersprechen Sie mir oder widersprichst du mir Barbara, wenn ich sage, die Sicherung der EU-Außengrenzen, wie es laut Schengen vorgesehen ist, funktioniert? *(LTabg. MMag. Eibinger-Miedl: „Wir sagen*

nicht, dass alles besser ist, aber wir sagen, dass Österreich das nicht alleine machen kann!“)

Die funktioniert nicht nur nicht, die wird einfach nicht gemacht.

Aber kommen wir zur Verantwortung der Landesregierung wieder zurück und zur Landesrätin Kampus. Das Durchgriffsrecht wurde von der Steiermärkischen Landesregierung nicht nur überhaupt nicht kritisiert oder kritisch gesehen, sondern sogar begrüßt, obwohl das einerseits ein Anschlag auf den Föderalismus und die Eigenständigkeit auch und die Souveränität und den Handlungsfreiraum der Gemeinden und Länder darstellt, andererseits haben wir jetzt durch das Durchgriffsrecht die Situation, dass es eben nicht so funktioniert wie angekündigt wurde, dass eben nicht die Abstimmung gesucht wird, sondern einfach Quartiere mittels Durchgriffsrecht eröffnet werden, wenn die Kapazitäten nicht vorhanden sind. Und das mit der Quote, weil der Landeshauptmann ausgeführt hat, er ist zwar stolz darauf, dass die Steiermark Fortschritte in Erfüllung dieser Quote gemacht hat. Ja meine Damen und Herren, es ist ja auch ein Quotenchaos und ein Quotenschmäh, wenn wir es nicht endlich als Politik schaffen, uns zu einer Obergrenze zu bekennen, zu einer absoluten Zahl, dann bringt die Quotendebatte nichts. *(Beifall bei der FPÖ)* Weil sich ja die Anzahl in Wahrheit nicht nur täglich, sondern mittlerweile stündlich ändert. Wenn wir es nicht schaffen eine Höchstzahl, eine absolute Obergrenze einzuziehen und sagen: „Ja, das Boot ist voll“, dann brauchen wir über die Quote gar nicht mehr reden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Es wird auch Sache der Steiermärkischen Landesregierung sein die Grundversorgungsvereinbarung, die 15a-Vereinbarung betreffend der Grundversorgung neu auszuverhandeln, denn auch hier sieht man, dass es nicht funktioniert. Denn ein wesentliches Merkmal dieser Grundversorgungsvereinbarung ist, und das ist ja dort auch so festgelegt, dass jede Quartiererrichtung in enger Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden funktionieren soll, und andererseits, dass es zu keiner regionalen Überbelegung und Überbelastung kommen soll. Beides funktioniert nicht. Steigen wir aus der 15a-Vereinbarung in dieser Form aus, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Es würde auch im Bereich des Quartierchaos, das nächste Chaos im Bereich des Asylchaos, weiterhelfen, diesen Wildwuchs an Flüchtlingsheimen einzudämmen und vielleicht auch ein bisschen zu schauen, dass man nicht jede leerstehende Immobilie, so wie es ja derzeit der Fall ist, ist der Steiermark automatisch als potenzielle Asylunterkunft betrachtet. Und das mit der großartigen Verteilung, mit der maßvollen Verteilung, das ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar, Frau Landesrätin, in Ihrem Verantwortungsbereich, Sie wissen ja Mürzsteg, das ist meine Heimatgemeinde.

Wenn man schon diese Quote von 1,5 %, die wir ablehnen, aber wenn wir die schon haben, dann sollten wir die auch einsetzen, und dann wäre es Ihre Verantwortung als zuständige Landesrätin, auch zu schauen, dass bei Landesquartieren in Gemeinden, wo die Quote übererfüllt wird, in diesem Fall über 6 %, dass da auch reduziert wird. Also, wenn wir schon die Regelung haben, dann wenden wir sie auch an. *(Beifall bei der FPÖ)* Wir wenden uns in unserem Fragenkatalog an Sie, Frau Landesrätin, auch mit dem Flüchtlingskoordinator der Steiermark beschäftigen, dem Kurt Kalcher. Ich muss ja sagen, ich schätze ja den Kurt Kalcher, ich kenne ihn seit vielen Jahren aus seiner Tätigkeit bei der Feuerwehr. Das ist ein anderes Kapitel. Was er als Flüchtlingskoordinator macht, das ist für uns nicht ganz nachvollziehbar. Wir wissen nicht genau was er macht. Wir wissen nicht genau was er bis jetzt bewirkt hat, welchen Mehrwert seine Tätigkeit und diese Funktion für die Steiermark hat und wir haben auch gehört, dass er z. B. das größere Quartier beim Praktiker in Graz noch nie besucht haben soll. Werden wir heute prüfen, ob das stimmt, wissen wir nicht, bekommen wir zugetragen, aber das ist ja unsere Aufgabe auch solchen Dingen parlamentarisch auf den Grund zu gehen. Und, dass er auch bei der Bürgermeisterkonferenz, und das ist ja das Hauptziel angeblich, das Einvernehmen mit den Bürgermeistern zu finden, in Liezen auch nicht anwesend war. Also, wir werden das auch hinterfragen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen aufhören, die Augen vor der Realität zu verschließen. Mir ist das alles ein bisschen zu viel „Schönreden“, das Ganze. Das wird immer noch zu viel herunter gespielt dieses Thema. *(LTabg. MMag. Eibinger-Miedl: „Die Wahrheit liegt in der Mitte!“)* Ja, die Wahrheit, die wollt ihr nicht wissen, Barbara. *(LTabg. MMag. Eibinger-Miedl: Hast du vorher zugehört?“)* Diese Massenzuwanderung, die Invasion nach Europa in Wahrheit, das hat ja Auswirkungen auf sämtliche Lebensbereiche. Das hat massive Auswirkungen auf die Sicherheit. Das sehen wir ja jetzt schon, dass teilweise Polizeiinspektionen im Regeldienst nicht mehr voll und rund um die Uhr besetzt werden können in der Steiermark. Das ist ja ein Wahnsinn und das kann man ja nicht schön reden, Barbara. *(Beifall bei der FPÖ)* Es ist aber nicht nur eine Sicherheitsgefährdung im Sinne des Personalmangels, der ja auch von der Bundesregierung verschuldet ist, innerhalb der Polizei und der fehlenden Einsatzkräfte in den Dienststellen in der ganzen Steiermark. Das Sicherheitsproblem, und das ist die gravierendste Komponente im Sicherheitsbereich, das ist auch die Gefahr, dass einfach Islamisten einwandern nach Österreich.

Menschen, die sich mutmaßlich auch am Dschihad aktiv selbst beteiligt haben, in heimischen Asylunterkünften auch versuchen IS-Kämpfer zu rekrutieren, und das können wir nicht hinnehmen, vor allem, wenn wir gehört haben, dass der Austro Dschihadist, den ja österreichische Gerichte ziehen haben lassen, Mohamed M., jetzt wieder zum Mord an Ungläubigen in Österreich und Deutschland aufgerufen hat. Und wir registrieren die Leute nicht einmal, die zu uns kommen. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese derzeit stattfindende Invasion nach Europa hat gravierende Auswirkungen auf unser Sozialsystem. Unser Sozialsystem zieht die Menschen natürlich an. Die EU weite Quote, die diskutiert wird, wird auch nicht funktionieren. Die FPÖ ist so wie so gegen diese EU weite Quotenregelung, weil das wäre für uns dann so wie so verheerend, weil wir dann auch uns auf Dublin gar nicht mehr berufen könnten. Aber, die EU weite Quotenregelung wird in der Praxis deswegen nicht funktionieren, weil ja die große Masse der Menschen, die zu uns ins Land strömt, wahrscheinlich nicht in Bulgarien oder Rumänien, um Asyl ansuchen wird, weil ihnen eben dort die sozialen Möglichkeiten nicht geboten werden. Also verabschieden Sie sich von dieser Idee, die ja in Wahrheit wirklich nur eine Überschrift ist und nicht zur Problemlösung beiträgt. *(Beifall bei der FPÖ)* Neben den Auswirkungen auf die Sicherheit und auf das Sozialsystem haben wir auch mit massiven Auswirkungen, auch in der Steiermark, das betrifft uns ja auch ganz massiv, im Bildungssystem zu kämpfen. Einerseits was die Unterbringung der Schulpflichtigen in Schulklassen betrifft, andererseits um sie auch vorzubereiten, um den Unterricht überhaupt sinnerfassend folgen zu können und auch erwachsene Menschen noch alphabetisieren zu müssen. Und das verstehe ich auch wieder von der ÖVP nicht, dass da von Wirtschaftsseite immer die Signale kommen, dass die Zuwanderung unsere Wirtschaft stärkt, mitnichten, sehr geehrte Damen und Herren. Natürlich sind da auch Ärzte und Akademiker dabei, aber das ist die ganz kleine Minderheit. Man hört ja da immer von Berichten, dass ein großer Anteil der Menschen, der erwachsenen Männer nicht lesen und schreiben kann. Das sind nicht die Fachkräfte, die wir in Zukunft brauchen. In Wahrheit geht es ja den Großkonzernen um ganz etwas anderes, dass sie einfach Hilfsarbeitskräfte aus Österreich, die trotzdem mehr verdienen als jene, ersetzen können durch Billigstarbeitskräfte. Das ist ja der Schmach dahinter. *(Beifall bei der FPÖ – Landesrat Dr. Buchmann: „Sehr kompetent!“)*

Wir haben neben den Auswirkungen auf die Sicherheit, auf das Sozialsystem, auf das Bildungswesen auch Auswirkungen im Gesundheitswesen, die wir auch schon erleben und auch schon spüren und gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Aber wir in der Steiermark bzw. nicht wir als Freiheitliche Partei, sondern alle anderen Parteien, wenn ich es richtig im Kopf habe, in diesem Haus, haben ja in der Charta des Zusammenlebens in Vielfalt, die wir ablehnen, ja determiniert, dass für Sie die Steiermark ein Zuwanderungsland ist. Sie bekennen sich ja ganz offen dazu.

Sehr geehrte Frau Landesrätin Kampus, ich komme nun zur Verlesung der insgesamt 70 Fragen. Tut mir leid, dass das jetzt ein bisschen länger dauern wird und trocken sein wird für den einen oder anderen, aber es sind wichtige Fragen, es sind interessante Fragen. Vielleicht kann man das parlamentarische Prozedere wirklich einmal auch ändern.

Frau Landesrätin, ich stelle folgende Fragen an Sie:

1. Wie viele Asylwerber werden bis Jahresende in der Steiermark nach Schätzung Ihres Ressorts untergebracht werden müssen?
2. Wie viele zusätzliche Plätze zur Unterbringung von Asylwerbern werden voraussichtlich bis Jahresende notwendig sein?
3. Wie viele Asylwerber sind derzeit in der Steiermark untergebracht?
4. Wie viele Flüchtlinge sind aktuell in der Steiermark untergebracht?
5. Wie viele Transitflüchtlinge sind aktuell in der Steiermark untergebracht?
6. Wie viele Durchreisende sind aktuell in der Steiermark untergebracht?
7. Wie viele Migranten sind aktuell in der Steiermark untergebracht?
8. Wie viele Schutzsuchende sind aktuell in der Steiermark untergebracht?
9. Wie viele Fliehende sind aktuell in der Steiermark untergebracht?
10. Wie viele subsidiär Schutzberechtigte sind aktuell in der Steiermark untergebracht?
11. Wie viele Wirtschaftsflüchtlinge sind aktuell in der Steiermark untergebracht?
12. Wie viele Kriegsflüchtlinge sind aktuell in der Steiermark untergebracht?
13. Werden Sie sich für die schnelle Einführung bzw. Umsetzung des vom Bund geplanten „Asyls auf Zeit“ einsetzen?
14. Wenn nein, warum nicht?
15. Werden Sie sich für eine rigorose Umsetzung der aktuell geltenden Dublin-Verordnungen einsetzen?
16. Wenn nein, warum nicht?

17. Hat Ihr Ressort Zugriff auf aktuelle Daten des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl?
18. Wenn ja, wie lautet die Statistik hinsichtlich der Antragsteller von Asylanträgen getrennt nach Geschlecht und Herkunftsland bis einschließlich Oktober 2015?
19. Zu wie viel Prozent erfüllt die Steiermark damit die Quote an aufzunehmenden Asylwerbern?
20. Wie viele Asylwerber nimmt die Steiermark gemäß der vereinbarten Quote zu viel bzw. zu wenig auf?
21. Wie viele Asylanträge werden derzeit durchschnittlich pro Tag in der Steiermark gestellt?
22. Werden Sie sich dem Bund gegenüber für eine Aussetzung des in der Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG genannten Aufteilungs-schlüssels einsetzen bzw. jene Vereinbarung aufkündigen, da aufgrund des massiven Zustroms an Menschen die Quote letzten Endes niemals erfüllt werden kann?
23. Wenn nein, warum nicht?
24. Wie hoch ist der Anteil an Frauen, Männern und Kindern der in der Steiermark grundversorgten Asylwerber?
25. Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) werden vom Land Steiermark derzeit grundversorgt?
26. Auf welche Nationalitäten teilen sich die in der Steiermark untergebrachten Asylwerber auf?
27. Wie teilen sich die in der Steiermark grundversorgten Asylwerber auf die einzelnen Bezirke auf?
28. Wie viele Flüchtlinge sind in von der öffentlichen Hand organisierten Quartieren und wie viele in individuellen Unterkünften wohnhaft?
29. Nach welchen Kriterien werden Angebote individueller Unterkünfte konkret geprüft?
30. Sind Beschwerden von Nachbarn individueller Unterkünfte eingegangen bzw. wenn ja, wie haben sich diese dargestellt?
31. Wie hoch beziffern Sie die Ausgaben, die seitens Ihres Ressorts für Asylwerber, Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte, minderjährige Flüchtlinge sowie Flüchtlinge mit erhöhtem Betreuungsbedarf aufgebracht werden? (Bitte um Aufschlüsselung nach den entsprechenden Kategorien mit besonderer Berücksichtigung auf Zuerkennung von Leistungen aus der Grundversorgung, Soziales Management für

- Fremde und Asylwerber, Quartiermanagement, - Unterkünfte in der gesamten Steiermark -, Krisenmanagement, Allgemeine Angelegenheiten im Bereich Flüchtlingswesen). Beantwortung mittels Tischvorlage, sollen Sie eine habe, wäre auf Grund des Umgangs möglich.
32. Wurden die aus dem Bereich der Wohnbeihilfe auf das Konto der Grundversorgung verschobenen Mittel mittlerweile dem entsprechenden Konto zurückerstattet?
 33. Wenn nein, warum nicht?
 34. Werden Sie sich für die Erstellung eines Sonderbudgets zur Bewältigung des Asylchaos einsetzen?
 35. Wenn nein, warum nicht?
 36. Auf welchen rechtlichen Grundlagen fußt die Errichtung von Transitquartieren?
 37. Auf welchen rechtlichen Grundlagen fußt die Unterbringung von Personen in bzw. die Weiterbringung aus Transitquartieren?
 38. Wie vermeiden Sie eine Kollision bei der Errichtung von Transitquartieren bzw. der Weiterbringung untergebrachter Personen mit den aktuell geltenden gesetzlichen Bestimmungen bezüglich Schlepperei?
 39. Wie viele Transitquartiere sind in der Steiermark in Betrieb?
 40. Wo befinden sich diese?
 41. Wie hoch ist die Maximalkapazität der einzelnen Transitquartiere?
 42. Wie viele, im Zuge des Asylchaos eingereisten Personen werden in der Steiermark in sogenannten Transitlagern betreut?
 43. Sind die in den Transitquartieren untergebrachten Personen erkennungsdienstlich erfasst?
 44. Wenn nein, warum nicht bzw. wie vermeiden Sie eine Kollision mit geltenden Gesetzen bezüglich einer erkennungsdienstlichen Behandlung von illegal Einreisenden?
 45. Wie teilen sich die in der Steiermark in Transitquartieren untergebrachten Personen auf die einzelnen Bezirke und Gemeinden auf?
 46. Sind in den Transitquartieren auch Personen untergebracht, die als Asylwerber bzw. Asylberechtigte gelten, aber anderswo keinen Platz zur Unterbringung fanden?
 47. Wenn ja, wie teilen sich diese Personen auf die einzelnen Bezirke und Gemeinden der Steiermark auf?
 48. Wenn ja, wie lange befinden sich die einzelnen Asylwerber bereits in den Transitquartieren?
-

49. Wenn ja, welche konkreten Konzepte können Sie zur menschenwürdigen Unterbringung von Asylwerbern abseits von Transitquartieren anbieten?
50. Wie hoch beziffern Sie die Ausgaben, die seitens Ihres Ressorts für Transitquartiere bisher aufgewendet wurden?
51. Wie hoch beziffern Sie die Ausgaben, die seitens Ihres Ressorts für den Transport in bzw. die Weiterbringung aus Transitquartieren bisher aufgewendet worden sind?
52. Mit welchen steirischen Gemeinden, in denen noch keine Asylwerber untergebracht sind, steht Ihr Ressort aktuell bezüglich der Unterbringung von Asylwerbern in der Grundversorgung in Kontakt?
53. Mit welchen „großen Trägern“ verhandelt das Land Steiermark aktuell über die Errichtung bzw. den Betrieb von Asylwerberunterkünften?
54. In welchen steirischen Gemeinden und in welchem Ausmaß hat der Bund das Durchgriffsrecht bisher in Anspruch genommen?
55. Sind dem Land Steiermark bzw. den steirischen Gemeinden dadurch Kosten entstanden?
56. Wenn ja, wie hoch sind diese zu beziffern?
57. Steht der Bund mit Ihrem Ressort bzw. mit steirischen Gemeinden hinsichtlich der Inanspruchnahme des Durchgriffsrechts in Kontakt?
58. Wenn ja, mit welchen?
59. Mit wie vielen Gemeinden bzw. Ortsvorständen hatte der Landes-Flüchtlingskoordinator seit seiner Einsetzung Kontakt?
60. Wie viele bzw. welche Gemeinden konnten zur Unterbringung von Asylwerbern bewegt werden?
61. Wie viele bzw. welche Gemeinden lehnen nach Gesprächen mit dem Landes-Flüchtlingskoordinator weiterhin die Unterbringung von Asylwerbern ab?
62. Wie hoch sind die Kosten, die dem Land Steiermark durch die Aktivitäten des Landes-Flüchtlingskoordinators erwachsen sind? (Aufgeteilt nach Fahrtkosten, Büroaufwendungen, Telefonkosten, Spesen usw.)
63. Welche konkrete Leistungsbilanz kann der Landes-Flüchtlingskoordinator seit seiner Einsetzung vorweisen?
64. Wie viele Gespräche mit Bürgermeistern wurden geführt?
65. Wie viele Gemeinden wurden besucht bzw. um welche handelte es sich?

66. Wie viele Besuche an sogenannten „Hot-Spots“ (Transit- und Massenquartiere, Grenzübergänge usw.) fanden statt bzw. um welche Orte handelte es sich dabei?
67. Ist es richtig, dass der Landes-Flüchtlingskoordinator bis zum Einbringen dieser Anfrage kein einziges Mal das Transitquartier im Umkreis „Praktiker-Halle“ besucht hat, wiewohl dort dem Land Steiermark zurechenbare Asylwerber untergebracht sind?
68. Ist es richtig, dass die Leiterin des Landesflüchtlingsreferats von Zuhause aus arbeitet (Telearbeit)?
69. Wenn ja, zu welchem Prozentsatz, wenn man von einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden ausgeht?
70. Wie erklären Sie den Umstand, dass gerade in Zeiten wie diesen die wohl derzeit wichtigste Referatsleiterin Ihres Ressorts einen guten Teil ihrer Arbeitszeit zuhause verbringt?

Sehr geehrte Frau Landesrätin, wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen. *(Beifall bei der FPÖ – 11.25 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Frau Landesrätin, ich erteile dir das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (11.25 Uhr): Dankeschön. Jetzt funktioniert es. Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, werte Kollegen aus der Regierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, ich freue mich darauf, diese Anfrage beantworten zu dürfen, es wird sicher wieder viele neue Informationen für Sie geben, für Sie alle. Ich möchte aber, bevor ich das tue, ich möchte mit dem beginnen, womit unser Landeshauptmann geendet hat, nämlich mit einem Dank. Ich möchte mich bei allen bedanken, auch bei vielen Mitgliedern dieses Landtages, die tagtäglich helfen, zu einer Lösung dieser Situation beizutragen. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Regierung, allen voran beim Landeshauptmann, die dazu beitragen, dass wir in der Steiermark etwas weiter bringen. Und ich bedanke mich ganz selbstverständlich, man kann es nicht oft genug sagen, bei allen Einsatzkräften und bei allen Freiwilligen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und ja, die Situation ist schwierig, das ist keine Frage, daraus haben wir nie einen Hehl gemacht.

Die Situation ist eine Riesenherausforderung, es gilt sie, weder klein zu reden noch schön zu reden, sie wird aber auch dadurch nicht besser, indem man immer wieder Öl ins Feuer gießt und immer wieder über Dinge spricht, die sich dann doch nur als Gerüchte herausstellen. Und ich habe beim Herrn Klubobmann Kunasek bei einer Aussage durchaus schmunzeln müssen, ich glaube, es war relativ am Beginn, so nach dem Motto, es ist genug geredet, und jetzt sollten die Taten folgen. Ja, wie passt das dann zusammen, dass in den letzten Wochen und Monaten eine Abteilung und ein Referat mit vielen Hunderten Fragen immer wieder thematisiert wird, wobei sich sehr, sehr viele sehr ähneln, wobei sehr, sehr viele Informationen schon da sind. Und jetzt sind wir beim Thema arbeiten, es ist mir ein Anliegen zu sagen, weil die Überschrift lautet „Es wird die Arbeit vermisst“ aus meinem Ressort. Vielleicht wird die Arbeit deswegen vermisst, weil wir dort sind, wo die Arbeit ist und wir sehr, sehr oft dort sind, wo die Arbeit ist, das ist an der Grenze. Der Herr Landeshauptmann hat es ausgeführt, das ist in den Hallen, in den Hallen, wo die Menschen eine gute Unterkunft brauchen, das ist dort, wo Quartiere gesucht werden. Ja, da sind wir sehr oft, wir tun nämlich, wir reden nicht nur, von Ihnen habe ich dort bisher noch nie jemanden gesehen. Und das ist das, weswegen wir uns vielleicht nie treffen. Wir sind nämlich bei den Menschen und bei der Arbeit, Sie anscheinend nicht. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ich möchte Ihnen so ein kleines Beispiel geben, was ich darunter verstehe, und das ist schon richtig. Das sind nicht die lauten Dinge. Es ist auch aus meiner Sicht nicht die Zeit der lauten Worte. Die fallen oft genug, und die verbessern diese Situation nicht. Es ist jetzt nicht die Zeit. Es ist jetzt die Zeit der vielen wertvollen kleinen Schritte. Und ich gebe Ihnen ein konkretes Beispiel. Wir hatten ja am Mittwoch die Möglichkeit, mit allen Klubobleuten und mit Präsident Gemeindebund, Präsident Städtebund, zusammen zu sitzen und aus meiner Sicht eine gute Diskussion zu führen. Und da ist ein Thema angesprochen worden von einem Vertreter der Stadt Graz, vom Herrn Stadtrat Hohensinner, das Problem, das uns bekannt war, das immer größer wurde, dass in einem Transitquartier in der Praktiker-Halle, auf das werden wir heute noch zu sprechen kommen, dass dort auch Menschen, und immer mehr Menschen, in der Grundversorgung untergebracht sind. Und wir waren uns alle einig, dass das ein Zustand ist, der nicht tragbar ist. Sehen Sie, was haben wir getan, im Gegensatz zu anderen Fraktionen? Wir haben uns zusammengesetzt, wir haben uns bemüht und gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann ist es gelungen, dass heute um 06.00 Uhr in der Früh Busse dort waren, um die ersten Menschen aus der Praktiker-Halle wieder in andere Quartiere zu bringen.

Das ist unsere Art der Politik. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Falls Sie das Thema aufgreifen werden, es sind noch Menschen dort, es wird sukzessive von heute weg begonnen, diese Menschen in andere Quartiere zu bringen, und das ist auch etwas, wie gesagt, es ist vielleicht leise, das geht nicht von heute auf morgen, aber das ist das Einzige, was die Steirerinnen und Steirer jetzt brauchen, das ist eine solide Politik, um zur Lösung dieses Problems beitragen zu können. Jetzt aber zur Beantwortung Ihrer Fragen.

Zur Frage 1: Wie bereits mehrfach in Anfragebeantwortungen erläutert, müssen gemäß der Grundversorgungsvereinbarung nach Art. 15a B-VG 14,29 % der in Österreich zu versorgenden AsylwerberInnen (also Personen mit Anspruch auf Grundversorgung) in der Steiermark untergebracht werden. Bisläng betrogen die Einschätzungen des zuständigen Innenministeriums zwischen 80.000 und 85.000 zu versorgende AsylwerberInnen in Österreich für das Jahr 2015. Die jüngsten Einschätzungen des Direktors des Bundesamts für Asyl und Fremdenwesen nehmen auf bis zu 95.000 Personen Bezug. Für die Steiermark würde das – gemäß dieser Einschätzung - im Höchstfall 13.576 unterzubringenden Menschen bedeuten.

Zur Frage 2: Gemäß Antwort auf Frage 1 könnten bis zum Jahreswechsel im Maximalfall bis zu 4.887 weitere Plätze benötigt werden.

Zur Frage 3: Am 11.11.2015 waren laut Bundesstatistik insgesamt 8.689 Personen in der Steiermark in Grundversorgung durch Land und Bund untergebracht. Wie Sie ja wissen, haben wir nicht nur eigene Quartiere, sondern es gibt auch Bundesquartiere in der Steiermark.

Zur Frage 4: Siehe Antwort auf Frage 3.

Zur Frage 5: Laut Informationen des Innenministeriums vom 12.11.2015, 12.00 Uhr: 577 Personen. Warum ich das betone und Sie haben mir erzählt, selbst auch Erfahrungen zu haben, das kann sich stündlich ändern. Deswegen auch die Uhrzeit.

Frage 6: Siehe Antwort auf Frage 5.

Frage 7: Durch das Land Steiermark werden keine Migranten und Migrantinnen untergebracht. Sollten Sie jedoch, entgegen der üblichen völkerrechtlichen Terminologie, AsylwerberInnen dazuzählen, dann darf ich auf Frage 3 verweisen.

Zur Frage 8: Siehe Antwort auf Frage 3.

Zur Frage 9: Dieser Begriff ist im Rahmen des Asylrechts bzw. der Flüchtlingskonvention nicht geläufig und wird statistisch nicht erfasst.

Zur Frage 10: Am 11.11.2015 waren 109 subsidiär Schutzberechtigte in Grundversorgung durch das Land Steiermark untergebracht.

Zur Frage 11: Wenn jemand in einem Asylverfahren abschließend als „Wirtschaftsflüchtling“ beurteilt wird, wird er auch nicht in Grundversorgung untergebracht.

Zur Frage 12: Falls damit anerkannte Konventionsflüchtlinge bzw. subsidiär Schutzberechtigte gemeint sein sollten, siehe Antwort auf Frage 4 und 10.

Zur Frage 13: Diese Möglichkeit, nämlich Asyl auf Zeit, gibt es aus meiner Sicht auch derzeit schon. Auf jeden Fall sollte sichergestellt sein, dass dadurch Asylverfahren nicht noch länger dauern als bisher schon.

Zur Frage 14: Siehe Antwort auf Frage 13.

Zur Frage 15: Selbstverständlich sind europäische und internationale Rechtsnormen einzuhalten. Die Anwendung muss aber immer im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsprinzips erfolgen, es geht um eine menschliche, geordnete und sichere Abwicklung.

Frage 16: Siehe Antwort auf Frage 15.

Frage 17: Als Vertragspartner der 15a B-VG Grundversorgungsvereinbarung hat das Land Steiermark – ausschließlich – Zugang zur täglichen Statistik des Bundes über die Grundversorgung. Zu individuellen Daten betreffend Asylanträge oder Asylverfahren hat das Land Steiermark keinen Zugang.

Frage 18: Siehe Antwort auf Frage 17.

Zu Frage 19: Mit heutigem Tag erfüllt die Steiermark die Quote laut Berechnungen des Bundes zu 96,57%. Und etwas darf ich dazu sagen und unterstreichen, was auch vom Landeshauptmann ausgeführt wurde, und das ausschließlich in winterfesten Quartieren. Wir haben, bis auf direkt an der Grenze, wir brauchen kein Zelt und auch noch keinen Container, sondern das sind Quartiere, die wirklich auch überschaubar sind, wie wir es auf dem steirischen Weg immer skizziert haben. Unser Ziel ist, dass die Menschen gut untergebracht werden und unser Ziel ist auch, dass die Steirerinnen und Steirer gut mit dieser Situation umgehen können. So gut als möglich. Deswegen ist diese Quote, aus meiner Sicht, und wir liegen damit, es gibt ein einziges Bundesland, das 100 Prozent und mehr hat, das ist Wien, und damit liegt die Steiermark österreichweit sehr, sehr gut. Und das ist durchaus auch Verdienst dieser Regierung. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP).*

Zur Frage 20: Derzeit fehlen 326 Personen.

Zur Frage 21: Das gesamte Asylverfahren obliegt der Zuständigkeit des Bundes, die Länder sind ausschließlich für die Grundversorgung von bereits zum Verfahren zugelassenen AsylwerberInnen zuständig. Daher kann diese Frage mangels Zuständigkeit nicht beantwortet werden.

Zur Frage 22: Derzeit nein. Die Quote stellt, und das ist etwas, was man möglicherweise auch gerne übersieht, nämlich auch eine Obergrenze dar. Und weiters, ein zweiter Punkt, der heißt, der Bund könnte diese Quote, bei Ihrer Frage oder bei Ihrem Vorschlag, auch nach oben erhöhen. Und Zweitens würden wir dadurch Gefahr laufen, dass wir nicht, wie bisher, mindestens 60 % der Kosten vom Bund rückerstattet bekämen, sondern dass möglicherweise die gesamten 100 % seitens des Landes Steiermark zu tragen wären.

Frage 23: Siehe Antwort auf Frage 22.

Frage 24: In Grundversorgung durch das Land Steiermark befinden sich mit 11.11.2015 52,89% Männer, 16,15% Frauen und 30,96% Personen unter 18 Jahren.

Zur Frage 25: Am 11.11.2015 waren 437 UMF in Landesquartieren grundversorgt.

Zur Frage 26: Mit Stichtag 11.11.2015 teilen sich in der Grundversorgung durch das Land Steiermark befindlichen Personen auf folgende Nationalitäten auf:

Afghanistan, Ägypten, Albanien, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Äthiopien, Bangladesch, Belarus, Benin, Bhutan, Bosnien und Herzegowina, China, Cote d'Ivoire, Eritrea, Gabun, Gambia, Georgien, Ghana, Guinea, Indien, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Kamerun, Kasachstan, Kenia, Kegisistan, Kongo, Kosovo, Kuwait, Libanon, Liberia, Libyen, Mali, Marokko, Mazedonien, Moldawien, Mongolei, Myanmar, Nepal, Niger, Nigeria, Pakistan, Republik Kongo, Ruanda, Russische Föderation, Senegal, Serbien, Sierra Leone, Somalia, Sri Lanka, Südafrika, Sudan, Südsudan, Syrien, Tadschikistan, Togo, Tschad, Tunesien, Türkei, Uganda und Ukraine.

Zur Frage 27: Ich nenne nun im Folgenden jeweils den Namen des Bezirks und die Zahl der in diesem Bezirk untergebrachten AsylwerberInnen. Die Tabelle basiert auf dem Stichtag 11.11.2015 und umfasst ausschließlich die in Grundversorgung durch die Steiermark befindlichen Personen. Warum diese Unterscheidung und diese Betonung von mir, durch das Land Steiermark, weil natürlich auch Personen durch den Bund in Bundesquartieren sind und da aber eine konkrete Aufteilung, wie von Ihnen gewünscht, nicht vorliegt und Bundesministerium für Inneres zu befragen wäre.

Bruck-Mürzzuschlag 699 Leistungsbezieher aktiv, Deutschlandsberg 270, Graz 1760, Graz-Umgebung 862, Hartberg-Fürstenfeld 749, Leibnitz 794, Leoben 287, Liezen 423, Murau 167, Murtal 601, Südoststeiermark 319, Voitsberg 372, Weiz 371,

Zur Frage 28: Im Rahmen der Grundversorgung durch das Land Steiermark sind 6.830 Personen in organisierten Quartieren und 844 Personen in individuellen Unterkünften untergebracht.

Zur Frage 29: Wenn dem Land Steiermark eine Unterbringungsmöglichkeit angeboten wird, egal welcher Art, wird diese bekanntlich auf Basis der Kriterien der, ich zitiere: „Mindeststandards für die Unterbringung in der Grundversorgung Steiermark“, Zitat Ende geprüft. Diese Kriterien wiederum, wie wir auch schon einmal besprochen haben, basieren auf einem Beschluss bei der LandesflüchtlingsreferentInnen-Konferenz vom 24.09.2014. Was wir in der Zwischenzeit getan haben, auch das war in diesem Landtag schon einmal Thema, wir wenden die Kriterien nun flexibler an.

Zur Frage 30: Bis dato sind keine Beschwerden von Nachbarn individueller Unterkünfte bekannt.

Zur Frage 31: Zuerkennung von Leistungen aus der Grundversorgung: Die angegebenen Beträge wurden aufgrund der Bestimmungen des Steiermärkischen Betreuungsgesetzes aus dem Jahre 2005 gewährt. Die Kostenhöchstsätze für diese Leistungen sind in der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für Hilfs- und Schutzbedürftige in Österreich geregelt. Die angeführten Beträge stellen die Gesamtkosten der Grundversorgung in der Steiermark dar. Von diesen Kosten werden dem Land Steiermark seitens des Bundes mindestens 60 %, maximal 100 % rückerstattet.

Ich nenne nachfolgend jeweils die Höhe der Ausgaben und die zugehörige Kategorie mit Stichtag 11.11.2015:

Auszahlung bis 11.11.2015: 2.258.306,88 Euro Verwaltungskosten; 14.935,80 Euro Begräbniskosten/Rückführungskosten; 747.430,00 Euro Bekleidungshilfe; 44.468,49 Euro Deutschkurs UMF, 4.558.235,01 Euro Krankenversicherung; 25.955,94 Euro Medizinische Leistungen; 1.982.313,60 Euro Individuelle Unterbringung; 20.000,00 Euro Schulbedarf; 1.054.837,19 Euro Sonderbetreuung, 236.504,97 Euro Sonderunterbringung; 9.318,39 Euro Sonstige Leistungen; 581.422,00 Euro Taschengeld; 55.811,59 Euro Transportkosten; 3.824.548,29 Euro UMF Wohnheim; 6.951.664,21 Euro Unterbringung und Verpflegung; 9.802.751,98 Euro Unterbringung Selbstversorgung; 4.300.988,10 Euro Verpflegung Selbstversorgung; 36.490,30 Euro Dolmetschkosten; 15.220,48 Euro Freizeitaktivitäten pauschal; 1.814.565,92 Euro Information, Beratung, Betreuung; 33.107,73 Euro Transportkosten pauschal.

Das sind jene Kategorien, wie sie auch in vorherigen Landtagen oder Anfragen immer wieder angeführt wurden und wurden auch genauso übernommen.

Ich habe es erwähnt, Gesamtkosten, von denen das Land Steiermark mindestens 60 %, maximal 100 % rückerstattet bekommt und von diesen Kosten ist somit der maximale Anteil des Landes Steiermark 15,35 Millionen Euro.

Soziales Management für Fremde und AsylwerberInnen: Das soziale Management für Fremde und AsylwerberInnen wird von den MitarbeiterInnen des Landes Steiermark abgedeckt und ist mit keinen gesonderten Kosten verbunden.

Quartiermanagement: Das Quartiermanagement wird von den MitarbeiterInnen des Landes Steiermark durchgeführt und ist mit keinen gesonderten Kosten verbunden.

Krisenmanagement: Das Krisenmanagement wird von den MitarbeiterInnen des Landes Steiermark abgedeckt und ist mit keinen gesonderten Kosten verbunden.

Allgemeine Angelegenheiten im Bereich Flüchtlingswesen: Sämtliche allgemeine Angelegenheiten des Bereichs Flüchtlingswesen werden von den MitarbeiterInnen der Abteilung 11 des Landes Steiermark durchgeführt und sind mit keinen gesonderten Kosten verbunden.

Zur Frage 32: Ja.

Zur Frage 33: Siehe Antwort auf Frage 32.

Zur Frage 34: Die Budgetierung erfolgt derzeit aufgrund der vom Bund prognostizierten Zahlen für AsylwerberInnen. Sollte sich die Notwendigkeit für zusätzliche Mittel ergeben, werde ich die weitere zu treffende Vorgehensweise mit unserem Finanzreferenten klären. Wofür ich mich jedenfalls einsetze, ist eine erweiterte Finanzierung zur Bewältigung der Flüchtlingsthematik auf gesamteuropäischer Ebene.

Zur Frage 35 Siehe Antwort auf Frage 34.

Zur Frage 36: Diese Frage ist an das zuständige Bundesministerium für Inneres zu richten.

Zur Frage 37: Siehe Antwort auf Frage 36.

Zur Frage 38: Siehe Antwort auf Frage 36.

Frage 39: Gemäß Auskunft des zuständigen Bundesministeriums für Inneres sind derzeit zwei sogenannte „Transitquartiere“ in Betrieb.

Das Eine ist die Praktiker-Halle oder Euroshopping genannt in Graz, und das zweite die Bellaflora-Halle in Unterpremstätten.

Frage 40: Eines in Graz, entschuldigen Sie, in Feldkirchen, nicht in Unterpremstätten.

Frage 41: Siehe Antwort auf Frage 36.

Frage 42: Darf ich Antwort zu Frage 5 verweisen.

Frage 43: Siehe Antwort auf Frage 36.

Frage 44: Siehe Antwort auf Frage 36.

Frage 45: Siehe Antwort auf Frage 36.

Frage 46: Siehe Antwort auf Frage 36.

Frage 47: Siehe Antwort auf Frage 36.

Frage 48: Siehe Antwort auf Frage 36.

Frage 49: Eine dauerhafte Unterbringung, und ich habe das Beispiel erzählt und auch, was wir dann getan haben, eine dauerhafte Unterbringung von AsylwerberInnen in Transitquartieren ist keine adäquate Unterbringungsform. Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion. Was wir in der Steiermark tun, was wir im konkreten Fall getan haben, habe ich schon erwähnt, was wir grundsätzlich tun ist, dass wir jedenfalls den steirischen Weg konsequent weiterverfolgen wollen. Das heißt nach Möglichkeit kleinere Quartiere, das heißt sozial verträgliche Quartiere, das heißt eine regionale Ausgewogenheit. Was immer im Fokus unserer Bemühungen steht, ist das Gespräch mit allen Bürgermeister und Bürgermeisterinnen dieses Landes sowie mit der Bevölkerung. Das ist ganz klar und selbstverständlich. Darüber hinaus gibt es ein breites Betreuungsangebot durch das Land Steiermark, das die Gemeinden begleitet und dabei hilft, bestmöglich mit dieser für uns alle sehr herausfordernden Situation umzugehen und, soweit als möglich, einen guten, gemeinsamen Weg zu finden.

Um das zu erreichen, wurden durch uns eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, die ich vielleicht noch einmal kurz anführen darf. Es wurde ein Flüchtlingskoordinator installiert. Die zuständige Abteilung wurde personell aufgestockt, es wurde eine Hotline eingerichtet, weiters wurden – aus meiner Sicht ein ganz wesentlicher Schritt – die Bezirkshauptmannschaften ins Boot geholt, mit diesen funktioniert die Zusammenarbeit sehr, sehr gut. Es sind mittlerweile auch die Baubezirksleitungen zu dieser Frage beschäftigt, das heißt, wir haben das, was notwendig ist an Begleitmaßnahmen gesetzt und werden so versuchen, auf diesem steirischen Weg diese, wie gesagt, Herausforderung der Zeit, gut bewältigen.

Zur Frage 50: Die Ausgabenhöhe wird mit Null beziffert.

Zur Frage 51: Die Ausgabenhöhe wird mit Null beziffert.

Zur Frage 52: Grundsätzlich mit jeder steirischen Gemeinde.

Zur Frage 53: Um die notwendigen Plätze bereitstellen zu können, befinden wir uns in permanentem Gespräch mit Caritas, Diakonie, Jugend am Werk, Volkshilfe und Arbeitersamariterbund. Wobei ich jetzt darauf hinweise, nur die größeren Trägerorganisationen genannt zu haben.

Zur Frage 54: Laut Auskunft des Bundesministeriums für Inneres wurde das Durchgriffsrecht bisher nur in Leoben in Anspruch genommen.

Zur Frage 55: Nein.

Zur Frage 56: Siehe Antwort auf Frage 55.

Zur Frage 57: Ja.

Zur Frage 58: Aktuell mit Leoben.

Zur Frage 59: Mit knapp über 90 % aller steirischen Gemeinden. Dies erfolgte über Bürgermeisterkonferenzen, persönliche Präsenz in Gemeinden, Bürgermeistergespräche sowie auch telefonischer Kontakt.

Zur Frage 60: Seit 01.09.2015 konnten 1388 Plätze in 44 Gemeinden geschaffen werden.

Zur Frage 61: Es wird meinerseits ausdrücklich festgehalten, dass bisher noch keine einzige Gemeinde eine Mitwirkung grundlegend abgelehnt hat.

Zur Frage 62: Entschuldigen Sie, noch zur Frage 61: Auch da kann man nicht oft genug Danke sagen. Es gibt immer wieder den Vorwurf, dass die steirischen Gemeinden zurückhaltend wären. Manche sind zurückhaltender als andere, das stimmt. Aber es sind unglaublich viele, die bereit sind, uns zu unterstützen, unglaublich viele sind da mit dabei und auch der steirische Gemeindebund und Städtebund unterstützen uns da bestmöglich. Dafür ein Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Zur Frage 62: Diese Fragen wurden bereits mit den Ausführungen zu den Fragen 34. und 37. der Dringlichen Anfrage vom 31.08.2015 EZ 193/1 „Verschärfung des Asylchaos durch das Bundesverfassungsgesetz“ im Rahmen des Sonderlandtags am 07.09.2015 beantwortet.

Zur Frage 63: Diese Maßnahmen umfassten:

- Gespräche mit Gemeindeverantwortlichen
- Teilnahme an Bürgermeisterkonferenzen
- Teilnahme an Besprechungen in der Landespolizeidirektion
- Teilnahme an Bürger- und Bürgerinnenversammlungen
- Teilnahme an Informationsversammlungen
- Besprechungen in der Koordinationsgruppe „Grundversorgung“
- Beantwortung von telefonischen und elektronischen Anfragen
- Entwicklung von Konzepten, und
- Kontaktaufnahme sowie viele Besprechungen mit allen im Flüchtlingswesen tätigen Organisationen und Ehrenamtlichen.

Zur Frage 64: Siehe Antwort auf Frage 59.

Zur Frage 65: Neben den Gesprächen mit GemeindevertreterInnen im Rahmen der Bürgermeisterkonferenzen sowie Vor-Ort-Präsenzen im Rahmen von BürgerInnenversammlungen und Informationsabenden wurden folgende Gemeinden explizit als Gebietskörperschaft besucht:

Ludersdorf, Albersdorf, Mitterdorf, Puch, Kalsdorf, Werndorf, Nestelbach, Kumberg, Hartl, Obdach, Weißkirchen, Heimschuh, Gamlitz und St. Anna am Aigen

Zur Frage 66: Messehalle Graz, Bellaflora-Halle, Schwarzl – Freizeitzentrum, Grenzübergang Spielfeld und selbstverständlich die Praktiker-Halle.

Da waren der Herr Hofrat Kalcher und ich gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Graz, um uns vor Ort einen Eindruck über die Situation zu verschaffen.

Zur Frage 67:Nein.

Zur Frage 68, 69 und 70: Da werde ich mir erlauben, diese Fragen gemeinsam zu beantworten und bevor ich konkret antworte, erlauben Sie mir wieder eine Anmerkung: Grundsätzlich steht das Recht auf Telearbeit jedem/jeder MitarbeiterIn des Landes Steiermark mit Betreuungspflichten zu. Und ich möchte mich an dieser Stelle, auch das möchte ich, explizit tun, ich möchte mich sehr herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung

11 bedanken, sie leisten in dieser wirklich schwierigen Zeit sehr, sehr viel und das gilt es auch einmal zu sagen. Dass nicht immer alles optimal läuft und dass wir für Verbesserungsvorschläge dankbar sind, das liegt in der Natur der Sache. Nur, wer könnte zu diesem Thema sich schon hinstellen und sagen, er weiß alles genau und macht alles ganz perfekt. Deswegen an dieser Stelle von mir ein großes Danke und unter diesem Licht bitte ich Sie jetzt auch, die Beantwortung dieser Fragen zu sehen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Ich bin schon zu lange, ich weiß, aber wir nähern uns schon dem Ende.

Was nun konkret die Beantwortung der Fragen 68 bis 70 betrifft, so kann ich Sie beruhigen. Die Leiterin des Referats für Integration und Flüchtlingswesen hat seit ihrer Bestellung zur Referatsleitung nachweislich jede Woche sogar deutlich mehr als 40 Stunden an ihrer Dienststelle verbracht. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass ich etwas zurückweise, nämlich das Pauschalbild, zu sagen, wenn jemand Tele arbeitet, dann leistet er nichts, *(LTAbg. Kunasek: „Das haben wir ja nicht gesagt!“)* das war nur so eine Side-Bemerkung von mir. Darüber hinaus, ich wiederhole meine Aussage, jede Woche nachweislich mehr als 40 Stunden, die nicht in Telearbeit verbracht wurden.

Das wäre jetzt die Beantwortung der Fragen 68 bis 70, ich wäre damit am Ende mit der Beantwortung der an mich gestellten Fragen, es hat etwas gedauert, ich danke Ihnen für Ihre Geduld und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.58 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich danke für die Beantwortung der Anfrage. Wir kommen schließlich zur dritten Dringlichen Anfrage. Sie wurde ebenfalls am Mittwoch, den 11. November von Abgeordneten der FPÖ an Landesrat Dr. Christian Buchmann eingebracht, betreffend **„Auswirkungen des Flüchtlingsstroms auf den Wirtschaftsstandort Südsteiermark.“**

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und erinnere an die Redezeitbegrenzung von 20 Minuten für die Begründung der Dringlichen Anfrage.

LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann - FPÖ (11.59 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich werde diese Zeit nicht brauchen nach diesem Beantwortungsmarathon von der Frau Landesrätin, werde ich mich kürzer fassen, damit wir dann zügig in die Diskussion einsteigen können. Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren der Landesregierung, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren im Plenum und per Video!

Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Landesrat Dr. Buchmann, „Auswirkung des Flüchtlingsstroms auf den Wirtschaftsstandort Südsteiermark“. Wie der Herr Landeshauptmann heute schon gesagt hat bei der Beantwortung seiner Fragen, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen in unserem Lande, so nehmen wir auch die Sorgen, die an uns herangetragen worden sind der steirischen Wirtschaft in der Südsteiermark, ernst, und es gibt hier ein paar Anfragen, die wir in unser Dringlichen hier jetzt einmal zusammengefasst haben und hier um eine Beantwortung ersuchen. Ergänzend sei grundsätzlich einmal davon auszugehen, bevor ich hier meine Begründung kund tue, wie kürzlich der Herr Außen- und Integrationsminister Kurz von der ÖVP trefflich und die Lage richtig erkannt hat und mitgeteilt hat, dass die Situation außer Kontrolle geraten ist, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Das ist vielleicht nicht so im Sinne der Wirtschaft, aber dennoch wird es auch hier Einbußen geben, klarer Weise, und hier gibt es berechtigte Sorgen der heimischen Wirtschaftstreibenden. Nach den bereits leidvoll bekannten Problematiken der anhaltenden Flüchtlingsströme über die südsteirische Grenze, gibt es menschliche und soziale Themen, keine Frage, einige wurden ja schon hier aufgeworfen, aber es gibt auch die Komponente „steirische Wirtschaft“. Aus diesem Grund, geschätzte Damen und Herren, ist es notwendig, ein paar Fragen aufzuwerfen und gegebenenfalls auch brauchbare Lösungen zu suchen und für die Unternehmungen auszuarbeiten. Faktum ist es, klar, dass aufgrund der Überforderung der Einsatzkräfte, wir haben heute schon gehört davon, unkontrollierte Massenanstürme auf uns zugekommen sind wohl auch noch werden und damit verbunden, geschätzte Damen und Herren, in der Grenzregion die tätigen Unternehmungen nicht nur Sorge um ihren Betrieb haben, sondern aufgrund der Lage in vielen Bereichen auch behindert werden, was logischer Weise zu Umsatzeinbußen und Umsatzausfällen führen wird. Wie in den Medien zu lesen ist, wie z.B., ich darf den ORF-Online zitieren vom 25. Oktober 2015, „ist die südsteirische Wirtschaft in einigen Bereichen in Bedrängnis“ und ist auch mit Leid tragend dieses Desasters.

Das ist noch viel problematischer, da dadurch Umsatzeinbußen auch dem Staat und schlussendlich auch dem Land Steiermark im Sinne der Pekunie fehlen wird, die wir brauchen werden, um diese Asylkrise, und Zahlen hat die Frau Landesrätin Mag. Kampus bereits genannt, fehlen werden, denn diese Millionen, die hier dargestellt werden, sind wichtige Einnahmen und jede Einnahme und jeder Umsatz in unseren Betrieben ist Steuergeld und wir werden jeden Euro brauchen, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Gerade in der Zeit der Herbstausflügler in unseren südlichen Weinregionen wird dieser Umstand Einbußen bringen, die sie von sich aus mit ihren Anstrengungen nicht wettmachen werden können, auch, wenn der geschätzte Herr Landeshauptmann festgestellt hat, dass alle Buschenschänken bummvoll sind und man nicht einmal mit dem Rad durchfahren konnte, das ist eine erfreuliche Erkenntnis und Lagebeurteilung, ich hoffe, es ist auch so. Also es sind einerseits die Buschenschänken, und das wissen wir, es haben ja einige zugesperrt, es gibt Gastronomiebetriebe, die Probleme haben und Geschäftsleute an der Grenze und viele mehr, die direkt mit ihren Geschäften und indirekt mit ihren Zugängen in diesen Bereichen wirtschaftlich betroffen sein werden und sind, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Geschätzte Damen und Herren, führen wir uns immer vor Augen, dass wir alle es sind, die diese Finanzlast zu tragen haben und diese Leistungen berappen müssen. Das gilt selbstredlich von Busfahrten, über die ÖBB-Millionen, bis hin zu Einsatzkräften, was an Verpflegung, an Unterbringung anfällt, jede Tat und jede Handlung, der finanzielle Aufwand, der von der Allgemeinheit benötigt wird, ist Geld des Steuerzahlers, geschätzter Landtag, und hier ist der Steuerzahler der Staat, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Geschätzte Damen und Herren, laut Medienberichten zur Folge gibt es bereits einige Stornierungen im Tourismusbereich, wie uns bekannt ist, wie der Tourismusvorsitzende der südsteirischen Weinstraße, Herr Herbert Germuth, gegenüber dem ORF kund tut. Also Probleme, die man erkennen muss und gegebenenfalls rasch Lösungen suchen wird müssen. Vice versa wissen wir von Problemen auch in südlichen Regionen und Nachbarn, wie in Griechenland, Kos, Lesbos, wo hier etwa 95 % vom Tourismus leben, starke Einbußen zu verzeichnen sind, die diese sicher nie mehr wettmachen werden können. Sogar der EDA, das „Eidgenössische Departements für auswärtige Angelegenheiten“ und das Deutsche Auswärtige Amt weisen darauf hin, dass es zu Behinderungen kommen kann und auch, dass die österreichischen Behörden trotz, möchte ich erwähnen, stabiler Lage, auf das Risiko von Terroranschlägen hinweist.

Alle diese Dinge, die man natürlich als Gast oder als Kommender berücksichtigt, um hier, oder hier seinen Urlaub oder seinen Aufenthalt verbringen zu wollen oder zu können. Einige Unternehmungen geben an, dass die Spediteure an uns herangetragen haben aufgrund der Grenzsituation nicht nur an der südsteirischen, sondern auch an den anderen Grenzen, ihre Fahrtzeiten und Fahrten so nicht ausführen können, wie geplant und kalkuliert, Verzollungen nicht funktionieren und diese schleppend durchgeführt werden, dass wiederum sein wird, dass das Endprodukt entweder zu teuer zu verkaufen sein wird oder am Endkunden gar nicht ankommt, was überhaupt ein Problem darstellt an einzelnen kleinen Nischenprodukten. Ähnliches gibt es in der Baubranche, das wissen wir, wo es bei grenzübergreifenden Baustellen, kleine Grenzübergänge etc., Behinderungen gibt, die eine friktionslose Ablauforganisation einer Baustelle erschweren, wie z.B. Betonierarbeiten oder Rohstofflieferungen. Alles in allem Fakten, die unerfreulich und mit der derzeitigen Lage an der Grenze verbunden sind und wo man aus verantwortlicher politischer Stelle einschreiten wird müssen und Lösungsansätze darbieten wird müssen, denn die Grenzregion in diesem Sinne ist, vor allem der Wirtschaft da unten, ein elementares Problem in diesem Falle. Kontraproduktiv, und das möchte ich hier am Rande erwähnen und völlig unverständlich auf der anderen Seite, ist die sogenannte „Taxifahrtstory“, gebilligt durch die Wirtschaftskammer, geschätzte Damen und Herren. Es soll Fälle gegeben haben, in denen Personen ohne rechtmäßigen Aufenthaltsstatus gegen hohe Entgelte in verschiedene Destinationen mit Taxiunternehmungen aus Salzburg, Oberösterreich, an die Grenzen zu Unterkünften und Bahnhöfen gebracht worden sind. Aus rechtlicher Sicht ein klares Vergehen gegen den § 114 des Fremdenpolizeigesetzes 2005 (FPG), geschätzte Damen und Herren, der hier besagt, und ich darf Ihnen diesen Passus zitieren aus dem Absatz 1: *„Wer die rechtswidrige Einreise oder Durchreise eines Fremden in oder durch einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder Nachbarstaat Österreichs mit dem Vorsatz fördert, sich oder einen Dritten durch ein dafür geleistetes Entgelt unrechtmäßig zu bereichern, ist vom Gericht mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen“*, so der Gesetzestext. Tatsache ist aber, dass wir hier einen klaren Rechtsbruch sehen, der im Gegenteil von der Wirtschaftskammer sogar noch unterstützt wird. Ein eigenartiger Zugang zum Rechtsstaat, mit einem Schreiben, geschätzte Damen und Herren, das sogar mit Tarifen hier behaftet, kundgetan wurde.

Einen Teil dieses Schreibens darf ich Ihnen hier kundtun: „*Ab ca. 17.00 Uhr, ich zitiere, wird am Grenzübergang Radkersburg ein Taxistandplatz für rund 50 Fahrzeuge und am Grenzübergang Spielfeld für rund 100 Fahrzeuge eingerichtet. Wir ersuchen Sie, bei der Beförderung mit Fahrzeugen aus Tarifgebieten die Bestimmungen der Tarifordnung einzuhalten und Fahrten ausschließlich gemäß Fahrpreisanzeiger durchzuführen. Als Richtpreis gemäß Fahrtenberechnungsprogramm ist für die Strecke Spielfeld-Salzburg von einem Preis von rund 550 Euro auszugehen, für die Strecke Spielfeld-Wien rund 400 Euro, für die Strecke Radkersburg-Salzburg rund 600 Euro, für die Strecke Radkersburg-Wien rund 450 Euro*“, Zitat Ende, so der Brief der Kammer, geschätzte Damen und Herren. Da kann man sich ein Bild machen und sich die Frage stellen, die im System Lebenden, wie abgehoben sind Sie eigentlich, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Hier wäre es besser gewesen, wenn die Interessensvertretung den betroffenen Unternehmungen mit Rat und Tat zur Seite stünden, nicht mit so einem Rat, und an der Rechtsordnung nicht vorbei zu schrammen, da würde sich der Zwangsmitgliedsbeitragszahlende besser aufgehoben fühlen und in diesem Sinn darf ich dir, Herr Landesrat, zu dem Thema Wirtschaft meine Fragen kundtun und ersuche um Beantwortung. *(Präsidentin Khom: „Ich erteile Herrn Landesrat Dr. Christian Buchmann das Wort zur Beantwortung! Ach so, entschuldige!“)* Danke, Frau Präsidentin, das ist lieb von dir, dass du mir das Wort abschneidest, aber dennoch bin ich es, am Wort nämlich und darf jetzt meine Fragen formulieren, weil wie sollen wir sonst wissen, was der Herr Landesrat Buchmann dann antworten soll. Danke.

1. Wie viele steirische Betriebe sind Ihnen bekannt, die aufgrund des aktuellen Flüchtlingsansturms wirtschaftliche Einbußen zu verzeichnen haben?
2. Gibt es bereits Schätzungen über die Höhe des wirtschaftlichen Gesamtschadens?
3. Welche Wirtschaftsbranchen sind von der derzeitigen Situation an der südsteirischen Grenze besonders betroffen?
4. Wie hoch beziffern Sie die Steuerausfälle für das Land Steiermark aufgrund der Mindereinnahmen?
5. Sind Ihnen Fälle von steirischen Betrieben bekannt, die aufgrund des aktuellen Flüchtlingsansturms ihre Geschäfte aus Sicherheitsgründen vorübergehend schließen beziehungsweise ihre Öffnungszeiten einschränken mussten?
6. Falls ja, um wie viele Betriebe handelt es sich?
7. Falls ja, welche Geschäftszweige waren betroffen?

8. Ist Ihnen bekannt, ob es im südsteirischen Grenzgebiet infolge der Flüchtlingskrise zu „Stürmungen“ von Geschäften gekommen ist?
9. Falls ja, wie viele Geschäfte waren betroffen?
10. Falls ja, welche Branchen waren betroffen?
11. Ist Ihnen bekannt, ob die Wirtschaftsbetriebe im südsteirischen Grenzgebiet seit Beginn der Flüchtlingskrise mit einer Steigerung an strafrechtlich relevanten Delikten von Ausländern zu kämpfen haben?
12. Ist damit zu rechnen, dass dem südsteirischem Tourismus durch die Flüchtlingskrise und die Meldungen des „Deutschen Auswärtigen Amtes“ beziehungsweise der „EDA“ weitere wirtschaftliche Einbußen erwachsen werden?
13. Falls ja, wie hoch werden diese sein?
14. Falls nein, auf welchen Erkenntnissen beruht die Annahme, dass die südsteirischen Betriebe (vor allem jene im Tourismus) keine finanziellen Ausfälle aufgrund der derzeitigen Lage an der Grenze haben werden?
15. Gibt es Überlegungen, die durch die Flüchtlingskrise bedingten Umsatzeinbußen der lokalen Betriebe seitens des Landes Steiermark zu kompensieren?
16. Falls ja, in welcher Form beziehungsweise Höhe?
17. Falls nein, warum nicht?
18. Hatten Sie Kenntnis vom Informationsschreiben der Wirtschaftskammer Steiermark an die Taxiunternehmen, wonach diese Beförderungsfahrten an den Grenzübergängen in Spielfeld und Bad Radkersburg zum Zweck des Flüchtlingstransports anbieten können?
19. Sehen Sie in dieser Vorgehensweise ein Zuwiderhandeln gegen die Vorschrift des § 114 FPG?
20. Falls ja, haben Sie die Wirtschaftskammer diesbezüglich schon kontaktiert?
21. Falls nein, warum nicht?
22. Gibt es Überlegungen, Taxiunternehmen bei Verstößen gegen das Fremdenpolizeigesetz die Taxilizenz zu entziehen?
23. Falls nein, warum nicht?

Geschätzter Herr Landesrat, ich bitte um Beantwortung. *(Beifall bei der FPÖ – 12.11 Uhr)*

Präsidentin Khom: Nach der Verlesung der Fragen durch Herrn Kollegen Deutschmann übergebe ich das Wort jetzt an den Herrn Landesrat. Bitte.

Landesrat Dr. Buchmann – ÖVP (12.11 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, liebe Kollegin auf der Regierungsbank und sehr geehrte Damen und Herren des Landtages und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und via Live-Stream! Die Dringliche Anfrage der Abgeordneten der FPÖ, vorgetragen durch Herrn Abgeordneten Deutschmann zum Thema „Auswirkungen des Flüchtlingsstroms auf den Wirtschaftsstandort Südsteiermark“ möchte ich eingangs dazu nutzen, festzuhalten, dass die aktuelle Flüchtlingssituation in einem gesamteuropäischen Kontext, wie ich meine, betrachtet werden muss. Europa erlebt derzeit die größte Flüchtlingswelle seit dem Zweiten Weltkrieg. Die weitaus meisten Menschen fliehen vor dem Krieg in Syrien, dem Terror des Islamischen Staates in Libyen oder der Diktatur in Eritrea. Europa ist ein Sehnsuchtsort für viele Menschen. Flüchtlinge streben nach Europa, weil dieses Europa eine Friedensregion ist, in der 28 Mitgliedsstaaten gemeinsame Werte teilen, die es täglich zu verteidigen gilt. Flucht ist leider nichts Neues in Europa. Unsere gemeinsame Geschichte ist geprägt von Millionen von Europäern, die vor religiöser und politischer Verfolgung, Krieg, Diktatur und Unterdrückung fliehen mussten. Neu ist nun jedoch, dass erstmals die Gemeinschaft von 28 Staaten in der Europäischen Union vor der gemeinsamen Aufgabe des Umgangs mit den Flüchtlingen und den Ursachen für deren Flucht steht und ich spreche es als für Europa und Außenbeziehungen zuständiges Regierungsmitglied offen an, hier stößt die EU seit einigen Monaten an ihre Grenzen. Um Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu zitieren, unsere Europäische Union ist in keinem guten Zustand. Es fehlt an Europa in dieser Union und es fehlt an Union in dieser Union. Genau das ist das Problem aus europäischer Sicht. Es fehlt in einigen Staaten das Bewusstsein, dass es sich um ein europäisches Problem handelt und nicht um ein österreichisches, italienisches, slowenisches, griechisches oder gar deutsches Problem. Und dass es daher eines umfassenden europäischen Vorgehens bedarf, hier besteht Aufholbedarf und Überzeugungsbedarf. Nichts destotrotz dürfen wir nicht übersehen, was trotz dieser unterschiedlichen Meinungen in einigen Staaten auf europäischer Ebene passiert, um nur einige Dinge zu nennen.

Um der angespannten Situation an den EU-Außengrenzen besser Rechnung tragen zu können, wurde die EU-Kommission von den Mitgliedsstaaten beauftragt, in den betroffenen Ländern bis Ende 2015 Aufnahmezentren, sogenannte Hotspots zu errichten, in denen Asylsuchende durch EU-Mitarbeiter und die lokalen Behörden registriert werden sollen. Die Hotspots in Griechenland und Italien sollen Ende November dieses Jahres in Betrieb gehen. Erste Quotenregelungen zwischen den EU-Staaten sehen vor, 160.000 Flüchtlinge unter den Mitgliedern zu verteilen. Die Europäische Kommission arbeitet bereits an einer permanenten europäischen Quotenregelung, basierend auf den vier Faktoren: Bevölkerungszahl, Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosenquote und Zahl der bisherigen Asylwerber. Nun gilt es, diese Regelungen konsequent umzusetzen. Die Grenzschutzagentur Frontex und der Herr Landeshauptmann hat in seiner Anfragebeantwortung darauf hingewiesen und das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, kurz EASO, werden ausgebaut und sollen zusammen mit der Polizeibehörde Europol die Mitgliedsstaaten bei der Registrierung unterstützen. Es wird gemeinsam festgelegt, welche Staaten als sichere Herkunftsstaaten betrachtet werden können. Die Rückführung und die Rückübernahme von Migranten wird verbessert. Aus aktuellem Anlass möchte ich in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass ich glaube, dass der EU-Afrika-Gipfel dieser Tage, sowie die Gespräche EU-Türkei erste ermutigende Signale sind, zu einer gemeinsamen Problemlösung beizutragen. Wir haben auch im Ausschuss der Regionen, wie Sie wissen, darf ich die Steiermark in diesem Gremium vertreten, wir haben auch im Ausschuss der Regionen der EU die Fragen, die sich durch die Migrationsbewegungen ergeben, mehrfach intensiv diskutiert und am 13. Oktober dieses Jahres mit der hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Vizepräsidentin Federica Mogherini, über die Rolle der Regionen debattiert. In der nächsten Plenartagung am 3. Dezember dieses Jahres wird eine Initiativstellungnahme zur europäischen Migrationsagenda beschlossen werden. Die EU muss sich besonders dafür einsetzen, dass wir in den Krisenregionen zu friedenssichernden Maßnahmen kommen. Aus meiner Sicht ist hier die Weltgemeinschaft besonders gefordert. Die UNO muss ein entsprechendes Mandat bekommen, Sonntagsreden helfen in diesem Zusammenhang niemandem. Nun komme ich zur Beantwortung der einzelnen Fragen. Ich möchte vorausschicken, dass durch die Flüchtlingskrise lokal und überregional wirtschaftliche Erschwernisse und Beeinträchtigungen zu beobachten sind.

Gerade deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, appelliere ich, Gerüchte nicht weiter zu tragen, sondern in einer ohnedies sensiblen Phase der Entwicklungen auf Fakten beruhend die Bevölkerung zu informieren. Wenn im Zuge dieser Flüchtlingsströme von Plünderungen gesprochen wird, von der Zunahme von Strafdelikten und damit Gerüchte bis ins Hohe Haus getragen werden, dann dient es nicht dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und ich appelliere wirklich an Sie alle in diesem Haus, nicht Gerüchten zu glauben, sondern den Fakten und diese Fakten auch der Bevölkerung weiter zu geben. Ich glaube, es ist eine vordringliche Aufgabe von uns allen, die wir in der Politik tätig sind, Sicherheit und Vertrauen der Bevölkerung zu vermitteln und sie nicht zu verunsichern oder gar zu beunruhigen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zur Frage 1: Bis dato hat sich kein steirisches Unternehmen konkret an mich gewandt. Auf Nachfrage haben der Geschäftsführer des Tourismusverbandes Bad Radkersburg, Christian Contola, und der Leiter der Regionalstelle Südsteiermark der Wirtschaftskammer, Mag. Josef Majcan, mitgeteilt, dass im Raum Bad Radkersburg rund 80 Betriebe und im Raum Spielfeld rund 15 Betriebe aus verschiedenen Branchen in unterschiedlicher Intensität betroffen sind.

Zu 2: Nein. Eine derartige Schätzung wäre zum jetzigen Zeitpunkt unseriös.

Ad 3: Betroffen sind Tourismus- und Handelsbetriebe, aber auch Logistikunternehmen, wie beispielsweise Frächter und Spediteure sowie indirekt Industriebetriebe, die aufgrund eingeschränkter Abwicklungsmöglichkeiten an den Grenzen verspätete Zulieferungen in just-in-time-Prozessen berücksichtigen müssen.

Ad 4: Diese Frage kann von mir seriös nicht beantwortet werden und wäre an das Bundesministerium für Finanzen zu richten.

Zu den Fragen 5, 6 und 7: Aktuell nicht. Im Oktober hatten einige Betriebe aus Sicherheitsbedenken kurzzeitig geschlossen. Betroffen waren Handels-, Gewerbe- und Gastronomiebetriebe.

Zu den Fragen 8, 9 und 10: Die Nachfrage bei der Landespolizeidirektion Steiermark, Oberst Joachim Huber, hat für den Landespolizeidirektor Mag. Josef Klamlinger geantwortet, hat Folgendes ergeben: Im Bezirk Leibnitz mussten aufgrund des sogenannten „Durchbruchs“ an der Grenze am 09. Oktober 2015 zwei Lebensmittelgeschäfte, der Herr Landeshauptmann hat ebenfalls bereits darauf hingewiesen, vorübergehend schließen, weil diese aufgrund des Andranges mit ihren personellen Ressourcen das Auslangen nicht finden konnten. Im Bezirk Südoststeiermark gab es keine derartigen Vorfälle. Es kam weder im Bezirk Leibnitz, noch im Bezirk Südoststeiermark zu Stürmungen von Geschäften.

Ad 11: Seit Beginn der Flüchtlingskrise ist laut Auskunft der Landespolizeidirektion keine Steigerung der Anzahl von Anzeigen strafrechtlich relevanter Delikte zu verzeichnen.

Zu den Fragen 12 bis 14: Diese Fragen lassen sich zum heutigen Zeitpunkt seriöser Weise nicht beantworten.

Zu den Fragen 15 bis 17: Bei Katastrophen hat das Land Steiermark für den Bereich der Wirtschaft, besonders das Wirtschaftsressort, stets spezielle Unterstützungsmaßnahmen angeboten. Als Tourismusreferent habe ich den betroffenen Tourismusregionen zusätzliche Mittel für verstärkte Marketingmaßnahmen zugesagt. Umsatzeinbußen haben als Bezugsgröße nur eine eingeschränkte Aussagekraft, da bekanntermaßen Umsatz nicht gleich Gewinn ist.

Zu 18: Nein.

Ad 19: Diese Beurteilung obliegt nicht mir, dafür sind Gerichte zuständig. Ich habe den Verfassungsdienst des Landes Steiermark zu dieser Frage um Stellungnahme ersucht und zitiere aus dieser: „Der Verfassungsdienst kann keine abschließende Beurteilung vornehmen, ob in der gegenständlichen Angelegenheit der Tatbestand der Schlepperei im Sinne des § 114 des Fremdenpolizeigesetzes erfüllt ist. Diesbezügliche Recherchen haben aber ergeben, dass von einem strafbaren Verhalten aus verschiedenen Gründen nicht auszugehen ist. Insbesondere liegt eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom 28. September 2015 vor, derzufolge sich ein Taxilenker nur dann gerichtlich strafbar machen könnte, wenn er sich durch einen objektiv überhöhten Fuhrlohn unrechtmäßig zu bereichern trachtet.“

Im Übrigen ist der Öffentlichkeit und somit auch den Organen der Polizei und der Staatsanwaltschaft der Umstand bekannt, dass Taxifahrten für Flüchtlinge angeboten werden. Sollte sich entgegen der Einschätzungen des Verfassungsdienstes der Verdacht einer gerichtlich strafbaren Handlung ergeben, dann müssten die betreffenden Organe von Amts wegen tätig werden!“.

Zu den Fragen 20 und 21: Ich habe die zuständige Fachgruppe der Wirtschaftskammer Steiermark um Stellungnahme ersucht. Diese darf ich Ihnen wie folgt zitieren: „Sämtliche Fahrten von den Grenzübergängen Spielfeld und Radkersburg wurden auf Ersuchen und in Abstimmung mit dem Innenministerium und dem Einsatzstab in der Landespolizeidirektion Steiermark durchgeführt. Dieses Ersuchen erfolgte zu bestimmten Zeiten aufgrund des Flüchtlingsansturms, da die Bus- und Zugkapazitäten nicht ausreichend waren, nach dem Vorbild der gleichen Vorgangsweise beim Grenzübergang in Nickelsdorf in den Wochen davor. Die Beförderungen erfolgten von Freitag, 23. Oktober 2015, 17.00 Uhr, bis Dienstag, 27. Oktober 2015, ca. 10.00 Uhr, sowie von Donnerstag, 29. Oktober 2015, ca. 13.00 Uhr bis Montag, 02. November 2015, ca. 14.00 Uhr. Funktionäre der Wirtschaftskammer sorgten vor Ort in Abstimmung mit den Beamten der Exekutive für einen reibungslosen Ablauf, bei dem jede einzelne Fahrt dokumentiert wurde und seitens der Exekutive der Zielort, in der Regel Weiterbeförderung in Transitlager in Salzburg bzw. Oberösterreich, festgelegt und dokumentiert wurde. Das Informationsschreiben der WKO Steiermark hatte eben genau den Zweck, überhöhte Preise zu verhindern, weshalb klar auf die Bestimmungen der steirischen Taxitarifverordnung verwiesen wurde. Dieses Schreiben erfolgte am Freitag, den 23. Oktober 2015, um 14.00 Uhr, mit dem Hinweis, dass ab 17.00 Uhr Taxistandplätze an den Grenzen eingerichtet werden. Ab diesem Zeitpunkt wurde der Ablauf vor Ort am Grenzübergang Spielfeld koordiniert und die Information an die Mitglieder mit dem gegenständlichen Schreiben erteilt!“, Zitat Ende.

Zu den Fragen 22 und 23: Aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit gibt es hier keinen Raum für Überlegungen. Sollten entziehungsrelevante Tatbestände verwirklicht worden sein und erfolgte eine rechtskräftige Bestrafung, so hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Konzession zu entziehen. Für die Entziehung von Konzessionen für das Taxigewerbe sind die Bezirksverwaltungsbehörden zuständig.

Gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Gelegenheitsverkehrsgesetzes in der derzeit geltenden Fassung, ist die Konzession unter anderem dann zu entziehen, wenn die Zuverlässigkeit des Konzessionsinhabers nicht mehr gegeben ist. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.24 Uhr)*

Präsidentin Khom: Ich eröffne nunmehr die gemeinsame Wechselrede zu allen drei Dringlichen Anfragen und weise auf § 68 Abs. 5 der GeoLT hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Hauptredner nicht länger als 20 Minuten und Debattenredner nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zur Dringlichen Zwei steht den Mitgliedern des Bundesrates gem. § 14 der GeO das Rederecht zu.

Als Erstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Lambert Schönleitner. Bitteschön.

LTAbg. Schönleitner *(12.25 Uhr):* Danke, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Also, Kollege Deutschmann, ein bisschen schwer hast du es schon gehabt bei der Einbringung deiner Dringlichen Anfrage, wie du versucht hast, da die wirtschaftliche Katastrophe zu beschreiben oder zumindest eines nach dem anderen herbeizusehnen. *(LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Dein steirisches Wirtschaftsverhältnis kennen wir eh!“)* Es gibt immer wieder kleinere Probleme, aber du hast dich redlich bemüht, aber es ist dir nicht gelungen, in der Realität das darzustellen. Ich möchte dich eingangs nur deswegen daran erinnern, weil du musst dir einmal vorstellen, würde eure Politik, von Europapolitik rede ich ja gar nicht, aber so, wie ihr euch das vorstellt, alles dicht machen nationalstaatlich, wirklich umgesetzt werden, dann würde es für die steirische Wirtschaft wirklich schlecht ausschauen. Und das verdrängst du komplett. Das möchte ich nur eingangs sagen, dann würde es um unsere Exporte und um anderes sehr, sehr schlecht bestellt sein. *(LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Du tust dir ja jetzt schon schwer!“)* Das kann man nicht ganz wegdrängen, das macht ihr immer gern.

Ich möchte aber vorher schon auf etwas Wesentliches eingehen, das ist mir sehr, sehr wichtig, es zu sagen, weil jetzt, Herr Landeshauptmann, sind Sie mir nicht böse, aber ihr habt jetzt viel von Besonnenheit immer wieder gesprochen, am Schluss jetzt auch der Herr Landesrat Buchmann wieder, ich möchte schon noch einmal in Ihre Richtung auch appellieren, das, was Sie uns am 07.09.2015 im Landtag gesagt haben, was aus meiner Sicht eine gute Position war, auch aufrecht zu erhalten. Wo Sie gesprochen haben, die universellen Menschenrechte sind unteilbar, das darf man nicht nur Sonntag von der Kanzel sagen. Das hat auch zu halten, wenn es soweit ist. Und jetzt ist es soweit, haben Sie gesagt. Eine demokratische Gesellschaft, die diese Grundsätze aufgibt, wenn sie anzuwenden sind, gibt sich selbst auf. Wir haben offene Grenzen, Ihre Worte, nachdem die Mauern fielen und jetzt gibt es wieder welche, die die Mauern hochziehen wollen, aber so kann man keine Probleme lösen. Warum erinnere ich an das? Sie haben meine volle Unterstützung für diese Position, aber mir hat heute wirklich nicht gefallen, dass die Grenzzaungeschichte so abgehandelt wurde hier herinnen, als wäre jetzt eh alles paletti, das wäre menschenrechtlich alles okay, und es würde nicht um einen Zaun gehen, weil es nur ein paar Kilometer sind, sondern jetzt wäre alles gelöst, das ist aus meiner Sicht überhaupt nicht der Fall. Ich darf ganz kurz den Michael Kaluka, der vor kurzem, also nachdem die heutige Lösung des Zaunes bekannt wurde, sich zu Wort gemeldet hat, der hat wieder etwas vollkommen Richtiges gesagt, der Zaun, der jetzt an der Grenze errichtet wird, ist ein schlimmes Symbol und ein Signal der eigenen Hilflosigkeit unserer Regierung. Und das darf man nicht vom Tisch wischen, denn es kann ja keiner glauben, dass die Zaunerrichtung da unten irgendein Problem in Europa in der Form, wie es uns vorliegt, es ist wirklich eine menschliche Tragödie, lösen könnte. Ich meine, es wird sich ja keiner, wenn es jetzt fünf Kilometer sind oder 15, oder 20, dass die Menschen da entlang wandern und dann an bestimmten Punkten rübergehen, das ist keine Lösung auf die wahnsinnige Herausforderung, die wir hier in Europa haben. Es ist also so, dass allein 2015, man muss es sich schon immer wieder vor Augen halten, weil man ja glaubt, solche Zäune könnten Menschen stoppen, allein 2015 sind im Mittelmeer 3500 Menschen ertrunken. Das ist wirklich eine humanitäre Katastrophe und jeder der behauptet, solche Menschen würden dann an irgendwelchen Zäunen aufzuhalten sein, oder man könnte ihnen den Eintritt verwehren, weil am Ende heißt es ja, wir müssen diese Zäune auch beschützen, weil sonst werden sie für nichts sein, wird man jene Menschen, die auf der Flucht sind und die nach dramatischen Jahren, wir wissen, sie sind teilweise drei, vier, fünf Jahre in Flüchtlingslagern gewesen, z.B. im Libanon, und irgendwann war es eben aussichtslos, dann kommen sie mit ihren Kindern,

mit ihren Familien her, dann kann man mit einem Zaun nicht reagieren. Und darum sage ich aus grüner Sicht eingangs noch einmal ganz klar, für uns ist der Zaun überhaupt keine Lösung, der wird nichts bringen, er wird keinem Land in Europa etwas bringen. Es ist natürlich, wie richtig festgestellt wurde, das haben Sie, Herr Landesrat Buchmann, wieder richtig gesagt, auch eine riesige europäische Blamage eigentlich, Sie haben es nicht so formuliert, aber ich formuliere es so, dass wir politisch nicht in der Lage sind, dieses Problem zu bearbeiten. Aber es ist eines auch klar, es wird auch nicht dadurch zu bearbeiten sein, dass wir vor jedem Nationalstaat einen Zaun errichten, wieder eine Hürde machen, die Menschen mit Bussen von Grenze zu Grenze transportieren und eigentlich letztendlich das nicht tun, das Einzige, was wir tun können, nämlich, auf die humanitäre Herausforderung zu reagieren. Und da würde ich mir schon wünschen, einige Dinge zu verbessern. Mir ist ganz wichtig jetzt, es war jetzt schon eine lange Debatte, es ist dann immer schwierig mit der Aufmerksamkeit, aber ich möchte ein paar Dinge sagen, die mir besonders wichtig sind, was die Situation in Spielfeld anlangt und ich sehe hier, dass unser Runder Tisch vom letzten Mal aus meiner Sicht doch einiges gebracht hat, denn es waren Vorschläge da, wo es jetzt offenbar Druck macht. Ja, vielleicht auch zu dir, Kollege Kunasek und in Richtung der FPÖ, dass ich es schon ein bisschen befremdlich finde, und das hat mich auch persönlich gestört, unabhängig von der Thematik, wenn du hinkommst zu einem Treffen, das vorher auch mitträgst und bedankst dich noch für die Einladung, und in den Medien sprichst du dann, das warst du, quasi von einem Kaffeekränzchen, was das ganze nur wäre. Das ist politisch schon auch ein schlechter Stil, du warst zwar der Erste, der sich einen Kaffee bestellt hat dort bei diesem Treffen, aber grundsätzlich ist es aus meiner Sicht schon zu hinterfragen, wenn man an einem Treffen teilnimmt und sagt, ich bin dabei, ich möchte da etwas einbringen, ich möchte dort etwas erfahren oder auch meine Kritikpunkte einbringen, dann gehst du in die Öffentlichkeit und kommst mit der Aussage, das Ganze ist ja nur ein Kaffeekränzchen. Das ist schon ein schlechter Stil, das ist etwas, was aus meiner Sicht schon auch hinterfragt gehört, wie es nämlich mit dem aussieht, dass man Politik auch ernst nimmt, auch in schwierigen Situationen und dass wir in keiner einfachen Situation sind, das ist aus unserer Sicht schon auch klar. Aber ich möchte ein paar Punkte ansprechen, die mir heute sehr wichtig sind, dass wir vielleicht aus dem Landtag, dieser Sitzung, hinausgehen, dass das Sinn haben könnte, das ist die Versorgungssituation in Spielfeld. Ich war selbst mehrmals unten, habe auch mitgearbeitet, wie viele, danke an alle, auch bei den ganzen freiwilligen HelferInnen, den Einsatzorganisationen, die das machen.

Ich war am 30. unten, das war ein Freitag, wo die Situation vor Ort schon ziemlich schwierig war. Jeder weiß, wenn so viele Menschen natürlich in einer Gruppe beisammen sind, dann kann es Schwierigkeiten geben, die hat es medizinisch an diesem Tag gegeben, die hat es ein wenig auch in sicherheitspolitischer Hinsicht gegeben und warum? Weil aus meiner Sicht, und das müssen wir auch im Auge behalten, das steht nämlich für mich auf der anderen Seite dieser Zaunbaupolitik, die Situation vor Ort des Grenzübertritts komplett neu organisiert werden muss. Minister Klug hat nicht ganz unrecht gehabt, aber eines ist ganz klar, wir müssen weg von dieser Trichtersituation vor Ort, immer wieder vor Ort, auch von wirklichen Experten in diesem Bereich, ExpertInnen sind gefordert, Menschen, die auch psychologisch wirklich fachlich davon Ahnung haben, wie man in so einer Situation umgeht, dass die Trichtersituation fatal ist, die Versorgung vorne, der Trichter hinten, in Slowenien müssen die Menschen schon warten, dann kommen sie zum österreichischen Punkt, dort gibt es wieder das gleiche Problem. Dann stehen sie stundenlang und das darf nicht mehr passieren. Ich glaube, da muss man systematisch etwas ändern, damit können wir die Situation entschärfen. Denn warum ist es denn dort so schwierig geworden? Immer dann, wenn eine große Menge an Menschen natürlich zusammengekommen ist und wenn letztendlich die Dynamik aufgrund natürlich dieser großen Menschenansammlung eine ist, die schwierig ist, selbst wenn professionell gearbeitet wird vom Bundesheer, auch von den Exekutivkräften, und speziell auch von den Einsatzorganisationen, so nicht gehandelt werden kann. Und darum ist mir wichtig, dass es heute so etwas gibt wie die Gewissheit hier herinnen und das würde mich vielleicht von Regierungsseite, auch von Ihnen, Herr Landeshauptmann, noch einmal wirklich interessieren, dass es dazu eine Aussage gibt, dass sich da etwas ändern muss. Mir ist auch wichtig die Versorgungssituation vor Ort zu verbessern, Frau Landesrätin. Ich habe es beim Runden Tisch ja eingebracht, die Versorgung mit warmem Essen da unten, Küche, das ist ein Thema. Seit Wochen wird uns das gesagt, das haben wir als Land Steiermark nicht auf die Reihe gebracht und da reicht es mir auch nicht aus, dass wir sagen, ja, da ist der Bund zuständig und das Innenministerium und da können wir nicht hineinregieren, das ist ein großes Problem. Und ich würde mir einfach wünschen, es gibt freiwillige Menschen, die das unten jetzt machen, die bemühen sich sehr, aber dass wir schon auch als Land Steiermark das schaffen, die Versorgung mit warmem Essen nach dieser Sonderlandtagssitzung, wenn wir so wollen, Frau Landesrätin, sicher zu stellen. Das ist mir wichtig.

Ich hätte von Ihnen gerne heute hier eine Zusage, dass Sie sagen, Sie als Soziallandesrätin werden dafür Sorge tragen, dass die Versorgung mit Nahrungsmitteln und speziell hier mit warmem Essen vor Ort umgehend verbessert wird. Das Zweite ist die medizinische Versorgung, ja, das Rote Kreuz bemüht sich vor Ort natürlich redlich, sie machen es auch gut, das soll keine Kritik am Roten Kreuz sein, aber man hat doch den Eindruck, wenn es Situationen gibt, wo ältere Menschen kollabieren, wo Kinder kollabieren, dass es in Spitzenzeiten dazu kommen könnte, dass wir auch die medizinische Versorgung, es war einmal von einem Feldspital die Rede, Sie haben es, glaube ich, selbst einmal angesprochen, vor Ort noch einmal verstärken müssen. Sei es mit einer Gruppe an Ärzten, vielleicht an freiwilligen Ärzten, aber vielleicht auch gemeinsam mit der KAGes, glaube ich, müssen wir hier schauen, dass wir auf Sondersituationen vorbereitet sind. Wenn wir es dann am Ende nicht brauchen, ist alles okay, aber ich glaube, wir müssen diesbezüglich schon vorbereitet sein. Die größte Frage, die dahinter steht und da muss ich schon eine vorsichtige Kritik, Frau Landesrätin, an Ihrer Abteilung oder auch an der Landesregierung üben, ist die Situation mit den Quartieren. Also es ist nicht befriedigend, wenn wir wissen, wir haben ganz viele Menschen in der Steiermark, die helfen wollen, die Quartiere zur Verfügung stellen wollen, die an die Abteilung herantreten, die an die Bezirkshauptmannschaften herantreten, teilweise natürlich auch direkt an das Ministerium, und Quartiere hätten, und wir schaffen es dann nicht, diese Quartiere, die angeboten werden, tatsächlich in Umsetzung zu bringen. Sie tatsächlich mit Menschen, die auf der Flucht sind, zu besetzen. Sie haben von Bad Aussee das Beispiel, das ja sehr schön war, dass da Menschen hingefahren sind und geholfen haben, das ist toll, aber Bad Aussee war so ein Beispiel für mich in den letzten Wochen, wo ich einfach gesehen habe, ich habe mir einzelne Beispiele angeschaut, dass es derzeit noch nicht funktioniert. Es funktioniert nicht. Wir haben dort 16 Plätze gehabt und bis gestern oder vorgestern war keiner dieser Plätze besetzt, obwohl sie komplett fertig waren, weil wir das Problem gehabt haben, dass wir niemanden für die Betreuung gefunden haben, der diese Flüchtlinge betreut. Und diese Dinge, wenn wir das ernst nehmen, dass wir nämlich in Spielfeld eine menschenrechtskonforme Bewältigung der Sache sehen wollen und natürlich schauen müssen, dass wir die Menschen in dafür vorgesehene Quartiere bringen, denn das mit der Praktiker-Halle ist eh klar, dass das natürlich das Falsch ist, Menschen ganz lang dort zu belassen, die eigentlich nur als Transitquartiere gedacht sind, da müssen wir Quartiere zur Verfügung stellen. Und mein Appell ist heute hier noch einmal von diesem Rednerpult, Frau Landesrätin und Herr Landeshauptmann, wir müssen noch schneller werden.

Das ist ja unglaublich. Wir haben eine Hilfsbereitschaft der Menschen, die eigentlich einer irrsinnigen Bürokratie ausgesetzt sind, meine Kollegin Sabine Jungwirth wird es vielleicht dann noch erläutern, dass z.B. vergebühte Mietverträge Dauerthema sind, das hindert uns eigentlich bei der Umsetzung, Quartiere, die da sind, schnell in Verwendung zu bringen. Und ich war auch bei der Bürgermeisterkonferenz im Bezirk Liezen dabei, wo viele auch berichtet haben, dass eigentlich das Angebot da ist, selbst der Bezirkshauptmann hat es gesagt, aber die Kommunikation funktioniert nicht. Wir können die Quartiere nicht zur Verfügung stellen. Und Aussee war so ein Beispiel, jetzt offenbar sind ja einige Plätze belegt in Bad Aussee, was gezeigt hat, so kann es ja nicht sein. Denn, wenn wir die Quartiere brauchen, damit die Situation menschenrechtskonform ist, damit wir den Menschen schneller was zur Verfügung stellen können und die Transitquartiere nicht belasten müssen mit einer Belegung, dann müssen wir was tun. Das hat leider in den letzten Wochen zu schleppend, aus meiner Sicht, funktioniert und da würde ich von Ihnen schon noch einmal gerne wissen, oder vom Flüchtlingskoordinator, wie denn das jetzt ausschaut, was haben wir an Verbesserungen geschafft, damit wir Quartiere, die zur Verfügung stehen, noch schneller in Verwendung bringen können. Ich bringe jetzt einen Entschließungsantrag der Grünen ein, der mir schon wichtig ist, und zwar geht es da um die Zaunsache, weil das ist ja so, wir Grünen haben hier im Landtag auch, und das wird die steirische Position auch bleiben, immer eines getan, wir haben immer gesagt, und das ist uns wichtig, wir wollen einen Schulterchluss hier im Haus herinnen haben, im Landtag, gegen die hetzerischer Politik der FPÖ, gegen die menschenverachtende Politik, gegen das eigentlich nicht vorlegen von Lösungen. Kollege Kunasek, du hast nie irgendeine Lösung, du kritisierst, du nützt die Stimmung immer aus und glaubst, das ist dann schon Politik, das ist natürlich zu wenig, das wollen wir auch weiter tun. Aber mir ist schon wichtig, was die Zaunangelegenheit anlangt, den Zaunbau an der Grenze, der jetzt zwei Monate, entnehme ich den Medien, was ich jetzt vorher gerade gesehen habe, dauern soll, dass wir das noch einmal zum Anlass nehmen und ganz deutlich machen, dass der Zaunbau überhaupt keine Lösung ist. Das wird uns viele, viele finanzielle Mittel kosten, freilich ist es eine bundespolitische Entscheidung, aber man kann es nicht immer nur nach Wien schieben, ich würde mir auch wünschen, Herr Landeshauptmann, dass die Steiermark entschieden auftritt.

Sie haben gesagt, Sie haben immer wieder Kontakt zur Ministerin, aber offenbar hat der Kontakt in den letzten Wochen doch nicht allzu gut funktioniert, denn offenbar, was die Steiermark gefordert hat, oder wenn es um Verbesserungen an der Versorgung der Flüchtlinge gegangen ist, ist es beim Ministerium nicht angekommen. Wir wissen seit Wochen, um ein konkretes Beispiel zu sagen, dass in der Praktiker-Halle viele Menschen sind, die eigentlich Anträge gestellt haben, die nicht klassische Transitquartierflüchtlinge sind und Sie haben es nicht geschafft, offenbar Ihren Regierungskollegen auf Bundesebene, gemeinsam natürlich mit der SPÖ, weil Sie sind ja in einer Regierung, auch wenn man es nicht immer so wahr nimmt, dass es eine gemeinsame ist, aber es ist eine Regierung, zu vermitteln. Da muss ja irgendetwas nicht funktioniert haben. Das würde ich mir schon wünschen. Und ein weiterer Wunsch ist natürlich, dass wir im Landtag, und darum bringen die Grünen diesen Antrag ein, heute ein klares Signal setzen, ich nehme an, es wird vielleicht nicht gelingen, aber es wäre schön, uns doch gegen dieses Zaunprojekt auszusprechen, aus unterschiedlichen Gründen. Aus unserer Sicht ist die Menschenrechtsthematik, die natürlich ins Treffen zu führen ist, es ist aber auch, selbst, wenn ich es sicherheitspolitisch sehe, ein völliger Unsinn, derartige Barrieren zu errichten. Das Wichtigste, was zu tun ist für die Menschen vor Ort, aber auch sicherheitspolitisch, ist, die Abfertigungssituation, die Grenzübertrittssituation für Menschen auf der Flucht zu verbessern. Da geht es um Markierungssysteme, da geht es um Bildschirminformationen, wir haben verschiedene Konzepte auch selbst immer wieder vorgeschlagen, die nicht wir selbst erfunden haben, sondern die uns Menschen sagen, die in diesem Bereich seit Jahren auch fachlich tätig sind, was wir hier tun sollten, dass wir das letztendlich erreichen müssen und darum würde ich mich sehr freuen, wenn wir es zusammenbringen würden, dass wir einen Beschluss im Landtag fassen, und uns gegen den Zaunbau an der Grenze in Spielfeld aussprechen. Man muss schon auch dazu sagen, diese Grenze hat eigentlich auch in Zeiten, wo zwar völlig unterschiedliche Welten diesseits und jenseits der Grenze waren, auch keinen Zaun gehabt. Es hat auch hier keinen Zaun gegeben. Es war immer wieder eigentlich, wie Europa zusammengewachsen ist, wie diese Grenze generell weg war, eigentlich eine große Errungenschaft und ich glaube, das empfinden auch viele Menschen vor Ort, wenn man unten spricht, ich war mehrmals unten vor Ort an der Grenze so, dass letztendlich viele dieses Zaunprojekt auch ablehnen.

Ich glaube, jetzt versucht sich halt die Bundesregierung hinüberzuretten mit irgendeinem fünf Kilometer Zaunstück. Ich fürchte, bei dem wird es nicht bleiben. Das wird dann weiter gehen, es ist letztendlich eine Machtfrage zwischen ÖVP und SPÖ auf Bundesebene. Aber in der Realpolitik, egal ob ich es menschenrechtspolitisch sehe oder sicherheitspolitisch, muss man doch sagen, dieser Zaun wird Kosten verursachen, er wird letztendlich die Problematik eher verschärfen für flüchtende Menschen und er wird uns in keiner Weise eine Lösung sein. Er wird uns nur letztendlich Kosten verursachen. Darum wäre dieses Signal des Landtages im Besonderen wichtig. Und diese Schulterchlussgeschichte, die ich angesprochen habe, die ist mir und uns Grünen sehr wichtig, dass wir sie aufrechterhalten. Herr Landeshauptmann, ich war schon ein bisschen erstaunt, wie Sie, wie diese Zwischenfälle, wie die Grenze einmal aufgegangen ist, und der Druck groß war, dann eher in dieses Panik- und Chaosgerede, ich habe es Ihnen eh persönlich auch gesagt, als Landeshauptmann, sogar eingestiegen sind zu Beginn. Sie haben dann zwar wieder eingebremst, das ist aus meiner Sicht eine gewisse Problematik, wenn jemand, der an der Spitze des Landes steht, auch nach außen trägt, jetzt wäre das alles schlimm und alles fürchterlich und sich eher in ein Panik- und Chaosgerede hineinbringt und nicht das tut, was zu tun ist. Dass immer auf Herausforderungen zu reagieren ist, dass Sie Ihrer Ministerin intern heftig sagen, was zu tun ist, das wünsche ich mir. Aber nach außen müssen wir schon aufpassen, müssen wir vorsichtig sein, dass wir nicht selbst oder dass vor allem Sie nicht an der Spitze der Steiermark stehend hier diese Paniksache noch einmal verstärken. Der Parteichef der hinlänglich bekannten FPÖ auf Bundesebene Strache hat gestern auf seiner Facebookseite verkündet und gepostet, die schwarze Kopiermaschine, warum sage ich das jetzt da noch einmal, wenn wir den Schulterchluss wollen, dann ist eines wichtig, dann ist eines wichtig, dass speziell natürlich, ich sage es auch in Richtung der Sozialdemokratie, weil ich mich auch gewundert habe, wie schnell diese Zustimmung zum ursprünglichen Zaunprojekt eigentlich da war beim Landeshauptmannstellvertreter, aber vor allem in Richtung ÖVP wird es wichtig sein, eines nicht zu tun, und den Fehler der letzten 10 Jahre in der Integrationspolitik, in der Asylpolitik, nicht zu machen, um nämlich der FPÖ einen Schritt entgegen zu gehen. Ich wünsche mir, dass dieser Schulterschluss bleibt, dass wir gemeinsam gegen diese Politik der FPÖ stehen und dass sich nicht die FPÖ auf ihrer Facebookseite rühmen kann, naja, das ist eh nur mehr die schwarze Kopiermaschine, weil letztendlich kommen sie in unsere Nähe und was wir diese Woche vorschlagen, wird nächste Woche ohnehin von Mitterlehner oder sei es auch von einzelnen Bundesländern dann mitgetragen.

Ich glaube, das ist entscheidend, denn, wenn wir der FPÖ diesen Boden derart aufbereiten, dass wir eben nicht in die Integrationspolitik gehen, dass wir nicht hineinvestieren in unsere eigene Zukunft, wir werden in den Bildungsbereich investieren müssen, wir müssen etwas tun, dass Menschen, die zu uns kommen, integriert werden. Wir werden, und das ist ganz klar, freien Zugang zum Arbeitsmarkt natürlich brauchen, ja selbstverständlich. Die Menschen müssen Teil unserer Systeme werden, da wird wichtig sein, dass die ÖVP, die Volkspartei, nicht Richtung rechts umfällt, sondern dass es so etwas gibt, wie das, was sie in ihrem Zitat hier gesagt haben, die Menschenrechte sind unteilbar und die Gesellschaft braucht letztendlich einen Schulterchluss gegen diese Politik. Das würde ich mir wünschen und ich darf unseren Entschließungsantrag einbringen, einen weiteren wird dann die Kollegin Sabine Jungwirth hier noch vortragen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark spricht sich gegen die Errichtung eines Grenzzaunes an der steirisch-slowenischen Grenze aus.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, und diese aufzufordern, von der Errichtung eines Grenzzaunes an der steirisch-slowenischen Grenze Abstand zu nehmen.

Und ich erinnere am Schluss noch einmal, Frau Landesrätin, warmes Essen in Spielfeld ist uns wichtig, die Verbesserung der medizinischen Versorgung und das Abfertigungssystem und dann werden wir dort eine entspanntere Situation erleben, dann wird es auch für alle, für die Sicherheit im Land, aber auch für die flüchtenden Menschen eine Verbesserung geben. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 12.45 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mario Kunsasek, bitte.

LTabg. Kunsaeck – FPÖ (12.45 Uhr): Danke Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich sage einmal danke für die Beantwortung der Fragen. Zum einen Teil durchaus ausführlich, in anderen Bereichen vielleicht etwas oberflächlich, aber das liegt in der Natur der Sache. Aber ich möchte zu meinen Vorrednern nur ein, zwei Sätze sagen.

Diese Zaunphobie, die da anscheinend bei den Grünen vorherrscht ist für uns natürlich nicht verständlich. Weil eines ist klar: Wir alle sollten uns, glaube ich, zur Rechtsstaatlichkeit bekennen, auch zum Schutz der Grenzen, auch im Sinne der Sicherheit der eigenen Bevölkerung und mit der Tor-und-Tür-auf-Politik, glaube ich nicht, dass wir das Problem lösen werden. Eines stimmt schon: Der Grenzzaun - wenn man das so bezeichnen möchte, oder ich sage es lieber als Überwachung der Grenze und entsprechende Kontrollen der Grenze - wird das Flüchtlingsproblem nicht lösen. Da liegt die Ursache ganz wo anders. Es ist Symptombekämpfung, das ist richtig, aber absolut notwendig auch mit Zäunen, mit Sperren, mit Überwachungen, auch über das Bundesheer und der Exekutive für Sicherheit zu sorgen, dafür stehen wir Freiheitliche ganz klar (*Beifall bei der FPÖ*). Noch ein Satz zum Landesrat Buchmann, der dem Einbringer der Dringlichen Anfrage, nämlich dem Herrn Abgeordneten Deutschmann ja auch Recht gegeben hat, d.h. es hat gestimmt: Ja, wir haben Betriebe die unter der Situation im Grenzbereich, im Süden, leiden. 95 wurden genannt eben im Bereich Handel, eben auch im Bereich Tourismus und Logistik, sage ich, finde ich gut, dass man das auch ansprechen darf und kann und würde trotzdem auch bitten, auch wenn es jetzt noch keine Überlegungen gibt, wie Unterstützung aussehen könnte, den Wunsch der Wirtschaft, auch gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, auch ernst zu nehmen und Unterstützungsleistungen auch entsprechend weiterhin oder in Zukunft anzubieten. Sage aber auch ganz offen, was die Taxi-Geschichte betrifft, also da decken sich unsere Wahrnehmungen nicht so ganz. Für uns ist es jetzt nicht abgetan mit einem Schreiben der Wirtschaftskammer, wo man so quasi von oben herab diese organisierte Schlepperei, die hier passiert ist, entsprechend einfach zur Kenntnis nimmt. Da werden wir uns auch rechtliche Schritte überlegen.

Auch noch ein paar Anmerkungen zur Frau Landesrat Kampus. Das Interpellationsrecht, sprich das Recht auch auf Kontrolle und auf parlamentarische Anfragen, egal ob schriftlich oder mündlich, wird sich hoffentlich der Landtag nicht verbieten lassen, Frau Landesrat. Ich sage, wenn Sie das aus Ihrer Sicht als Regierer als lästig beurteilen oder als Arbeitsbeschaffung ihrer Fachabteilung - auch ein Regierungsbüro, ein politisches Büro - aber eines darf nicht passieren, meine sehr geehrten Damen Herren, dass sich dann Abgeordnete, die hier herinnen auch die Funktion der Kontrolle haben, dazu hinreißen lassen, wenn ein Regierungsmitglied das Anfragerecht in Frage stellt, auch noch zu applaudieren, das habe ich nicht verstanden. (*Beifall bei der FPÖ*) Das sage ich ganz offen.

Ich glaube, dass man das Interpellationsrecht jetzt nicht für einzelne Regierungsmitglieder entsprechend (*LTA*bg. *MMag. Eibinger-Miedl*: „Das habt nur ihr so verstanden!“) aushöhlen wird. Ein zweiter Punkt noch: Frau Landesrat, Sie haben so getan, als ob die Lösung des Problems Parktiker - und das haben wir auch in dieser Runde angesprochen - jetzt sozusagen eine großartige Leistung wäre. Bitte, Frau Landesrat, das ist Ihre ureigenste Aufgabe, genau solche Dinge zu lösen und es wäre schon davor ihre ureigenste Aufgabe gewesen, nicht wochenlang in diesem Zustand, oder diesen Zustand dort zuzulassen. Dann so zu tun, als ob wir jetzt zu Dank verpflichtet wären, weil Sie ihre Aufgaben jetzt einfach erfüllen, ist ganz einfach mehr oder weniger lächerlich, aber wir nehmen es zur Kenntnis. Ich möchte abschließend noch auf den Antrag der beiden Regierungsparteien eingehen betreffend Verantwortung für die Bevölkerung. Ich möchte hier beantragen, eine punktuelle Abstimmung durchzuführen, weil sehr vieles, was hier in diesem Antrag auch gefordert wird, sich auch mit unseren Forderungen durchaus deckt, aber in ein bis zwei Punkten wir nicht mitgehen können. Das ist zum einen die vielzitierte Quotenregelung auf der europäischen Ebene und zum anderen die bestmögliche medizinische Versorgung, wo wir uns ganz klar dazu bekennen, Akutversorgung sicherzustellen, Notfälle medizinisch entsprechend abzuhandeln, aber keinen, ich sage einmal, „Medizintourismus“ in irgendeiner Form zuzulassen.

Zum Herrn Landeshauptmann sage ich abschließend noch: Ja, ein besonnenes und auch ein geschlossenes Vorgehen der Bundesregierung, das wünschen wir uns, das wünschen Sie sich, das wünschen auch wir uns. Man hat es in den letzten Wochen und Monaten nicht erkennen können und ich darf mit einem Zitat des heute nicht anwesenden Landesrates Mag. Drexler vielleicht diese Wortmeldung beenden. Ich zitiere: „Nach zwei Jahren wäre jetzt endlich der ideale Zeitpunkt, an dem die Bundesregierung mit dem Regieren beginnen könnte, meine sehr verehrten Damen und Herren.“ (*Beifall bei der FPÖ – 12.51 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet Frau Klubobfrau Barbara Eibinger-Miedl.

LTAbg. **MMag. Eibinger-Miedl – ÖVP** (*12.51 Uhr*): Danke Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die aktuellen Migrationsströme sind eine riesen Herausforderung für Europa, für Österreich und gerade in den letzten Wochen auch für unser Land, für die Steiermark und diese Herausforderung kann nur einen richtigen Umgang implizieren, und zwar ein geschlossenes und gemeinsames Auftreten der Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* In der Steiermark zieht die Landesregierung Gott sei Dank an einem Strang. Hier wird gemeinsam an Lösungen gearbeitet und es ist bisher nicht passiert und es wird auch heute nicht passieren und in Zukunft nicht passieren, dass Sie einen Keil hier hineintreiben, werte Damen und Herren. Es ist nämlich so, es geht um viel zuviel als dass Wortklauberei betrieben wird oder dass politisches Kleingeld gewechselt wird, weil es geht um nichts geringeres, meine Damen und Herren, als um die Zukunft unseres Landes und um die Zukunft Europas. *(Beifall bei der ÖVP)* Seien Sie versichert: Die Landesregierung arbeitet Tag und Nacht unermüdlich, um mit dieser wirklichen Ausnahmesituation umzugehen und diese Herausforderung zu meistern und nicht nur in ihrem eigenen Bereich sondern auch noch darüber hinaus. Das macht der Herr Landeshauptmann, das macht sein Stellvertreter, das macht die Soziallandesrätin, der Gesundheitslandesrat und auch alle anderen sind hier dabei, zu unterstützen wo sie nur können mit ihrem Team, mit den politischen Büros, mit den Beamtinnen und Beamten. Dafür ein herzliches Dankeschön! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Der Landeshauptmann wurde heute öfter und direkt und persönlich angesprochen. Ich bin sehr froh, dass er heute, genauso wie auch in den letzten Wochen, sehr klare Worte gefunden hat zu dieser Causa, nämlich auch Worte in Richtung Wien, als es darum gegangen ist und weil es auch darum geht unsere Grenze zu schützen. Es ist nun einmal die ureigenste Aufgabe eines Staates, seine Souveränität durch das Schützen der Grenzen zu gewährleisten. Er war mehrmals selbst vor Ort, genauso wie andere Mitglieder der Landesregierung oder auch Abgeordnete quer durch alle Parteien, muss man auch dazu sagen, um sich vor Ort auch anzuschauen, wo die Probleme liegen, wo die Herausforderungen liegen, wo es hakt. Da ist es wichtig, dass man mit den Betroffenen, mit den Einsatzkräften, mit Polizei, Bundesheer, mit den Gemeindevertretern und mit der Bevölkerung vor Ort auch spricht. Auch, wenn nicht immer Kameras dabei sind, wie er heute betont hat und diese klaren Worte, die der Landeshauptmann intern als auch extern gefunden hat, haben dazu geführt, dass mittlerweile die Situation an unserer Südgrenze stark verbessert wurde. Durch mehr Personal, durch den Assistenzeinsatz des Bundesheeres und ja, auch durch bauliche Maßnahmen. Ich bin sehr froh, dass sich die Bundesregierung jetzt geeinigt hat und hier ein entsprechendes Grenzmanagement auf den Weg gebracht hat.

Ich erinnere auch daran, dass der Herr Landeshauptmann im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz bereits nach einem Bund-Länder-Gipfel gerufen hat, weil das heute auch von der FPÖ beantragt wird. Auch das ist intern mit sehr klaren Worten und einem sehr klaren Wunsch des Landeshauptmannes schon passiert und das ist auch richtig. Weil, und ich glaube, da sind wir uns alle einig, alle fünf Parteien: Wir sind der Bevölkerung vor Ort, den Anrainerinnen und Anrainer, den Gemeinden und Sicherheitskräften es auch schuldig, dass wir sie unterstützen bei der Bewältigung dieser Krise und ich sehe hier zwei Verantwortungen. Das ist einerseits die humanitäre Verantwortung, die humanitäre Verpflichtung gegenüber den Menschen auf der Flucht. Hier gibt es durchaus auch immer Verbesserungen, Lambert, und wir sind sehr offen und freuen uns über konstruktive Vorschläge. Das ist die eine Seite. Andererseits geht es aber auch darum, unsere eigene Bevölkerung mit ihren Sorgen, mit ihren Anliegen ernst zu nehmen und für ihre Sicherheit zu sorgen. Da gehört nun auch einmal ein geordneter, kontrollierter, geregelter Grenzübertritt ganz eindeutig dazu. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich habe von der Einigung der Landesregierung gesprochen, was uns aber auch wichtig ist und auch getan wird, dass wir die Hände ausgestreckt lassen in Richtung aller anderen Parteien. Es hat hier bereits Gesprächsrunden gegeben, zuerst beim Landeshauptmann, am Mittwoch auch bei der Soziallandesrätin Kampus, wo wir alle an einem Tisch gesessen sind, alle Parteien, gemeinsam mit dem Städtebund, Gemeindebund, der Flüchtlingskoordinator, der heute auch da ist, war dabei, auch die Stadt Graz. Wo es die Möglichkeit gegeben hat, Fragen zu stellen, Informationen zu bekommen, aber auch von allen Parteien konstruktive Vorschläge einzubringen. Es sind etliche gekommen, die mittlerweile - und da wirklich ein Kompliment - sehr, sehr schnell, auch heute schon, umgesetzt worden sind. Ich denke, das ist viel wertvoller und wichtiger. Wenn es einem um die Sache geht oder ginge, dann würde man diese Angebote nützen und würde mehr darauf wertlegen, dass die Krise bewältigt wird, als irgendeine öffentliche Inszenierung zu machen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* So viel zur Landesseite. Ich möchte auch einige Worte zur Bundesregierung und zum Bund sagen. Wir würden uns auch auf Bundesebene dieselbe Vorgehensweise wünschen. Wir würden uns wünschen, dass dort intern um Lösungen gerungen wird, dass dort intern mit Experten nach der besten Lösung gesucht wird und dass man Meinungsverschiedenheiten nicht öffentlich austrägt. Wir sind das im Land so gewohnt.

Wir haben diese Arbeitsweise in den letzten Jahren gefunden und ich denke, dass das auch für die Bundesregierung der richtige Weg wäre, um gerade in so einer schwierigen Situation damit umzugehen, auch Sicherheit und Vertrauen auszustrahlen. Und ich hoffe - es schaut ja auch so aus - dass heute eine Entscheidung im Rahmen des Grenzmanagements und der Grenzsicherung gelungen ist und dass wir auf Bundesseite auch in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten so ein geschlossenes Vorgehen erleben werden. Natürlich brauchen wir Europa. Kollege Amesbauer hat das auch angesprochen: Wir brauchen auch ein entschlossenes gemeinsames Vorgehen seitens der Europäischen Union. Denn auch wenn es die eine oder andere nationale Europapartei fordert, es wird nicht möglich sein, diese riesen Herausforderung auf Seiten eines Nationalstaates alleine lösen zu können. Das wird nur funktionieren, wenn der ganze Kontinent, wenn ganz Europa zusammenhält, gemeinsam an Lösungen arbeitet. *(LTabg. Amesbauer, BA: „Die EU hat noch nie etwas gelöst!“)* Die EU hat seit 1945 sehr viel gelöst. Aber Kollege Amesbauer, eines finde ich schon komisch: Ihr seid immer gegen die EU und wenn es darum geht, dass man in Brüssel draußen einmal aufzeigt und sich meldet, dann finden und hören wir vom Kollegen Mayer relativ wenig. Wenn es darum geht, dass wir EU-Ausschuss-Reisen machen nach Brüssel und nach Straßburg, dann kann ich dann nur bitten, dass die Freiheitliche Partei ihre Plätze zur Verfügung stellt für die Kolleginnen und Kollegen, die konstruktiv sich dort einbringen wollen in Brüssel. Das wäre einmal etwas. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wir werden die Krise nur bewältigen, wenn wir die EU-Außengrenzen sichern, wenn wir eine gemeinsame Entwicklungspolitik und Außenpolitik auch machen und - auch das wurde schon angesprochen - wir werden die Fluchtursachen vor Ort angehen müssen und wir werden dafür sorgen müssen, dass es Sicherheit für die Bevölkerung in den Krisenregionen gibt. *(Beifall bei der ÖVP)* Wir können nur hoffen, dass die Ankündigung betreffend Hotspot`s mit Ende November auch wirklich eintritt, denn nur mit Hotspot`s und Aufnahmezentren an der Außengrenze wird es auch gelingen, die Last auf ganz Europa aufzuteilen, um auch eine Quote zwischen den Mitgliedsstaaten zustande zu bringen. Abschließend zu Europa: Wie viele Krisen davor, zeigt auch diese aktuelle Krise, dass wir sie nur werden lösen können mit einem Mehr an Europa und nicht mit einem Weniger, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich denke, dass alle Mitglieder der Europäischen Union sich auch zu einem klaren Bekenntnis ihrer Werte und ihres Rechtsfundaments aufrufen müssen, dass wir uns dazu klar bekennen müssen, weil eines möchte ich auch in aller Deutlichkeit sagen: Wenn es etwa darum geht, die Position der Frau in der Gesellschaft

zu hinterfragen, bin ich persönlich zu keinerlei Kompromissen und zu keinerlei Rückschritten bereit. Es muss jedem Menschen klar sein, der nach Europa kommt, der hier bleiben will, der hier leben möchte, dass er so wie die ansässige Bevölkerung nicht nur Rechte hat, sondern auch Pflichten hat. Das ist mir ganz, ganz wichtig. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Ich glaube, wie in vielen anderen Fragen, ist es auch in dieser Frage so, dass man den Weg der Mitte gehen muss. Der Weg der Mitte, das bedeutet für mich, für uns, dass es einerseits nicht darum geht, Grenzen dicht zu machen, das wäre eine Illusion, das funktioniert auch nicht. Es geht aber auch andererseits darum, dass wir bekennen müssen, dass es keine Grenzenlosigkeit geben kann. Auch ein Staat wird einmal an seine Belastungsgrenzen kommen. Ich glaube, dass man hier sehr genau austarieren muss zwischen der ganz linken Position und der ganz rechten Position. Die vernünftige Position der Mitte ist hier gefragt und daher sind wir auch gefordert, ganz klar die Frage zu stellen: Wer braucht wirklich unsere Hilfe? Wer aber kommt aus anderen Gründen nach Europa? Vielleicht aus wirtschaftlichen Gründen und da muss man dann ehrlicherweise auch sagen, dass nicht jeder in diesem Moment auch bei uns wird bleiben können. Dass man denen, die Schutz brauchen, Unterstützung gibt, dass man aber sehr wohl auch, wenn kein Asylgrund da ist, dass man sehr wohl auch sagen muss: „Es tut uns leid, es gibt derzeit keine Perspektive in Europa!“ Abschließend ist es auch mir wichtig, einen Dank auszusprechen. Einen Dank an unsere Sicherheitskräfte, an die Polizei, an das Bundesheer, an die öffentlich Bediensteten in Bund und Land, dann die NGO`s und an all die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, und nicht zuletzt auch - ganz wichtig - an die GemeindevertreterInnen. Vielen Dank, es wäre nicht möglich diese Krise zu meistern und die öffentliche Hand - dazu ein ganz klares Bekenntnis von mir - ist auch gefordert die personellen, materiellen und finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten zu bieten, damit wir diese Krise in den Griff bekommen. Wir haben bereits am letzten Dienstag entsprechende Anträge eingebracht, SPÖ und ÖVP, es wird auch heute einen gemeinsamen Entschließungsantrag geben, wo ich mich freuen und ich mir wünschen würde, dass hier auch Zustimmung seitens der anderen Parteien kommen würde. Auch ich wünsche mir, dass man insgesamt, gerade auch in dieser intensiven Frage, konstruktiv und miteinander an Lösungen arbeitet. Die Landesregierung macht das bereits, ohne gegenseitige Schuldzuweisungen. Auch Schuldzuweisungen an den Bund bringen uns letztlich nicht weiter, sondern wir müssen schauen, dass wir gemeinsam zu Lösungen kommen, die zwei Blickwinkel haben, ich habe es schon erwähnt:

Erstens Menschlichkeit gegenüber jenen, die bei uns Zuflucht suchen, andererseits aber eben auch das Wohl der eigenen Bevölkerung und die Verantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung wahrzunehmen. Halten wir hier bitte zusammen, weil es geht um nichts Geringeres, als unser aller Zukunft in der Steiermark, in Österreich und in ganz Europa. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.04 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitteschön Frau Kollegin.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (13.05 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream.

Ja, es ist es rund neun Wochen her seit dem letzten Sonderlandtag. Sie erinnern sich: Auch den hat die FPÖ damals eingebracht, Kollege Kunasek hat es zu Beginn ja erwähnt, und hat unter dem Titel „Asylchaos“ - ich sage das jetzt unter Anführungsstrichen - die Flüchtlingssituation auf Landesebene damals thematisiert. Die Frage, die ich mir gestellt habe, und wahrscheinlich auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, war zu diesem Zeitpunkt: Ist das gerechtfertigt? Ist es gerechtfertigt, einen Sonderlandtag einzuberufen? Und wenn Sie sich erinnern, ich habe damals auch hier gesagt, *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Geschäftsordnung!“)* – zuhören Kollege Amesbauer – ich habe auch damals gesagt: Ja, es ist gerechtfertigt und zwar deswegen, das war auch meine Kritik zu dem Zeitpunkt an der Landesregierung, dass ich gesagt habe, ich hätte mir gewünscht, dass der Landeshauptmann, der Landeshauptmannstellvertreter, die zuständige Soziallandesrätin Informationen geben und sagen: „So schaut es aus!“ Da wir bis dato nichts gehört haben, war das meiner Meinung nach gerechtfertigt, hier zu reden. Ich habe damals auch gesagt: Ob das jetzt ein Sonderlandtag ist, oder irgendein Gipfeltreffen, oder eine Informationsveranstaltung, wäre egal gewesen. Fakt ist natürlich, dass sich der Landtag und auch die Landesregierung mit dieser Thematik auseinandersetzen müssen, das brauche ich hier nicht als 27. Rednerin auch noch einmal festhalten. Fakt ist: Wir haben Probleme. Und vor allem Fakt ist auch: Es gibt ganz, ganz viel Menschen, denen dieses Thema unter den Nägeln brennt, weil sie Angst haben, weil sie Sorge haben.

Es muss uns allen hier auch bewusst sein: Je weniger offizielle Information diese Menschen bekommen und je weniger Transparenz in dieser Frage auch an die Bevölkerung geht, desto mehr können eben Gerüchte die Runde ziehen, desto mehr kann gezielt Unwahrheit verbreitet werden. Das sind ja dann genau diese Dinge, wo die Menschen dann Angst bekommen, wo sie Sorge haben. Ich verstehe es, ich verstehe es sehr gut, dass jemand, dem es selbst schlecht geht, weil er am Monatsende nicht mehr weiß, wie er die eine oder andere Rechnung bezahlen soll, dass diese Menschen Angst bekommen, wenn sie diese Bilder sehen und das Gefühl haben: „Da kommen jetzt immer mehr und immer mehr, und wie sollen wir die alle unter einen Hut bringen? Und wo bleibt sozusagen für mich dasjenige Geld auch übrig, damit ich mir mein Leben leisten kann?“ Das kann ich alles verstehen. Ich habe das hier auch immer wieder kritisiert und auch die SPÖ und die ÖVP haben in der letzten Periode immer wieder darauf aufmerksam gemacht und habe gesagt: Wenn wir es nicht schaffen, dass die Menschen abgesichert sind, dann werden wir diese Probleme mitschüren, denn genau das ist ja jetzt Wasser auf den Mühlen - sage ich einmal - der FPÖ, die gut dahin arbeiten kann und sagt: „Schaut`s die kommen jetzt alle und die werden euch noch mehr wegnehmen!“ Eines möchte ich auch noch in Erinnerung rufen, ich habe schon beim letzten Sonderlandtag gesagt - und, Barbara Eibinger, ich bin dir sehr dankbar für diesen Satz: Ja, wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen und nicht die Flüchtlinge. Das ist ein großer Unterschied. Ich würde mir sehr, sehr wünschen, dass das auch ernst gemeint ist von Seiten der Bundesregierung, von Seiten der Landesregierung, dass man das wirklich angeht. Denn auch Österreich verdient mit Waffenexporten im Krieg in Syrien, das wissen wir auch, das ist kein Geheimnis. Wenn wir eine aktive Friedenspolitik haben wollen, dann kann Österreich nicht so tun, als hätte es damit nichts zu tun. Es ist in diesen neun Wochen einiges passiert, Positives wie Negatives. Aber jetzt hat die FPÖ neuerlich einen Sonderlandtag einberufen, das ist als Oppositionspartei selbstverständlich ihr gutes Recht. Allerdings, und das möchte ich Ihnen jetzt wirklich sehr eindringlich sagen: Das, was Sie hier heute zur Schau stellen, das zeigt einzig und allein, dass Sie nicht an Lösungen interessiert sind, sondern dass ihr Interesse sich darauf beschränkt, aus der Situation, die durchaus schwierig ist - und in vielen Punkten stimme ich mit ihrer Kritik überein - aber Sie gehen her und versuchen mit diesem Sonderlandtag politisches Kapital zu schlagen und das ist mit Verlaub grauslich. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Lösungen fordern wir Frau Kollegin.“*) Warum? Ich kann Ihnen das gerne aufzeigen.

Die Fragen, die Sie heute stellen und wir haben es ja auch gehört bei der Beantwortung, die sind zum Teil schon zigmal beantwortet worden. Zum anderen Teil ist die Landesregierung gar nicht zuständig, kann also gar keine Antworten geben, und zum Teil gehen Sie einfach her, und das finde ich ja besonders beschämend, und formulieren Gerüchte aus sozialen Medien in Fragen um. Ich habe ihnen ein Beispiel mitgebracht - eines möchte ich auch noch sagen, mir tun mittlerweile ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leid, die da ja offensichtlich in eine Beschäftigungstherapie gedrängt werden nach dem Motto: „Wie viele Fragen schaffen wir in eine Dringliche Anfrage zu packen?“ Aber das Beispiel jetzt und zwar bei der Dringlichen Anfrage an den Herrn Landesrat Buchmann, Frage Nummer acht - ich lese ihnen die Frage noch einmal vor: „Ist ihnen bekannt, ob es im südsteirischen Grenzgebiet in Folge der Flüchtlingskrise zu Stürmungen von Geschäften gekommen ist?“ Sie alle, die Sie sich in den sozialen Medien befinden, wissen, den Ursprung dieses Berichtes gab es in Döbling, im wunderschönen Döbling, das Gerücht mit dem Titel ... ich nenne es jetzt „Flüchtlinge plündern in Horden Supermärkte und Geschäfte“ hat ihr Parteiobmann Strache schon vor weiß ich nicht wie viel Wochen gepostet. Die Geschichte ist schlichtweg falsch, das wissen wir, sowohl der REWE-Konzern, zu dem der Billa gehört, als auch der Hofer, beide Geschäfte, die in diesem Zusammenhang genannt wurden, haben das Gerücht dementiert. Völlig „wurscht“, denn das Gerücht hat mittlerweile in Windeseile seine Kunde gemacht und was jetzt bleibt, ist ein bisschen ein schaler Nachgeschmack, weil es doch nicht gestimmt hat, aber das ist ihnen ja egal. Ich würde nicht nur sagen, das ist ihnen egal, der schale Nachgeschmack scheint ihnen ja durchaus zu schmecken. An dieser Stelle - Sie brauchen gar nicht mit dem Kopf schütteln Herr Amesberger ... (*LTabg.: Kunasek: „Amesbauer!“*) –bauer Entschuldigung, Herr Amesbauer, Fakt ist: Es stimmt nicht und es wird verbreitet und wenn sich dann herausstellt, dass es doch nicht richtig war, ist es völlig „wurscht“. Zig Leute haben gesagt: „Wahnsinn, die Flüchtlinge kommen her und plündern unsere Geschäfte!“ Übrigens - das möchte ich an der Stelle auch erwähnen - ich habe jetzt extra noch einmal recherchiert: Das Innenministerium bestätigt, seit Flüchtlinge vermehrt durch Österreich reisen, hat es weder mehr Anzeigen wegen Sachbeschädigung und auch nicht mehr Anzeigen wegen Diebstahls gegeben. Also es ist alles gleich, gell? Das ist im Übrigen ein Faktum, das Sie ignorieren. Ich verstehe es ja bis zu einem gewissen Grad, verstehe ich es ja, dass Vertreterinnen und Vertreter von Ihrer Fraktion sehr gerne immer wieder diese Gerüchte in die Welt setzen, vor allem in die virtuelle, das haben Sie in der Zwischenzeit wirklich sehr gut perfektioniert und jetzt gehen Sie her, und das ist halt dann so auf der parlamentarischen

Ebene immer der nächste Schritt, jetzt inszenieren Sie hier einen Sonderlandtag, um sich eine Showbühne zu geben. Das kann man, glaube ich, durchaus so sagen, ohne das Hohe Haus zu beleidigen. Denn wenn es ihnen wirklich darum ginge, Antworten auf ihre Fragen zu bekommen, dann frage ich Sie jetzt: Wieso, Herr Kollege Kunasek, wieso haben Sie diese Fragen nicht bei dem runden Tisch gestellt? Meine Fragen sind mir dort alle beantwortet worden. Ich kann mich erinnern, auch von den Kolleginnen und Kollegen, die Fragen wurden beantwortet. Sie haben dort nicht sehr viele Fragen gestellt. Ich kann es ihnen schon sagen warum. Zu diesem Zeitpunkt haben Sie ihren Sonderlandtag ja schon fix und fertig vorbereitet, ja und bereits eingereicht gehabt. Es wäre wenigstens höflich gewesen, den Termin abzuwarten, dann hätten Sie nachher wenigstens sagen können: „Alles nicht richtig“, oder: „Haben wir nicht alles beantwortet bekommen.“ Aber Sie sind hergegangen - und ich glaube, der Lambert Schönleitner hat schon gesagt - Sie sind nachher hergegangen und haben gesagt: „Naja das war ein nettes Kaffeekränzchen.“ Also wo ist jetzt die Ernsthaftigkeit? Sie sagen den Leuten da draußen: „Wir sind die Einzigen, die sich um diese Probleme kümmern!“ Aber ich vermisse diese Ernsthaftigkeit. Ich habe alle Fragen, die an mich herangetragen wurden von besorgten Bürgern - sage ich jetzt unter Anführungszeichen, so wie Sie es immer sagen - ich finde immer, man muss das nicht immer extra betiteln, wenn jemand eine Frage hat, dann darf er die stellen, da muss er nicht extra als besorgt tituliert werden. Ich habe die alle weitergegeben und ich habe auf jede eine Antwort bekommen. Es ist mir schon klar, dieser Art von Politik ist natürlich sehr schwer entgegenzutreten, weil Sie natürlich auf diese Emotionen setzen. Das können Sie mittlerweile sehr gut steuern und Sie halten natürlich auch die Probleme immer ein bisschen am Köcheln. Sie schimpfen lauthals und in mancherlei Hinsicht völlig zu Recht über die verfehlte Integrationspolitik in Österreich. Gleichzeitig lehnen Sie aber jede Maßnahme - und das kann ich ihnen schriftlich geben - jede Maßnahme, die in Richtung Integration geht, kategorisch ab. Geschweige denn, dass Sie selbst etwas einbringen und sagen: „Probieren wir es so, so könnte es besser gehen.“ Aber, ich sage ja, ich verstehe es ja. Wenn ich mich in ihre Situation hineinversetze, dann kann ich das super nachvollziehen, weil von dem Versagen der Bundesregierung in der Asyl- und Integrationspolitik lebt es sich halt als FPÖ natürlich sehr gut. Warum sollten Sie diese Situation jemals ändern wollen? Warum? Ich verstehe es. Es ist nur nicht wirklich ehrlich, das muss man auch sagen, nämlich nicht ehrlich jenen Menschen gegenüber, von denen Sie vorgeben, dass Sie für sie da sind.

Ein weiteres Beispiel: Sie prüfen ja jede Forderung, die hier abgesetzt wird, „wurscht“ von welcher Fraktion, immer dahingehend, ob das Ihrer Klientel schmeckt oder nicht. Nehmen wir zum Beispiel den KPÖ-Antrag zur Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Flüchtlingshilfe. Einerseits kritisieren Sie die Zustände an den Grenzen in Traiskirchen, an den Bahnhöfen völlig zu Recht. Aber andererseits schaffen Sie es nicht, all jenen, die sich dort hinstellen, freiwillig, ohne dafür irgendetwas zu bekommen, die in Eigeninitiative hergegangen sind und gesagt haben: „Da helfen wir jetzt, weil da werden wir gebraucht!“ Sie schaffen es nicht, denen Danke zu sagen und wieso nicht? Weil Sie sich davor fürchten, dass irgendjemand hergeht und sagt „Na bravo, jetzt sagt die FPÖ auch schon Refugees your welcome!“ Das ist ihre Angst und das ist auch grauslich, dass Sie es nicht über das Herz bringen, dass Sie den Menschen Danke sagen. Auf der einen Seite sich hinzustellen und zu sagen: „Einsatzorganisationen super, denen sage ich auch Danke, auch an dieser Stelle ein Danke von unserer Seite her, aber vor allem auch den freiwilligen Helferinnen und Helfern“, nein, das bringen Sie nicht zusammen. Wie gesagt, das könnte ihrer Klientel nicht schmecken. Ich sage herzlichen Dank und ich freue mich wirklich, mein Dank gilt auch den anderen Fraktionen, dass dieser Antrag im Ausschuss schon angenommen wurde und in der nächsten Landtagssitzung auch beschlossen wird, denn die haben sich diesen Tag ehrlich verdient und ich bin froh, dass wir sie haben. *(Beifall bei der KPÖ, SPÖ und ÖVP)* Zusammengefasst ist dieser Sonderlandtag so, wie Sie ihn heute inszeniert und konzipiert haben, mit Verlaub, völlig sinnfrei. Der bringt uns keinen Schritt weiter, nämlich die wirklichen Probleme zu lösen, und alle von Ihnen angesprochenen Themen die Relevanz haben, die eine echte Relevanz haben, die sind bereits besprochen und behandelt worden. Den Großteil - ich habe es schon erwähnt - der Fragen müssten Sie eigentlich direkt an die Bundesregierung richten oder an die EU. Da sind wir uns ja alle einig, das haben wir im letzten Ausschuss auch schon besprochen, ich glaube, die Barbara Eibinger hat es erwähnt, dass es eine Sicherstellung der notwendigen personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen braucht, für Polizei und Bundesheer, und dass wir eine europaweite Lösung brauchen, no na, dafür brauche ich keinen Sonderlandtag, dass die FPÖ uns das erklärt, wenn wir es schon ich weiß nicht wie oft besprochen haben, und vor allem auch, wenn wir uns einig darüber sind. Selbstverständlich - und da wird die KPÖ sicher nicht müde werden und durchaus vehement bleiben - selbstverständlich braucht es auch eine aktive Friedenspolitik, denn solange diese Kriege nicht beendet sind, wird dieser Zustrom an Flüchtlingen nicht gestoppt werden. *(Beifall bei der KPÖ)*

Und da wird uns auch kein Zaun helfen, die werden kommen weiterhin, solange Krieg herrscht. Was mir auch noch wichtig ist, es sind, seit sich dieser Flüchtlingsstrom durch Europa bewegt, natürlich Dinge passiert, wo man durchaus sagen kann: „Ja, da hat auch die österreichische Bundesregierung Unfähigkeit gezeigt.“ Denn ich glaube nicht, dass es sein müsste, dass Kinder plötzlich nicht mehr in die Schule gehen dürfen und dass Babys und Kleinkinder in Kartons übernachten müssen. Es ist November, meine sehr verehrten Damen und Herren, und dass wir noch keine Toten haben, die durch die Temperaturen gestorben sind, weil sie erfroren sind, das liegt einzig und allein daran, dass wir uns zum Glück in einem November mit außerordentlich hohen Temperaturen befinden. Ich möchte es nicht, dass wir dort irgendwelche Toten zu beklagen haben. Wir brauchen - und das habe ich an dieser Stelle schon zigmal gesagt - eine menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge, und zwar an und innerhalb Österreichs Grenzen. Wir brauchen die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen für die Einsatzkräfte. Wir haben heute schon des Öfteren gehört: Die Leute arbeiten dort Tag und Nacht, das kann es auch nicht sein, da brauchen wir eben mehr Ressourcen, und es braucht natürlich eine geordnete Abwicklung der Flüchtlingsströme. Und, das möchte ich jetzt vor allem noch einmal in Richtung FPÖ sagen: Es wäre ein Gebot der Stunde, in so einer Ausnahmesituation, dass alle Parteien darauf verzichten, Forderungen zu stellen, die lediglich Ideologien, Stimmungen und Meinungen transportieren ohne sachliche Lösungsvorschläge zu beinhalten (*Beifall bei der KPÖ*). In diesem Sinn haben wir als KPÖ auch versucht in den letzten Wochen zu arbeiten. Wir haben dementsprechende Anträge und Anfragen formuliert, z. B. zu dem Bereich, zum Themenkomplex „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“, weil wir glauben, dass es durchaus schaffbar ist, wenn man sich bemüht, eine gute Lösung für die Menschen zu finden. Aber was Sie hier jetzt machen, das ist wirklich unter der Würde dieses Hauses, dass Sie hergehen und diesen Sonderlandtag sozusagen als Showbühne benutzen. Das können Sie mit uns nicht haben. Wir haben uns ja lange über ihre Entschließungsanträge unterhalten. Wir haben sehr lange überlegt, wie wir vorgehen und wir haben uns überlegt: Nützen wir dann wenigstens diesen Tag um konstruktive Vorschläge einzubringen. Wir haben uns letztendlich anders entschieden. Wir haben unsere Anträge zurückgezogen, wir werden zwei Selbstständige Anträge das nächste Mal einbringen (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „Ach geh, einem hätten wir zugestimmt!“) und zwar deswegen, weil wir Ihnen nicht vermitteln wollen, dass, wenn Sie uns jetzt alle 14 Tage einen Sonderlandtag präsentieren, dass wir diejenigen sind, die ihnen dann auch noch zuarbeiten.

Das werden wir nicht tun. Wir werden an der Debatte weiterhin teilnehmen, selbstverständlich, weil es wichtig ist, dass wir auch hören, was die anderen Fraktion noch zu sagen haben, aber wir werden vor der Abstimmung den Saal verlassen, denn es hat keinen Sinn hier zu sitzen und irgendwo die Hand zu heben und irgendwo mittun, wenn uns nichts nach vorne bringen wird. Das ist unser Zeichen auch an Sie heute - mit uns brauchen Sie das nicht einmal probieren. Wir verzichten darauf. Wir arbeiten gerne konstruktiv, aber wenn Sie glauben, dass Sie dieses Thema jetzt die nächsten Wochen hier ausschlichten können, dann haben Sie sich mit uns geschnitten! Das ist im Übrigen auch kein Abwehrreflex, weil das vorhin auch gefallen ist beim Kollegen Kunasek, sondern das ist einfach nur ein Zeichen dafür, dass wir ernsthaft an der Sache arbeiten wollen und dass uns diese Inszenierungen sehr wild auf den Wecker gehen. Abschließend erlauben Sie mir noch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, die Sie sich selbst ja so gerne als „soziale Heimatpartei“ bezeichnen - Sie verwenden gerne und in unterschiedlichen Konstruktionen die Formulierung: „Wir müssen auf unsere Leute schauen!“ Ja, das ist Ihnen bei Ihren Parteifunktionären und – funktionärinnen eigentlich eh immer ganz gut gelungen. Sind alle immer gut versorgt untergekommen. Aber wenn es darum geht, ernsthaft soziale Haltung zu zeigen, dann bin ich immer wieder enttäuscht. Ob das auf Landtagsebene ist oder in den Gemeinderäten. Sie können sich sicher, zumindest die, die in der letzten Periode von Ihnen schon dagesessen sind, daran erinnern, dass Sie nicht für eine Erhöhung der Wohnbeihilfe gestimmt haben. Das sind genau diese Leute, die sich von Ihnen erwarten, dass Sie für sie soziale Heimatpartei sind. Sie haben erst zuletzt in einem Gemeinderat - das war in Knittelfeld - gegen Folgendes gestimmt, ich darf das kurz erklären für diejenigen, die es nicht wissen: Die Stadt Knittelfeld gibt einen Heizkostenzuschuss für Bezieher und Bezieherinnen der Mindestsicherung und auch für Mindestpensionisten und Mindestpensionistinnen. Bei der letzten Gemeinderatssitzung ging es darum, dass man diesen Zuschuss auch jenen Menschen gewährt, die arbeitsunfähig sind, früher Invaliditätspensionisten und -pensionistinnen, jetzt sind es Empfänger und Empfängerinnen des Rehabilitationsgeldes, also fassen wir es zusammen: Arme Leute! Dieser Heizkostenzuschuss wurde von der FPÖ abgelehnt. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Politik der sogenannten sozialen Heimatpartei. Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der KPÖ, SPÖ und ÖVP – 13.25 Uhr)

Präsidentin Khom: Danke Frau Klubobfrau. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Kollegin Andrea Michaela Schartel bitte.

LTAbg. Schartel – FPÖ (13.25 Uhr): Danke Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, ich finde es immer wieder sehr spannend und dann auch wieder sehr beschämend, wenn Ihre einzige Politik oder Ihre Reden darin bestehen, dass Sie nichts anderes zu tun haben, als eine demokratisch gewählte Partei zu beflecken und mehr oder minder zu beschimpfen. Auch das ist dieses Hauses und vor allem, denke ich mir, Ihrer Person nicht würdig. *(Beifall bei der FPÖ)* Da Sie wahrscheinlich nicht mitbekommen haben, dass der Herr Klubobmann in seiner ersten Rede zur Dringlichen Anfrage sich sehr wohl bei sämtlichen Personen dafür bedankt hat, dass sie mit ihrem persönlichen Einsatz große Hilfe leisten. Haben Sie wahrscheinlich deshalb überhört, weil Sie ja, wie Sie sagen, nicht sehr interessiert an so einer, wie Sie es ausdrücken, „Showbühne“ sind. Wenn Sie Ihr Amt ernst nehmen würden, dann hätten Sie genau zugehört und sehr wohl gehört, dass wir uns bei allen dafür bedankt haben, dass sie eine hervorragenden Einsatz leisten. *(LTAbg. Klimt-Weithaler: „Bei allen? Auch bei den Freiwilligen?“)* Ja genau, auch bei den Freiwilligen. *(Beifall bei der FPÖ)* Weil Sie das angesprochen haben bezüglich unserer Gegenstimmen im Ausschuss bezüglich ihres Antrages: Wir sind dafür, dass jegliches Ehrenamt diesbezüglich auf alle Fälle geehrt wird und nicht immer nur bestimmte Menschen herausgehoben werden, weil ohne ... *(LTAbg. Dr. Murgg: „Ja eh, aber wenn ich mir Ihre Fragen anhöre, dann frage ich mich schon!“)* ... Freiwilliger Feuerwehr würden viele, viele Dinge in unserem Land nicht funktionieren und nicht notwendig werden. *(LTAbg. Klimt-Weithaler: Unverständlicher Zwischenruf)* Haben wir heute eine ordentliche Landtagssitzung oder einen Sonderlandtag? Also wir werden auf alle Fälle nächsten Dienstag, wo er bereits vorbereitet ist, diesen Antrag auf alle Fälle einbringen und dann werden wir ja sehen, wer bei Ihnen ehrenamtlich geehrt werden darf oder ob das immer nur bestimmte Personen sind und bestimmte Arbeiten sein dürfen. Jetzt komme ich einmal zur Einbringung unseres Entschließungsantrages. Und zwar geht es uns darum, dass bedauerlicherweise auch in der jetzigen Situation, das eigentlich so gelebte Modell des Föderalismus, wo normalerweise die Länder befragt werden, wenn es um die Dinge der österreichischen Republik geht, wir mittlerweile feststellen müssen, dass dieses Mitspracherecht überhaupt nicht ernst genommen wird und zum Großteil ausgehebelt wird. Deshalb stelle ich daher den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich an die Bundesregierung zu wenden und sich gegen die Asylpolitik derselben auszusprechen und
2. einen Runden Tisch zwischen Bund und Ländern zu fordern, der ein Maßnahmenpaket zur Beendigung der Flüchtlingsproblematik herbeiführen soll.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei der FPÖ – 13.28 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet der Herr Kollege Anton Kogler. Bitte schön Herr Kollege.

LTAbg. Kogler – FPÖ (13.28 Uhr): Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer und Zuseher hier im Auditorium und via Livestream!

Am Anfang der Debatte hat die Frau Präsidentin darauf hingewiesen: Wir sollten auf der sachlichen Ebene diskutieren. Es ist ein wirklich ernstes Thema, deshalb verwundern mich manche Ausbrüche und vor allem auch manche Zwischenrufen von manchen Abgeordneten. Grundsätzlich möchte ich zurückkommen auf dich, liebe Claudia, Klubobfrau der KPÖ. Wenn du genau zugehört hättest - und das hat meine Vorrednerin auch schon gesagt - hat sich sehr wohl unser Herr Klubobmann bedankt und ich kann dir auch bestätigen, dass ich selbst an der Grenze *(LTAbg. Klimt-Weithaler: „Auch bei den Einsatzorganisationen?“)* war mit unserem Bundesobmann. Wir haben uns dort auch öffentlich bedankt und auch ich persönlich stehe nicht an, mich bei allen freiwilligen und ehrenamtlichen Helfern, die tollen und großartigen Einsatz leisten, zu bedanken. *(Beifall bei der FPÖ)* Zum Klubobmann Lambert Schönleitner: Von dir bin ich wirklich verwundert, weil eigentlich - und das unterscheidet uns ja Gott sei Dank in unserer Wahrnehmung gegenüber Menschen, gegenüber Wahrnehmungen von Betrieben - du hast unseren, oder meinen Kollegen Gerald Deutschmann gesagt, er hat sich schwer getan, wirtschaftliche Probleme in den betroffenen Grenzregionen zu finden. Wir haben sehr viele gefunden und es wurde auch vom zuständigen Wirtschaftslandesrat Buchmann bestätigt. Wenn für dich 80 Betriebe im Raum Radkersburg und 15 Betriebe im Raum Spielfeld, die entweder direkt oder unmittelbar betroffen sind davon, nicht wert sind, dass man das anspricht, na dann verstehe ich eure Wirtschaftspolitik. *(Beifall bei der FPÖ)* Das ist wirklich der große Unterschied.

Wir bemühen uns wirklich, immer wieder transparente Antworten auch zu geben und liebe Claudia, du hast ja selbst gesagt: „Information nimmt die Angst.“ Da sind wir uns hundertprozentig einig, dass derzeit die große Angst ist eben mit solchen Sachen, die man in sozialen Medien hört, mit Plünderungen usw. Warum sollte man das da herinnen nicht fragen, damit das wirklich auch in einem breiten Raum öffentlich wird? Da widersprichst du dich. Hast selbst gesagt, dass Information eigentlich die Angst der Bevölkerung verhindert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lassen uns das wirklich nicht nehmen, diese soziale Heimatpartei, die nehmen wir für uns in Anspruch. Wir sind wirklich permanent bei der Bevölkerung und hören wirklich die Sorgen und die Ängste und wir werden auch immer wieder die Sorgen und Ängste hier im Landtag bringen. Wir sind natürlich auch für Lösungen bereit. Konkret angesprochen: Uns wird immer vorgeworfen grundsätzlich, wir tun nur Anfragen machen, wir geben keine Antworten, wir bringen keine Lösungen. Bitte, das haben wir sehr oft bewiesen und das beweisen wir auch heute wieder mit unseren Entschließungsanträgen, wo man wirklich vorausblickt. In diesem Sinne möchte ich gerade in Bezug auf die Wirtschaft eingehen und einen entsprechenden Entschließungsantrag hier auch in dieses Haus einbringen.

Es wird folgender Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. entsprechende Rücklagen zur Abfederung potentieller Mindereinnahmen des südsteirischen Tourismus infolge der Flüchtlingskrise zu bilden und
2. ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung der in den betroffenen Regionen ansässigen Wirtschaftsbetriebe zu entwickeln.

Ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ – 13.32 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marco Triller, bitte schön.

LTAbg. Triller, BA – FPÖ (13.33 Uhr): Danke Frau Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zusehende!

Die Aussagen bzw. auch die Zitate vom ehemaligen Landesgeschäftsführer der SPÖ Steiermark und nunmehrigen Bürgermeister von Mureck, Toni Vukan, belegen eindeutig, dass mittlerweile bei den Sozialdemokraten die eine Hand nicht mehr weiß, was die andere gerade macht.

Während die Basis der SPÖ massenhaft wegbricht und einen Stopp dieser Völkerwanderung fordert, lebt Soziallandesrätin Kampus weiterhin im Elfenbeinturm umgeben von Zuwanderungsbejublern und Refugees-welcome-Fantasten. Es sind aber nicht nur die Bürger im Süden verunsichert, sondern auch in der Obersteiermark hat man längst den Ernst und die Gefahr erkannt. Wir haben heute gehört, dass gerade die Gemeinde Leoben, die einzige Gemeinde der Steiermark ist, wo das Durchgriffsrecht angewandt wurde und da dürfen natürlich die Abgeordneten Helga Ahrer und Anton Lang nicht aus der Verantwortung gezogen werden, weil immerhin habt ihr im Gemeinderat gegen unseren Antrag gestimmt. Es werden in den nächsten Tagen - und gestern sind sie mittlerweile schon eingetroffen - 450 jugendliche Flüchtlinge dort untergebracht. Der Einzige der aber davon profitiert ist ein Schweizer Unternehmer, der im Monat rund 1,2 Millionen Euro alleine mit diesen Asylwerbern verdient. Das Geschäft der Asylindustrie trägt Früchte. Insofern gilt es die kompletten Agenden des Flüchtlingswesens und der Betreuung in staatliche Hand überzuführen. Der SPÖ-Bürgermeister von Leoben schlägt u.a. in dieselbe Kerbe, wie sein Genosse aus Mureck. Denn auch er beklagt sich über die Informationssperre des Bundes und über die Aszeten der Zwangsfusion bekannte Politik des Drüberfahrens. Meine Damen und Herren der Landesregierung, es ist ihr Auftrag und es ist ihre Pflicht, die Bürgermeister und die Steirer über jegliche Vorgehensweisen hinsichtlich des Asylchaos zu informieren und es ist auch ihre Pflicht, Stärke gegenüber dem Bund zu zeigen, wenn es um die Einhaltung föderaler Rechte geht. (*Beifall bei der FPÖ*) Sich jetzt über das Durchgriffsrecht zu echauffieren und alles dem Bund anzulasten ist ein beschämendes Wegschieben der Verantwortung. Sie als Landesregierung müssen Daten setzen und sagen: „Ja, wir sind die Vertreter der Steirischen Bevölkerung“, und nicht behaupten, es sei Sache des Bundes und man könne hier nichts unternehmen, das kaufen ihnen die Bürgerinnen und Bürger der Steiermark nicht mehr ab. (*LTAvg. Schwarz: „Haben Sie zugehört eigentlich?“*) Keine Antwort bekommen die Bürgermeister aber auch Bürger betreffend der regionalen Gesundheitsversorgung. Mittlerweile verfestigt sich der Eindruck, dass durch Schließungen von Krankenhäusern und Abteilungen die regionale Infrastruktur ausgedünnt wird und eine Zentralisierung in der Obersteiermark nach Leoben, Bruck/Mur und in der Südsteiermark auf den Großraum Graz erfolgen soll. Naiv oder unbedacht wird vergessen, dass auf Grund dieser hohen Asylströme auch das Gesundheitssystem stark belastet wird, wozu auch die Grundversorgung von Asylanten entscheidend dazu beiträgt.

Die Grundversorgungsvereinbarung gemäß Art. 15a B-VG ist am ersten Juni 2004 in Kraft getreten, d.h. dass sich der Bund und die Länder zum Ziel gesetzt haben, die vorübergehende Gesundheitsversorgung für registrierte Flüchtlinge zu gewährleisten. In dieser Gesundheitsversorgungsvereinbarung gibt es auch einen Leistungskatalog, der folgende Punkte umfasst - möchte nur ein paar darstellen: Die Durchführung einer medizinischen Untersuchung im Bedarfsfall bei der Erstaufnahme nach den Vorgaben der gesundheitsbehördlichen Aufsicht, die Sicherung der Krankenversorgung im Sinne des ASVG durch Bezahlung der Krankenversicherungsbeiträge, die Gewährung allenfalls darüber hinausgehender notwendiger, durch Krankenversicherung nicht abgedeckter Leistungen nach Einzelfallprüfung, aber auch Maßnahmen für pflegebedürftige Personen. Dementsprechend erhält jeder in Österreich registrierte Asylwerber unverzüglichen Zugang zu allen medizinischen Leistungen im Sinne des ASVG. Während Österreicher jahrelang Zahlungen in das System leisten, werden Leistungen bis hin zu Zahnregulierungen auf dem Silbertablett serviert. Dies gilt es in Folge genau dieser explodierenden Anzahl von Asylwerbern zu überdenken. Hinzu kommt das vom Bund aufoktroierte Durchgriffsrecht, das neben einer aufgezwungenen Note von 1,5 % der Wohnbevölkerung - in Leoben sind diese 1,5 % überschritten - für die Schaffung von Unterbringungsplätzen von Gemeinden erlaubt, ohne jegliche Konsolidierung der Länder oder Gemeinden, Asylquartiere mit bis zu 450 Personen-Gesamtbelegung einzurichten. Jedem klar denkenden Menschen müsste es logisch erscheinen, dass eine Erfüllung der Grundversorgungsquote niemals erreicht werden kann, wenn tagtäglich tausende Fremde ins Land strömen und somit diese den Ländern vorgeschriebene Quote sich tagtäglich - mittlerweile auch stündlich - erhöht. Gemäß Art. 15 Abs. 2 Grundversorgungsvereinbarung kann ein Vertragspartner diese Vereinbarung nach Abschluss und dem Ablauf von zwei Jahren aufkündigen. Auf Grund des völligen Scheiterns der genannten Vereinbarungen wird die Landesregierung hiermit zu diesem Schritt aufgefordert, einhergehend mit einer Neuverhandlung der wesentlichen Kritikpunkte bzw. der durch das Durchgriffsrecht außer Kraft gesetzte Vereinbarungsbereich. Daher stelle ich folgenden Entschließungsantrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und

1. sich gegen das Durchgriffsrecht des Bundes auszusprechen,
2. die gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Bundesländern abgeschlossene Grundversorgungsvereinbarung gemäß Art. 15 Abs. 2 aufzukündigen,
3. eine Neuverhandlung der 15a-Vereinbarung über die Grundversorgung auf den Weg zu bringen, bei der
 - a. eine in absoluten Zahlen festgemachte Obergrenze von durch Bundesländer zu betreuenden Fremden definiert wird, um eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung sicherzustellen,
 - b. die finanzielle Mehrbelastung der Steiermark durch das Asylchaos zu kompensieren und
 - c. allfällige widersprüchliche Angaben zum Durchgriffsrecht des Bundes (insbesondere in der Grundversorgungsvereinbarung Art. 3 über die Information der Länder durch den Bund und die Herstellung eines einvernehmlichen Vorgehens zwischen Bund und Ländern) unter Rücksichtnahme auf die Rechte der Länder zu bereinigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Gesamtsituation wird uns in den nächsten Jahren finanziell, aber auch gesellschaftspolitisch gesehen einholen und vor eine massive Belastung stellen, wenn nicht sogar den sozialen Frieden gefährden. Es ist unglaublich, den Bürgern große Sparmaßnahmen abzunötigen, dann aber Unmengen an Geldern - und ja, ich spreche von Unmengen von Geldern - geradezu zu verschwenden. Eine Kostenwahrheit muss daher umgehend hergestellt werden. Es handelt sich nämlich immerhin um Steuergelder. Wir sind den Steuerzahlern gegenüber verantwortlich, dass im Umgang mit ihrem Geld Transparenz herrscht und dieses vor allem mit Bedacht verwendet wird. Das Aushalten von Massen an Wirtschaftsflüchtlingen, die den Sozialstaat an ihre Grenzen bringen, ist nicht länger hinzunehmen. *(Beifall bei der FPÖ)* Daher bitte ich um Annahme dieses Antrages, danke. *(Beifall bei der FPÖ – 13.41 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Erich Hafner, bitte schön.

LTAbg. Hafner – FPÖ (13.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Regierungsbank, Kollegen des Steiermärkischen Landtages, liebe Zuhörer und Zuschauer im Raum bezüglich auch über Livestream!

Ich möchte heute einen Entschließungsantrag einbringen, welcher Folgendes beinhaltet: Nämlich eine zeitlich begrenzte Aufhebung der Mautpflicht auf dem Autobahnabschnitt Straß-Spielfeld bis zur österreichisch-slowenischen Grenze auf der A9. Aber vorerst lassen Sie mich bitte ein paar Worte zum heutigen Sonderlandtag sagen. Wie viel und wie lange muss noch über den sogenannten Ausnahmestand an unserer Grenze, das Asylchaos in unserem Land, und vor allem über die gesamte Situation dieses Themas geredet werden, bis wirklich Taten folgen? Taten, haben wir gehört von unserem Landeshauptmann, sollten heute besprochen worden sein, aber wie lange sollen wir dann noch zuschauen, wenn unfassbare rechtswidrige Dinge hier passieren? Abgesehen von unserer handlungsunfähigen Bundesregierung hätte ich mir von unserer Landesregierung - an der Spitze Herrn Landeshauptmann Schützenhöfer - in den letzten Wochen und Monaten sehr wohl nach unserem letzten Sonderlandtag mehr Engagement für unsere Steiermark gerade in Richtung Bundesregierung erwartet. *(Beifall bei der FPÖ)* Lieber Herr Landeshauptmann, wenn Sie sagen, dass wir Angst schüren, das stimmt absolut nicht. Die Angst ist da, man braucht mit der Bevölkerung nur zu sprechen.

Aber nun zu meinem Antrag: In Österreich sind seit 1997 die Schnellstraßen und Autobahnen mautpflichtig, auch für LKW und Busse, hingegen die fahrleistungsabhängige Maut ist zu entrichten. Im Bereich des österreichisch-slowenischen Grenzgebietes wurde in der Vergangenheit als Ausweichroute zur A9 die Landesstraße B67 des Öfteren genutzt. Seit Verlagerung der Flüchtlingsstromroute über Slowenien nach Österreich und vielleicht weiter dann auch nach Deutschland muss teilweise das Areal rund um die B67 als Standort für Unterkünfte genutzt werden. Im Bereich der A9 gilt ab der Staatsgrenze die Mautpflicht. Mit einer Aufhebung derselben ab dem Grenzübergang bis zur Abfahrt Straß-Spielfeld in beide Fahrrichtungen könnte eine deutliche Entlastung der B67 im Bereich der Flüchtlingslager erreicht werden. Die Slowenen haben bereits aktuell darauf reagiert und den Autobahnabschnitt vom Grenzübergang bis zur Autobahnabfahrt Sankt Egidii bereits mautfrei gestellt.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an den für Verkehr, Innovation und Technologie zuständigen Bundesminister Alois Stöger heranzutreten und sich für eine zeitlich begrenzte Aufhebung der Mautpflicht auf der Autobahn A9 im Bereich Staatsgrenze bis Straß-Spielfeld in beide Fahrrichtungen für die Dauer der Behinderungen auf der Landesstraße B67 einzusetzen.

Ich bitte um Annahme. (*Beifall bei der FPÖ – 13.46 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet die Frau Kollegin Helga Kügerl. Bitte Frau Abgeordnete.

LTAbg. Kügerl – FPÖ (13.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Regierungsmitglieder, werte Kollegen Abgeordnete, sehr geschätzte Zuhörer im Auditorium und via Livestream!

Wenn ich mir so manche Wortmeldungen von den Regierungsparteien heute anhöre - aber nicht nur heute, sondern auch bei der letzten Sitzung - aber auch von den beiden Oppositionsparteien, dann muss ich mich manchmal schon fragen: Wie weit ist man eigentlich vom Wähler und Steuerzahler entfernt? Sie sagen immer, ich höre heute x-mal Sie sind ständig draußen, aber wir sind es auch. Selbst Ihre Wählerschaft versteht diese Handlungen im Bund und im Land nicht mehr. (*Beifall bei der FPÖ*) Wie ich gestern aus den Medien erfahren musste, soll Österreich 57 Millionen Euro an Unterstützung an die Türkei bezahlen, finanzielle Unterstützung. Nachdem die Türkei jahrelang keine Anstrengung unternommen hat, den Flüchtlingsstrom nach Europa zu unterbinden, fand am 15. Oktober ein EU-Gipfel gemeinsam mit Regierungsmitgliedern von der türkischen Regierung statt. Die Tatsache, dass die Türkei nicht gerade den Weg der Demokratie beschreitet, ja sogar zunehmend autoritäre Strukturen entwickelt, Presse, Meinungsfreiheit kaum vorhanden sind, Menschenrechte außer Acht lassen, minderheitenfeindlichen Umgang an den Tag legen, wäre es von enormer Wichtigkeit gewesen, sich als Europäische Union nicht erpressen zu lassen. Es gleicht nämlich einem Akt der Erpressung, wenn die Einigung mit der Türkei so aussieht, dass Milliarden an europäischen Steuergeldern fließen müssen, um die Grenzsicherung herzustellen, die nach europäischen Recht ohnehin einerseits von den Mitgliedstaaten und an der EU-Außengrenze und andererseits die Türkei selbst als Partner der Europäischen Union erfüllen müsste. Jegliche finanzielle Hilfe der EU an die Türkei unter den genannten Voraussetzungen bedeutet jedoch eine Selbstaufgabe. Somit sollten jegliche Zahlungen Österreichs an die Europäische Union aufgehoben werden und unter anderem zur Unterstützung von der vom Asylantenstrom am stärksten betroffenen Gebiete und Betriebe in der südlichen Steiermark verwendet werden. (*Beifall bei der FPÖ*)

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten,

1. die österreichischen Beitragszahlungen an die EU zu stoppen,
2. die einbehaltenen Beitragszahlungen zumindest zum Teil den südsteirischen Gebieten und Unternehmen zur Bewältigung des Asylchaos zur Verfügung zu stellen,
3. sich gegen die Einigung mit der Türkei und die Zahlung von Milliarden an Euro – um die Türkei zur Grenzsicherung zu bewegen – auszusprechen und
4. sich gegen eine Visaerleichterung für türkische Staatsbürger und die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel auszusprechen. *(Beifall bei der FPÖ – 13.51 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kober, bitte.

LTAbg. Kober - FPÖ (13.51 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, Kollegen Abgeordnete, liebe Zuhörer im Auditorium und via Livestream!

Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen. Die Steiermark braucht mehr Polizisten. Dazu gibt es heute von mir einen Entschließungsantrag, aber dazu später.

Ich möchte kurz noch auf die Aussage des Herrn Landeshauptmann eingehen, ganz am Anfang. Auch ich war diese Woche in meinem südoststeirischen Bezirk an der Grenze in Bad Radkersburg, so wie er, da haben wir eines gemeinsam: Auch bei mir war kein Filmteam dabei, sondern ich nutzte die Zeit, um mit den Polizisten - vor Ort eingesetzt - und den Soldaten zu sprechen. Ganz im Gegenteil zur Fraktion der SPÖ, die ja vom ORF begleitet wurden. Das könnte jetzt zweierlei Gründe haben: Entweder hat uns die weibliche Komponente gefehlt in Form von Frau Landesrat oder Frau LTAbg. Schweiner oder es waren die Schnitzelsemeln so gut. Man weiß es nicht. Die Steiermark braucht mehr Polizisten. Das ist keine Schlagzeile auf Grund der jüngsten Entwicklung der Flüchtlingskatastrophe, sondern eine langjährige Forderung der Freiheitlichen in der Steiermark. Wie schon am Anfang erwähnt, wurde es ja nicht nur von uns gefordert, sondern auch in einem Wahlkampf durch den damaligen und jetzigen Landeshauptmann Schützenhöfer, zusammen mit der Frau Bundesminister. Wir brauchen mehr Polizisten für die Steiermark, hat er gefordert. Ich frage mich, Herr Landeshauptmann: Wo sind die versprochenen Polizisten für die Steiermark? Oder war das, wie vieles andere vor Wahlen, ein Wahlkampfschmäh von der ÖVP? *(LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl: „Geh, bitte!“ – LTAbg. Dirnberger: „Jetzt ist es schon genug!“)* Gerade jetzt, wo der seit Wochen anhaltende Flüchtlingsstrom enorme Herausforderungen für

die Sicherheitskräfte darstellt, wären diese geforderten Polizisten durch den Herrn Landeshauptmann dringend notwendig. (*Beifall bei der FPÖ*) Bei Gesprächen mit den vor Ort tätigen Einsatzkräften, die aus allen möglichen Bundesländern, insbesondere bei einem Gespräch mit einer Polizistin aus Schärding – sie ist seit 16. September im Einsatz in Radkersburg - die Einsatzzeiten sind enorm, die Ablöse ist nicht in Sicht. (*LTAbg. Fartek: „Das hat der Herr Landeshauptmann schon gesagt, das brauchst nicht zu wiederholen.“ - Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP*) Wie angesprochen, die Einsatzkräfte kommen aus allen Bundesländern. Durch dieses Zusammenziehen der Einsatzkräfte an den beiden Hot-Spots Spielfeld und Bad Radkersburg leidet auch der durchzuführende Regeldienst im Landesinneren. So mussten in den letzten Wochen Polizeieinspektionen kurzfristig zusperren, weil einfach kein Personal mehr da war. Auch in unserem Ort, wo ich herkomme, stellt sich, spiegelt sich dieses Bild wider. Waren früher Kontrollen (*LTAbg. Fartek: Unverständlicher Zwischenruf*) ... richtig – zweimal die Woche vor Ort. Also nicht dass ich etwas dagegen hätte, wenn sie nicht mehr so oft stehen. (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Hallo, hallo!“*) So sind es diesmal nur mehr Kontrollen einmal im Monat. Diese Fakten sind ja nicht nur Fakten, die die Freiheitlichen in der Steiermark aufzeigen, sondern es wird ja jetzt schon von SPÖ und ÖVP ebenfalls nach mehr Polizei in der Steiermark gerufen. Interessensvertreter Ihrer Fraktionen – Peter Tschernko, ÖVP; Josef Resch, SPÖ – haben diesen Missstand ebenfalls aufgezeigt. So schreibt auch ein Leobner Polizeieinspektionskommandant in einem Schreiben an Gewerkschafter und Personalvertreter, er könne nicht mehr für die Sicherheit garantieren, laut einem Zitat in der Kleinen Zeitung. Wie weit muss das noch führen, frage ich mich. Auch eine Aussage von Herrn Tschernko - Gewerkschafter eben, wie angesprochen, der ÖVP-nahen Fraktion - möchte ich zitieren: „Es ist keine Frage, derzeit bleibt in den Polizeieinspektionen viel Arbeit liegen.“ Das könnte auch eine Antwort auf die Abgeordnete Klimt-Weithaler sein. Wenn die Arbeit liegen bleibt, kommen auch Anzeigen nicht an die Öffentlichkeit. Josef Resch hingegen der FSG richtet sogar einen Appell an die politisch Verantwortlichen. „Hoffentlich“, ich zitiere, „hat die Politik endlich begriffen, dass wir mehr Polizisten brauchen.“ Wann? ÖVP und SPÖ in der Regierung, denken Sie darüber nach mehr Polizei aufzustocken! (*LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl: „Die Ministerin ist dabei. Das läuft schon.“ - LTAbg. Riener: „Das kann man nicht aus dem Hut zaubern!“ - Beifall bei der FPÖ*) Auch muss man in Betracht ziehen, dass jährlich 120 Polizisten in ihren wohlverdienten Ruhestand treten – aufgenommen dahingehend werden aber nur 75.

Damit kann man dreimal einen Grundlehrgang zu je 25 Teilnehmer abhalten. Also, es bleiben 45 Planstellen Jahr für Jahr in der Grünen Mark nicht nachbesetzt. Diesem Abgang ist Einhalt zu gebieten, natürlich wieder von den Regierungsparteien. (*Unverständliche Zwischenrufe von den Abgeordneten der FPÖ*) Entlastung – ja, wir sind leider nicht in der Regierung, aber beim nächsten Mal führen wir das durch – (*Beifall bei der FPÖ – LTAbg. Riener: „Da werden sie munter!“*) der Polizei an den Grenzen könnte das Österreichische Bundesheer bieten. Mit dem Österreichischen Bundesheer haben wir über 20 Jahre lang den Dienst an der Grenze bewiesen, um Flüchtlinge abzuhalten, aufzunehmen, rückzuführen. Ebenfalls könnte man hierbei, wie wir es 20 Jahre lang gemacht haben, Grundwehrdiener, die bestens ausgebildet sind, einsetzen. Glauben Sie mir, auch ich war mehrmals an der Grenze als Soldat. Damals sind die nicht so geordnet mit der Hand herübergeführt an den Grenzübergang gekommen. Damals waren sie teilweise auch bewaffnet mit Hieb- und Stichwaffen. (*LTAbg. Schwarz: Was? Das ist neu. Ich war schon an der Grenze. Das ist neu!“*) Das ist Fakt. (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Wann war das?“*) In der Zeit zwischen 1991 und 2011. (*Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP, verbunden mit unverständlichen Zwischenrufen*) Auf jeden Fall (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Welche Bevölkerungsgruppe war das?“*) sollten sich die Regierungsparteien, wie gesagt, dafür einsetzen, das Bundesheer verstärkt an der Grenze einzusetzen, ebenfalls mit den Grundwehrdienern. (*LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl: „Tun wir schon!“ – Beifall bei der FPÖ*) Weiters ist davon abzusehen, dass die Anzahl der Überstunden, die die Polizisten leisten, nicht in ein enormes Ausmaß steigen. Gestern in der Kleinen Zeitung wurde bereits beschrieben, wie viele Millionen diese Überstundenabgeltung kosten wird. Es ist daher von der geplanten Überstundenreduktion auf Bundesebene Abstand zu nehmen.

Daher wird folgender Antrag gestellt: Die Landesregierung wird aufgefordert sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- 1.) für den Grenzschutz alle verfügbaren Ressourcen des Bundesheeres – auch die derzeit ausgenommenen Grundwehrdiener – eingesetzt werden, um eine Entlastung der an den Grenzübertrittsstellen eingesetzten Polizisten zu erwirken,
- 2.) Exekutiv-Bedienstete von den geplanten Überstunden-Reduzierungen im Bundesdienst ausgenommen werden,
- 3.) der Regelbetrieb in allen steirischen Polizeidienststellen in vollem Umfang aufrechterhalten,

- 4.) ein Ankauf von fehlender Schutzausrüstung und technischer Einsatzmittel für die Einsatzeinheiten vorgenommen sowie
- 5.) die aufgrund von Pensionierungen einhergehende Reduzierung von Polizeiplanstellen durch die Abhaltung einer entsprechenden Anzahl an Grundausbildungskursen (Neuaufnahmen) kompensiert wird.

Ich bitte um Annahme. (*Beifall bei der FPÖ – 14.02 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Johannes Schwarz. Bitte schön, Herr Klubobmann.

LTabg. Schwarz – SPÖ (14.02 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nach einigen Stunden der Debatte darf ich seitens meiner Fraktion, aber, glaube ich, auch für die Regierungsfractionen festhalten: Die FPÖ hat nach dem Chaos gesucht, es aber nicht gefunden. Dafür kann man, glaube ich, applaudieren (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*), weil, bei allem Respekt, liebe Kolleginnen und Kollegen – aber bei Ihnen von der FPÖ würde man „Kollegen“ sagen, das, was Sie in den letzten Wortmeldungen hier abgeliefert haben, also ich schätze jeden, der hier heraußen spricht, ich höre jedem und jeder – wenn Sie das auch gegendert hören wollen – sehr gerne zu. Aber da gibt es einen Begriff, den der derzeitige Verteidigungsminister geprägt hat: Situationselastisch. Es wäre doch auch vielleicht der Debatte dienlich, wenn man seine vorgefassten und seine vorab formulierten Redebeiträge zur Landtagssitzung auch etwas – ich sage ja nicht vollkommen, aber ich sage etwas - auf die vorhergehende Debatte abstimmen würde. Da wäre uns ja schon ein bisschen geholfen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Denn, wenn da die Rede ist von: „Wir brauchen mehr Polizei, wir brauchen mehr Bundesheer an der Grenze“, dann haben das alles die Mitglieder der Landesregierung und der Landeshauptmann bereits klargestellt und die Frau Bundesinnenministerin hat auch in der Bundesregierung das Okay dafür bekommen, dass möglichst rasch neue Polizistinnen und Polizisten in Österreich in den Bundesdienst aufgenommen werden.

Das Zweite ist, wenn hier die Frage der Versorgung der Flüchtlinge u.dgl. andiskutiert worden ist und wieder in die Diskussion geworfen ist: Die Frau Soziallandesrätin hat ganz klargestellt, welche Maßnahmen die Landesregierung in den verschiedensten Punkten Punkt

für Punkt abgearbeitet hat, wie wir uns bemühen, die Landesregierung, die Einsatzorganisationen, die Bediensteten des Landes und alle freiwilligen Helferinnen und Helfer, wie sehr wir uns alle bemühen, diese - zugegeben herausfordernde - Situation in der Steiermark bestmöglich zu lösen. Dafür möchte ich mich recht herzlich bedanken bei der Landesregierung, dem Landeshauptmann, der Landesrätin, dem Landeshauptmannstellvertreter und allen von mir bereits genannten Organisationen. Herzlichen Dank dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Wissen Sie, was das Problem ist? Dann kommt Kollege Triller heraus und sagt: „Das Land hat nicht gesagt, was es gemacht hat.“ *(LTabg. Riener: „Weil er nicht zuhören kann!“)* Das meine ich unter „situationselastisch“. Wenn man das vorher hört, dann kann man sagen: „Ja, ich habe es gehört. Ich verstehe es nicht. Ich will es nicht verstehen oder ich sehe es anders.“ Aber zu sagen: „Es wurde nicht gesagt“, das ist ein bisschen schwierig aus meiner Sicht.

Deswegen möchte ich dazu auch noch sagen - und einen letzten Punkt, ich möchte das gar nicht in die Länge ziehen: Von Kollegin Kügerl, glaube ich, wurde die Türkei angesprochen und die Völkerrechtsproblematik oder menschenrechtsproblematische und demokratisch schwierige Situation in der Türkei. Also vor ein paar Wochen sind Sie noch da gestanden: „Russland, das arme Russland!“ Also bei Russland spielen die demokratischen, menschenrechtlichen Fragen offenbar keine Rolle und bei der Türkei ist es oberste Priorität, dass man mit der Türkei erst zusammenarbeiten darf, wenn dort die Menschenrechte und die Demokratie nach europarechtlichen und österreichischen Standards gelebt werden. Das würde ich als etwas doppelbödig bezeichnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der FPÖ, das kann ja so wohl nicht sein. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Wissen Sie, das Problem an Krisen ist nämlich immer das, dass man sich die Verhandlungspartner nicht aussuchen kann. Es geht ja darum, dass wir in der Steiermark die Frage der Flüchtlingsbewegung nicht in der Steiermark lösen werden können. Es geht darum, dass wir – und das hat ja auch Kollegin Klimt-Weithaler von der KPÖ bereits angesprochen, zu deren Rede ich übrigens sehr herzlich gratulieren möchte; es ist wirklich wohltuend, einer Rede von der KPÖ einmal so fast vollinhaltlich zustimmen zu können, liebe Claudia. Das hat Claudia auch angesprochen, es geht auch darum, eine Situation in Syrien zu schaffen, im Irak, in Afghanistan, dass diese Kriege nicht mehr stattfinden.

Es geht darum, möglicherweise Schutzzonen in Syrien zu schaffen, dass die Flüchtlinge oder die Menschen, die vor Tod und Vertreibung in Syrien flüchten müssen, dass die nicht bis Europa flüchten müssen, sondern dass die möglichst in ihrer Heimatregion verbleiben können, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es geht darum, auch die Türkei darin zu unterstützen, diese Menschen auch aufnehmen zu können. Man kann ja nicht sagen, dass die Türkei gar nichts macht. Millionen Flüchtlinge sind in der Türkei aufgenommen worden. Jetzt kann man sagen: Die Regierung in der Türkei passt einem oder passt einem nicht, aber meines Erachtens geht es darum, die Menschen dort entsprechend zu unterstützen, dass sie in ihren Heimatregionen die Zeit verbringen können, bis diese Friedensinitiativen, die Gott sei Dank jetzt auch gesetzt werden, Frucht und Früchte tragen. Dessen bin ich felsenfest überzeugt, dass es wichtig ist, mit der Türkei zu sprechen, dass es wichtig ist, auch diese Fragen in Syrien zu klären, dass es wichtig ist, mit allen zu sprechen, denn die Gesprächspartner kann man sich nicht aussuchen, die Situation kann man sich nicht aussuchen. Aber ich bin der Meinung, besser mehr Gespräche zu führen, als ein Gespräch zu wenig geführt zu haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Wir bekennen uns auch zu den europäischen Maßnahmen der Europäischen Union. Es müssen die europäischen Außengrenzen, die EU-Außengrenzen, besser geschützt werden. Es müssen gemeinsam mit Griechenland, gemeinsam mit Italien, gemeinsam mit allen anderen Partnern hier auch Wege gefunden werden, dass hier einen geordneter Ablauf an den jeweiligen Grenzen passiert, dass ein geordneter Ablauf passiert. Denn, was wir nicht wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, dass wir in Zukunft durch Europa reisen, dass man bei jedem Grenzübergang zuerst einmal ein paar Stacheldrahtzäune überwinden müssen, dass wir in Slowenien, Kroatien, Serbien, Mazedonien, Griechenland oder wo auch immer Stacheldrähte in Europa wieder haben. Ich glaube, das kann nicht das sein, was wir aus der Geschichte Europas gelernt haben, sondern es geht um Zusammenarbeit und nicht um mehr Stacheldrahtzäune, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Zu den Maßnahmen bekennt sich dieses Land, dieser Landtag, diese Landesregierung, diese Koalition. Ich möchte mich auch sehr herzlich bedanken, dass wir in der Steiermark diesen gemeinsamen Kurs - wir haben das auch irgendwann den Kurs der Vernunft genannt - gehen. Eines möchte ich schon auch noch sagen, weil das heute in der Zeitung war: Die Kollegin Kügerl ist, glaube ich, jetzt, Regionalvorstandssitzende in ihrer Region. Sie haben sich da sehr polemisch mit der Europäischen Union auseinandergesetzt.

Wissen Sie, woher die Mittel kommen, die in der Regionalentwicklung in der Steiermark vor allem verwendet werden? (*Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ, verbunden mit unverständlichen Zwischenrufen*) Wissen Sie das? Ich verrate Ihnen ein Geheimnis: Die kommen zum großen Teil auch von der Europäischen Union. (*Anhaltende Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ, verbunden mit unverständlichen Zwischenrufen*) Also wie Sie die Funktion in Einklang bringen mit Ihren europapolitischen Ansichten, das wird eher schwierig werden. (*LTabg. Kügerl: „Aber mit der Türkei müssen wir uns nicht vergleichen!“*) Aber die Türkei ist nicht Mitglied der Europäischen Union, auch ein kleiner Hinweis von meiner Seite. Also das ist eine sehr schwierige Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Weil auch der Herr Wirtschaftslandesrat angesprochen wurde in der Dringlichen Anfrage: Er hat das, glaube ich, sehr klar zum Ausdruck gebracht, dass es natürlich auch die eine oder andere Schwierigkeit in der wirtschaftlichen Situation - das betrifft auch andere Bereiche - gibt, aber dass in Wahrheit der Großteil und die große Menge – und Frau Kollegin Klimt-Weithaler hat das ja auch angesprochen – in Social-Medien-Foren nicht der Wahrheit und nicht den Tatsachen entsprechen. Das ist einmal Fakt. Auch wenn man es hundert Mal wiederholt, es wird dadurch nicht wahrer. Ich mache mir mehr Sorgen, wenn der Bundesparteivorsitzende oder Obmann der FPÖ sagt, er will den Eisernen Vorhang zurück. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Das habe ich nie gesagt. Das stimmt ja nicht!“*) Er war in Spielfeld und hat gesagt, er will den Eisernen Vorhang zurück. Das brauchen Sie nur einmal nachlesen. Wissen Sie, was der Eiserner Vorhang für die Wirtschaft in Europa, für die Wirtschaft in Österreich, für die Wirtschaft in der Steiermark bedeuten würde? Wenn Sie sich Sorgen um die Wirtschaft in der Steiermark, in Europa, in Österreich u.dgl. machen, dann würde ich mir Sorgen machen, wenn ich weiter Stacheldrahtzäune aufbauen will, sondern ich bin der Meinung, der Wirtschaft hilft es vielmehr, wenn wir diese Asyl- und Flüchtlingsfrage gut lösen, aber deshalb Europa nicht abbauen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*).

Zur Mautfrage möchte ich noch sagen: Das ist derzeit rechtlich nicht möglich, aber ich denke, dass es durchaus eine Überlegung wäre, dass man in diese Richtung auch mit dem Bund in Gespräch eintreten kann. Derzeit ist es rechtlich leider nicht möglich, Herr Landesrat - steht ja auch heute in einer großen Tageszeitung - hat das auch probiert. Ich glaube, da wird man mit dem Bund durchaus darüber reden müssen. Aber so, wie Sie das hier formulieren, kann man das meines Erachtens nicht stehen lassen.

Abschließend oder zusammengefasst: Wir stehen dafür, für eine entsprechende Ressource der Polizei und des Bundesheeres. Wir sind der Meinung, was der Herr Landeshauptmann auch schon angesprochen hat, dass es auch wichtig ist, hier für mehr Kommunikation zu sorgen. Deswegen sind auch die Fragen eines Bund-Länder-Gipfels in der Frage der Flüchtlingssituation entscheidend oder wichtig, dass es hier auch mehr Kommunikation gibt. Denn wenn ich durch die Steiermark reise - und ich war in der letzten Zeit auch zwischen Radkersburg, Bad Aussee und Turnau und Spielfeld unterwegs in der Steiermark - ich merke kein Chaos, aber ich merke die Notwendigkeit, das Bemühen und die Nachfrage nach besserer Kommunikation und noch besserer Zusammenarbeit. Ich denke, jede Initiative für einen derartigen Gipfel, jede Initiative zu mehr Kommunikation und Zusammenarbeit ist begrüßenswert und deshalb haben wir das auch in unserem Entschließungsantrag miteingebracht. Wir sind auch für klare Zugangsgrenzmanagement-Maßnahmen u.dgl., das wurde auch heute von der Bundesregierung bereits beschlossen, weil es ja nicht nur der Sicherheit vor Ort dient, sondern auch der Sicherheit der Flüchtenden, dass sie nicht durch die Massen erdrückt werden, was wir in manchen Situationen knapp - und Gott sei Dank - nicht erlebt haben, aber wo es in manchen Situationen in Spielfeld sehr gefährlich war. Wir sind natürlich auch dafür, lieber Lambert Schönleitner, deshalb haben wir das auch in unseren Entschließungsantrag ein bisschen in Anlehnung zu euch, aber auch im Unterschied zu euch ... nein, wir haben geschrieben: „In Zusammenarbeit mit dem Land Steiermark, der Bund“ – also Bund und Land gemeinsam hier für die medizinische Versorgung mehr zu tun, auch für die entsprechende Ernährung hier mehr zu tun, da sind wir durchaus mit euch einer Meinung. Wir haben das vielleicht ein bisschen anders formuliert, aber im Grunde haben wir da durchaus gemeinsame Ansichten in dieser Frage. In diesem Sinne möchte ich noch eines sagen, was noch nicht gesagt wurde: Wenn wir hier sprechen - und das passiert uns ja selber auch, möchte ich gar nicht die eigene Fraktion ausnehmen - wenn wir hier sprechen von Massen, wenn wir hier sprechen von Strömen, wenn wir hier sprechen von Lawinen, wenn wir hier sprechen – und der Kollege Amesberger-bauer hat immer das Vorrecht auf die schrillste Formulierung des Tages - nämlich von Invasoren sprechen, dann muss man sich immer vor Augen halten: Es geht um Menschen. Es geht nämlich um einzelne Menschen. Und wenn man, wie ich auch und viele von Ihnen auch, die Menschen sieht, die zu uns flüchten - kleine Kinder, schwangere Frauen, Familien - die alles verloren haben und die um ihr Leben gelaufen sind und die vielleicht auch für den Kollegen – weil Sie da hinten lachen - ja, unter Einsatz ihres Lebens die Ägäis überwunden haben, wenn man das sieht, muss man

sich immer vor Augen halten, dass es um Menschen geht, Menschen wie Sie und ich, die das Pech gehabt haben - oder wie auch immer man das sagen will - in diesen Gegenden geboren worden zu sein. Denn was kann ein zweijähriges Kind dafür, dass es in Syrien geboren wurde? Diese Frage sollten wir uns bei allen unseren Debatten und allen unseren wichtigen Debatten aus meiner Sicht immer vor Augen halten, dass es hier um Menschen geht, dass es hier um Menschenleben geht, und dass die Geschichte unseres Jahrhunderts und die Entwicklung der europäischen und österreichischen Demokratie hin zu Humanität, Rechtsstaat, auch die Entwicklung der Beschluss der Genfer-Flüchtlingskonvention nicht etwas war, was man nur in leichten Zeiten oder in Zeiten, wo sie nicht zur Anwendung kommen müssen oder in keinen Krisenzeiten gelten sollen. Sondern aus meiner Sicht sollten Humanität, die Flüchtlingskonvention, das Recht jedes einzelnen auf Schutz und Hilfe auch in Zeiten gelten, wo es etwas schwieriger ist.

In diesem Sinne ein steirisches Glückauf und ich darf jetzt auch noch unseren Entschließungsantrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert sich bei der Bundesregierung

- für die Sicherstellung der notwendigen personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen für Polizei und Bundesheer zur effektiven Sicherung der Staatsgrenzen sowie dem vehementen Einsatz für eine europaweite Lösung, insbesondere einen gemeinsamen Grenzschutz und eine verpflichtende Quote auf europäischer Ebene,
- für die Einsetzung eines Bund-Länder-Gipfels und gemeinsame Maßnahmen in der Flüchtlingsfrage zu konzipieren,
- für die Errichtung technischer Sicherungsmaßnahmen für einen geregelten Grenzübergang,
- in Zusammenarbeit mit dem Land Steiermark für bestmögliche medizinische Versorgung und der Gewährleistung warmer Mahlzeiten für Flüchtlinge an den Grenzübertritten,
- in Zusammenarbeit mit dem Land Steiermark für die Unterbringung von Menschen mit in Österreich gestelltem Asylantrag in eigenen Quartieren und nicht in Transitquartieren einsetzen.

Ich ersuche um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.16 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzman: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Herrn Nationalratsabgeordneten Axel Kassegger und Stadtrat Mario Eustacchio. Herzlich willkommen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg. Bitte.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (14.17 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe - doch jetzt wieder etwas mehr anwesende - Zuschauer und Zuhörer!

Ich möchte ein paar Worte auch dazu sagen. Das Wesentliche hat ja zur heutigen Debatte Kollegin Klimt-Weithaler bereits gesagt. Es ist schade, dass Herr Landeshauptmann nicht mehr da ist. Weil mir, uns, fällt auch kein Stein aus der Krone, wenn man ihn einmal lobt und wenn man einmal sagt: Das, was er heute gesagt hat, ist eigentlich sehr klug gewesen. Ich wollte ihm das vis-à-vis ausrichten, vielleicht hört er irgendwo zu oder es wird ihm irgendwo ausgerichtet.

Warum sage ich das? Weil Herr Landeshauptmann hat heute für mich eigentlich gesagt, dass er elastisch im besten Sinne des Wortes ist. Dass er nämlich eingesehen hat, dass etwas, was heute richtig ist, morgen falsch sein kann und übermorgen auch wieder richtig. Das unterscheidet ihn - und ich sage das deshalb, weil die Grünen ihn kritisiert haben - das unterscheidet ihn von den Grünen. Sie tragen Ihren ideologischen Bauchladen vor sich her, egal, was rundherum in der Welt vor sich geht. Das ist falsch. Der Landeshauptmann hat heute für mich – ich sage es noch einmal – gezeigt, dass er bereit ist, auf unterschiedliche Situationen unterschiedlich zu reagieren. Er hat zwei Dinge gesagt, die ich oder wir oder auch andere in diesem Haus schon länger gesagt haben. Er hat z. B. gesagt: „Es kann Situationen geben, da müssen Grenzen kontrolliert werden.“ Ich sage auch: Ein Staat, der seine Grenzen nicht kontrollieren will oder kontrollieren kann – schlimmer ist noch „nicht kontrollieren will“ – ist ein Eunuchen-Staat. Ich sage das ganz brutal. Es ist so. Und wenn der Lambert Schönleitner neben mir im Ausschuss sitzt, wo wir einstimmig einen Antrag beschlossen haben, der hoffentlich auch in den Landtag kommt, wo es auf den Punkt gebracht wird, dass wir einfach effektive Grenzkontrollen brauchen – ich habe ihn jetzt ein bisschen gestoßen und gesagt: „Da habt’s jetzt zugestimmt“, und sagt dann: „Keinen Zaun“, dann ist das lächerlich. Weil es gehören bei der Grenzkontrolle immer zwei. (*LTAbg. Schönleitner: Unverständlicher Zwischenruf*) Sie können dann ohnehin nochmals herausgehen.

Es gehören immer zwei Seiten dazu: Eine, die die Grenzen kontrolliert und eine, die sie kontrollieren lässt. Wenn es jemand nicht kontrollieren lässt, dann müssen Sie mir auch sagen, was Sie machen wollen, wenn sich der nicht kontrollieren lässt. Ob es da einen Zaun gibt, eine Menschenkette, eine Hundestaffel, ein Container – das ist mir „wurscht“, darüber diskutiere ich hier nicht. *(Beifall bei der ÖVP und KPÖ)* Aber wir werden so etwas brauchen, das ist klar, wenn man seine fünf Zwetschken noch beieinander hat. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und KPÖ)* Sie können dann noch einmal hier herauskommen. Herr Landeshauptmann hat, noch einmal, einen zweiten Punkt für mich sehr was Gescheites gesagt - das habe ich auch schon länger einmal gesagt, das ist nicht deswegen gescheit, weil ich das gesagt habe, sondern ich habe es auch gesagt: „Wir müssen endlich dazu kommen, dass wir nicht hier im Landtag ...“, weil wir werden das hier nicht entscheiden und deshalb ist auch dieser heutige Zirkus von Ihnen hier fehl am Platze, weil wir das nicht hier entscheiden. Aber wir werden es in den Gremien, wo es entschieden werden muss, hineintragen und dort diskutieren müssen. Das übernehme ich, unterscheiden zwischen Asyl und Wirtschaftsflüchtlinge. Ich gebrauche diesen Ausdruck nicht, mir gefällt er nicht. Ich gebrauche den Ausdruck „Armutsmigration“, weil vieles was heute weltweit unter Asyl passiert, ist in Wahrheit Armutsmigration. Der wirkliche Asylbegriff wird dadurch ausgehöhlt und am Ende des Tages werden wir vor einer Situation stehen, wo die Zustände möglicherweise auch in den Ländern, wohin die Asylsuchenden strömen, so sind, dass der, der wirklich Asyl braucht, keines mehr bekommen wird. Diese Zustände möchte ich nicht. Aber das werden wir nicht hier im Landtag Steiermark entscheiden, sondern auf EU-Ebene, auf UNO-Ebene, auf Welt-Ebene, wie ich schon einmal gesagt habe, und im Nationalrat.

Jetzt komme ich zu dem, was Claudia auch schon gesagt hat, ich möchte es nämlich wirklich noch einmal unterstreichen mit diesem heutigen Sonderlandtag: Wir haben nichts gesagt, wie Sie am 09. September, oder wann das war, diesen Landtag einberufen haben, weil wir wissen genauso wie Sie - und ich glaube wie jeder von uns, der sich ein bisschen in der Bevölkerung umhört - dass das Themen sind, die vielen Menschen Sorge bereiten. Über diese Themen muss man sprechen und die muss man ernst nehmen. Aber wenn Sie heute 123 oder 117 Fragen stellen, wo die Frage: „Wer hat Asyl?“, das haben wir schon fünfmal gehört, und: „Von welchen Nationen kommen die Leute?“, das ist schon dreimal beantwortet worden.

Und ob der Landeshauptmann mit dem oder mit dem gesprochen hat, es fehlt ja nur noch, dass Sie fragen: „Mit welchem Bürgermeister hat er wie viele Spritzer getrunken, an der südsteirischen Weinstraße?“ (*Beifall bei der SPÖ und KPÖ, verbunden mit Heiterkeit*) Das interessiert niemanden, glauben Sie mir das endlich! Sie tun den Sorgen und Nöten der Menschen nichts Gutes, wenn Sie hier so einen Zirkus aufführen, auch mit Ihren Anträgen. Deswegen werden wir heute die Sitzung vor der Abstimmung verlassen. Die KPÖ, das können Sie mir glauben oder nicht, aber vielleicht werden Sie uns über die Jahre schon beobachtet haben, wir zerbrechen uns sehr genau den Kopf, wenn wir Anträge vorgelegt erhalten, wie wir uns verhalten. Wir sagen auch: „Stimmen wir punktuell ab, weil da können wir mit, da können wir nicht mit.“ Aber wenn ich zwei Stunden, bevor diese Sitzung anfängt, Anträge vorgelegt bekomme, die mit dem Asyl nur sehr am Rande etwas zu tun haben, wo über die Türkei gesprochen wird, wer dort ein Visum bekommen soll und wer nicht, wo Sie sich selber nicht mehr ernst nehmen, wenn Sie sagen: „Einerseits fürchterlich, die Türkei schickt uns alle Flüchtlinge“, und dann sagen Sie: „... dem Erdogan eine auf dem Deckel, weil mit dem dürfen wir nicht reden, damit die Flüchtlinge unten in der Türkei bleiben“, so etwas kann man nicht ernst nehmen. Da sind wir nicht bereit, uns darüber den Kopf zu zerbrechen. Auch mit der Exekutive: Wir haben das ja schon – das wissen Sie gar nicht, Herr Klubobmann Kunasek, weil Sie da noch nicht im Landtag waren – hundert Mal beschlossen, dass wir mehr Exekutive brauchen, in der letzten Periode, in der Periode, aber es wird nicht an uns liegen, ob wir diese Exekutive bekommen oder nicht. Da können Sie es noch dreißig Mal beantragen. Ich hoffe, das, was der Landeshauptmann heute gesagt hat – ah, jetzt ist der da; begrüße Sie; danke – (*Allgemeine Heiterkeit*) ich begrüße Sie noch einmal, weil das freut mich, dass ich Ihnen das noch einmal ausrichten durfte. Ich hoffe, dass das, was Sie zur Exekutive gesagt haben, jetzt endlich umgesetzt wird, dass wir an der Grenze die Polizei und das Bundesheer bekommen, das wir brauchen – dass Sie sich da beim Herrn Bundesminister Klug und bei Frau Bundesministerin Mikl-Leitner durchgesetzt haben. Oder der Antrag mit den EU-Beiträgen: Ja, natürlich hätte man jetzt sagen können, wir nehmen das jetzt ernst, punktuell abstimmen – wir sind gegen die EU-Beiträge Österreichs, weil wir im Unterschied zu Ihnen wirklich in der EU sind. Aber ich lasse mich nicht hier vor Ihren Karren spannen, um dann irgendwelche andere Sachen mitzubeschließen, die man hier auseinanderpflücken muss, wo wir dann über etwas reden, was mit dem heutigen Tag und mit dem Thema überhaupt nichts zu tun hat.

Mit den Grünen Anträge ist es teilweise ähnlich. Wissen Sie, mit Ihrer Trichterlösung, wenn Sie sagen „Ah, da dürfen wir keinen Trichter machen, weil da kommen die Leute in Stress“ ... (*LTAbg. Schönleitner: Unverständlicher Zwischenruf*) Sie kommen ohnehin wieder heraus, sagen Sie es bitte dann, weil sonst komme ich mit meiner Zeit nicht aus. Wenn Sie sagen: „Die Trichter dürfen wir nicht machen, weil da die Leute Stress bekommen“, ich sage Ihnen: Wenn Tausende Menschen an die Grenze kommen, die haben einen Stress, mit oder ohne Trichter. Das ist leider so und ich will hier nicht diskutieren, ob wir einen Trichter haben oder nicht, das interessiert mich nicht. Wir brauchen ordentliche Grenzkontrollen und die werden hoffentlich jetzt bekommen. Es hat im Übrigen - ich komme zu diesem Antrag zurück, im letzten Ausschuss, ich hoffe wirklich, dass dieser Antrag angenommen wird - einen einstimmig beschlossenen Antrag gegeben, der eigentlich, was die Grenzkontrollen und die Polizei betrifft, alles sagt und deshalb hätten wir uns das heute ersparen können.

Ich darf das noch einmal vorlesen: „Die Sicherstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen für Polizei und Bundesheer zur effektiven Sicherung der Staatsgrenze.“ Schluss, aus - das ist es! (*Beifall bei der SPÖ und KPÖ – 14.27 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ing. Jungwirth.

LTAbg. Ing. Jungwirth – Grüne (14.27 Uhr): Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Mein „biologischer Bauchladen“ ist angesprochen worden und ich muss sagen, ich bin nicht bereit diesen situationselastisch einmal hierhin und dorthin zu verbiegen, weil es gibt schon ein paar Dinge, wo ich glaube, dass es wichtig ist, dass man Prinzipien hat und diese Prinzipien dann auch durchhält, wenn es darauf ankommt und dazu steht; und auch die Werte, die eine Partei in ihren Statuten drinnen hat, sollten nicht situationselastisch verbogen werden, sondern das ist schon etwas, das ganz, ganz viel ausmacht von der Haltung, die man hat. Und ich stehe dazu, dass für mich Menschenrechte unteilbar sind, dass darüber nicht diskutiert werden kann und auch der Wert der Solidarität, der im Zusammenhang mit dieser Flüchtlingswelle, mit der wir gerade befasst sind, so oft von vielen bemüht wird, meiner Meinung nach aber von sehr vielen Gruppen viel zu wenig dann tatsächlich gelebt wird. Das ist auch ein Wert, den wir im Statut haben und der mir so wichtig ist, dass ich darüber auch nicht situationselastisch diskutieren kann und möchte. So viel vorweg.

Dann auch noch, Herr Kollege Murgg und auch Sie, Herr Kollege Schwarz, haben es angesprochen, das Thema des Grenzmanagements – so haben Sie es heute genannt, das ist die weiche Variante – auch der Eiserne Vorhang ist angesprochen worden. Wir haben heute Morgen die Entscheidung bekommen, was nun an unserer Grenze passiert und es geht mir überhaupt nicht darum, dass eine Kontrolle nicht sein soll. Nein, ich bin der Meinung, dass ein Land wissen soll, wer hier einreist und hier ein geordneter Ablauf stattfindet. Das ist total in Ordnung, dazu stehen auch wir Grünen. Also es geht uns nicht darum, dass alle hier ein- und ausgehen dürfen, wie es ihnen Spaß macht, und Menschen, von denen wir nicht wissen, wer sie sind, hier im Land sich aufhalten. Nein, wir stehen dazu. Aber es wurde heute in der Früh vom Innenministerium und von Minister Klug gemeinsam mit Frau Ministerin Mikl-Leitner eine Lösung präsentiert, wo es nun einen 3,7 km langen Zaun in zwei Teilen – ein längeres und ein kürzeres Stück – geben wird und ich muss schon sagen, für mich ist das schon eine sehr bedauerliche Entscheidung, denn ich schäme mich dafür in einem Land zu leben, dass Menschen, die alles riskiert haben, um hierherzukommen und um sich in einigermaßen Sicherheit zu fühlen – das ist ohnehin nur bedingt so – dass wir hier diese Menschen mit Zäunen aussperren. Für mich ist das keine Lösung. Denn auch, wenn es jetzt die kürzere Variante und wenn momentan zumindest keine Stachelbänder verlegt werden: Sie sind ohnehin bereits anscheinend schon eingeplant und kommen, wenn es notwendig ist. Wenn das jemand so sehen mag - ich nicht – es bleibt trotzdem ein Zaun. Ein Zaun hat eine Symbolik, darum geht es ja in Wahrheit. Es geht immer darum, eine Abwehranlage, eine Abwehrmaßnahme zu setzen und diese Symbolik finde ich einfach verheerend. Das ist unseres Landes nicht würdig. (*LTabg. MMag. Eibinger-Miedl: „Es ist ein geordneter Übertritt!“*) Es ist auch nicht notwendig, denn ein geordnetes Grenzmanagement wäre auch ohne das möglich gewesen. Ich frage Sie schon ... ich weiß nicht, wer alles unten vor Ort war, ich war mehrfach dort, ich war auch in der Umgebung bei den Weinbauern und es hat mir niemand darüber berichtet, dass hier kreuz und quer über die Weinberge die ZuwanderInnen unser Land überrennen. Es ist eine völlig falsche Darstellung, die die FPÖ hier versucht zu machen, sondern es konzentriert sich doch tatsächlich alles auf diesen kleinen Raum dort unten an der Grenze, am Grenzübergang, an der Bundesstraße. Also dass hier weiß ich wohin ausgeströmt wird und wir deshalb diese Abschottung bräuchten, das kann mir einfach auch niemand weismachen. Deswegen ist es für mich einfach ein wirklich von vorneherein zum Scheitern verurteilter Versuch, Sicherheit und Kontrolle zu suggerieren, die dadurch nicht mehr gegeben ist, als wir es ohnehin jetzt schon haben.

Deswegen glaube ich auch, es wäre verzichtbar gewesen, diese Lösung zu machen. Es wird der Zaun, wie gesagt, das Problem nicht lösen, denn es geht um ganz, ganz etwas anderes in diesem Zusammenhang. Zäune und Mauern haben wir in der Vergangenheit genug gehabt, vor Zäunen und Mauern sind schon so viele Menschen gestorben, das möchte ich nicht noch einmal erleben und schon gar nicht vor unserer Grenze, für die wir verantwortlich sind. Das kann ich mir wirklich nicht vorstellen. Deswegen - das kann ich Ihnen auch jetzt schon sagen - ist für mich die Sache noch längst nicht gegessen. Wir werden alles dazu tun, die Maßnahmen, die möglich sind, zu prüfen, um diesen Zaun nach wie vor zu verhindern. Das verspreche ich Ihnen hier und heute. Zäune sind, wie gesagt, ein zum Scheitern verurteilter Versuch, Sicherheit und Kontrolle zu suggerieren. Sie sind ein Symbol der Unfreiheit und ich halte das wirklich für die Rückkehr zu einer nationalstaatlichen Kleingeisterei, die eines Europas – nämlich eines gemeinsamen Europas – nicht würdig ist. Es ist ein Kniefall vor Rechter Hetze, die hier vor allem von der ÖVP kommt. Das ist sehr, sehr bedauerlich. Ja, schüttele nicht den Kopf, Barbara, eure Innenministerin war diejenige, die das massiv betrieben hat, den Zaun nämlich zu errichten. Ich glaube nicht, dass das am Ende irgendwen weiterbringt, wenn wir jetzt hier diesem Treiben, diesem Andere-Parteien-vor-sich-Hertreiben nachgeben. Wir werden es sicher nicht tun. Ich halte das auch, was sich hier jetzt abspielt, auch den Zaun, den Slowenien in Richtung Kroatien errichtet, für ein schlimmes Zeichen, nämlich dahingehend, dass es das Auseinanderfallen von Europa ankündigt, welches ich nicht erleben möchte. Denn ich bin stolz auf das, was Europa in der Vergangenheit geschafft hat, nämlich ein gemeinsamer Raum des Friedens zu sein und ich wünsche mir eine Fortsetzung dieser Politik. Ich weiß, dass Europa dieses Problem alleine nicht lösen wird, weil 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind und das ist schon eine sehr beträchtliche Anzahl von Personen, um die es hier geht. Es kommen nicht alle zu uns, aber doch einige mittlerweile. Ich denke, dass es Lösungen braucht – kurz, mittelfristig und langfristig und auf allen politischen Ebenen. Das geht quer durch viele verschiedene Politikfelder, mit denen wir uns beschäftigen müssen, wo wir neu denken müssen, anders denken. Ich glaube, dass ganz wesentlich ist, dass wir zurückkehren zu einer Wirtschaftspolitik, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht auf dieser Welt – allen, bitte sehr, und nicht nur uns hier in Europa und im Westen, sondern wirklich allen, also wo es Fairness gibt, wo Gerechtigkeit herrscht statt Konkurrenz und Verdrängungswettbewerb. Das ist für mich ein ganz wichtiges Element und das betrifft alle Staaten auf dieser Welt.

Zweiter Punkt, der Klimawandel, ich habe das schon beim letzten Mal in der Landtagssitzung gesagt: Es ist ein total relevanter Faktor für diese Flüchtlingswelle, mit der wir hier befasst sind. Einerseits weil es in den letzten Jahren bei den Kriegen immer um das Öl ging. Es ging immer um Erdöl und deswegen ist der Klimawandel ein wesentlicher Punkt, den wir in den Griff bekommen müssen. Denn wenn wir kein Erdöl mehr brauchen, dann beseitigen wir die Probleme beim Klimawandel und beseitigen auch gleichzeitig die Ursachen für Kriege. Der Klimawandel hat noch einen anderen Effekt, nämlich Dürrekatastrophen, Hungerkatastrophen, die die Folge sind und das alles führt zu diesen Migrationsströmen, mit denen wir zu tun haben. Über die Entwicklungszusammenarbeit haben wir in diesem Haus auch schon gesprochen. Da wurde zwar beschlossen, dass wir die Mittel verstärken, aber vom Beschluss bis zum Tun ist es auch noch ein Weg. Auf jeden Fall ist es wichtig darauf zu schauen und auch darauf, dass Österreich seine Hausaufgaben dabei macht, die Welternährungsprogramme der UNO tatsächlich mit den finanziellen Mitteln zu unterstützen, die versprochen wurden. Denn bis September hat Österreich keinen Cent eingezahlt und das ist auch eine Ursache dieser Armutsmigrationsströme, die nun zu uns kommen. Ich verwende dieses Wort auch sehr gerne, Herr Kollege Murgg, denn es trifft das, was hier passiert und ist genau der Gegenpol zu dem, was wir immer wieder als Wirtschaftsflüchtling hören. Als Wirtschaftsflüchtlinge werden so gerne diejenigen Menschen bezeichnet, die deswegen hierherkommen, weil sie nicht aus den klassischen Gründen verfolgt werden, sondern weil sie ein neues Leben suchen und eine neue Existenz suchen, weil sie verhungern. Das sind alles ArmutsmigrantInnen. Armut kann einfach auf dieser Welt nicht mehr akzeptiert werden, nirgendwo, und deshalb sind Wirtschaftsflüchtlinge für mich ... also ich kann mit diesem Wort wirklich nichts anfangen, es tut mir leid.

Ein weiterer Punkt: Die Botschaften müssen geöffnet werden, auch das haben wir hier schon eingebracht, damit die Schlepperei endlich einmal beendet werden kann. Und Resettlement-Programme werden auch immer so gerne ins Treffen geführt. Halbherzig ist das bis jetzt passiert. Wir haben zwar anscheinend einen Beschluss, dass es 120.000 Plätze in Europa geben soll, für Menschen die in Griechenland einreisen – ich glaube 156 waren es gestern, die bis jetzt in ein Flugzeug gesetzt worden sind und woanders hingbracht worden sind. Das ist lächerlich, schier lächerlich. Ich kenne das aus der Vergangenheit: Resettlement-Programme sind ein äußerst schleppendes Programm bis jetzt gewesen und hier muss wirklich viel verbessert werden, wenn das wirklich gut funktioniert und wirklich unser Probleme lösen kann.

Auch hier im Land gibt es einiges zu tun – Lambert hat es schon angesprochen. Ich lasse das jetzt aus, aber was für mich für meine Zukunft noch wichtig ist: Integrationsmaßnahmen sind dringend anzugehen auch für alle diejenigen, die heute noch hier sind. Das sind für mich die wichtigsten Bereiche: Das Thema Bildung, das Thema Arbeitsmarkt und Integration und das Thema Wohnen sind die vorrangigen Themen.

Ich bringe jetzt zum Schluss noch einen Entschließungsantrag ein, der die Punkte aufgreift, die Lambert Schönleitner schon in seiner Rede eingebracht hat, der da lautet:

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. um eine menschenwürdige Situation am Grenzübergang in Spielfeld und ein humanes Grenzmanagement zu schaffen,
 - a) die Bundesregierung aufzufordern, von sogenannten „Trichterkonstruktionen“ bei der Einreise abzusehen und eine stressfreie Einreise (z.B. durch mehrere Übergänge, kürzere Wartezeiten) zu ermöglichen,
 - b) die medizinische Versorgung in Spielfeld weiter zu verstärken, um diese für die ankommenden Menschen auf der Flucht auch bei großer Anzahl zu gewährleisten,
 - c) die Finanzierung und Organisation warmer Mahlzeiten zu gewährleisten, um endlich die ehrenamtlichen und privat finanzierten Strukturen zu entlasten, die derzeit als einzige für warme Mahlzeiten sorgen,
2. auf allen Ebenen dafür zu sorgen, dass Menschen, die in der Steiermark einen Asylantrag stellen, nicht längerfristig in Transitquartieren untergebracht werden, sondern ausreichend Quartiere im Rahmen der Grundversorgung vorfinden, und
3. wie z.B. in Wien, Niederösterreich, Salzburg oder Tirol von der bürokratischen Hürde eines vergebürhten Mietvertrages für den Erhalt des Mietzuschusses Abstand zu nehmen, um die Unterkunft von AsylwerberInnen in privaten Unterkünften zu erleichtern und zu forcieren.

Ich ersuche um Annahme und ich ersuche um eine punktuelle Abstimmung dieses Antrages und ich ersuche außerdem um punktuelle Abstimmung des Entschließungsantrages der SPÖ und ÖVP mit der Einl.Zahl 387/7.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (14.39 Uhr)

Präsident Dr. Kurzmann: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Staller.

LTabg. Dipl.-Ing. Staller – FPÖ (14.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, werte Kollegen in den Reihen der Abgeordneten, meine Damen und Herren!

Was ist die Aufgabe eines gewählten Volksvertreters, wenn unser Land von einer der größten Krisen der letzten Jahre heimgesucht wird? Ist es unsere Aufgabe Kleidung zu sammeln, Decken zu verteilen und Jausenbrote zu schmieren? Also eigentlich reine Symptombekämpfung – wurden wir dafür gewählt? Ich denke, wir wurden dafür gewählt, um Rahmenbedingungen zu schaffen, um Lösungen möglich zu machen, *(Beifall bei der FPÖ)* um natürlich die Not und das Elend jener zu mildern, die in unser Land strömen, aber auch jener Menschen, die schon immer da sind, die hier leben und dieses Land aufgebaut haben, den Steirern die Angst zu nehmen und Sicherheit zu geben. *(Beifall bei der FPÖ)* Um Probleme lösen zu können, muss man sie zuerst benennen, sie ansprechen, darüber reden, sie zum Thema machen, Fakten sammeln, Zahlen erheben und die richtigen Fragen stellen – viele Fragen stellen. *(LTabg. Schwarz: „Ja, das waren leider die falschen Fragen!“)* Aber man muss auch zuhören, frei und unvoreingenommen, das Ohr bei den Landsleuten haben, von denen sehr viele voller Ängste und Sorgen sind und diese auch artikulieren und nicht totsichweigen und schönreden. *(LTabg. Riener: „Das tut ja keiner!“ - Beifall bei der FPÖ)* Vom Verharmlosen der Krise hat kein Migrant, der in Spielfeld ankommt, weniger Hunger; kein Polizist, der Tausenden Menschen gegenübersteht, weniger Angst und kein südsteirischer Weinbauer in der Krisenregion mehr Kundschaft. Auf Basis der Faktenlage ist es dann unsere Aufgabe zu diskutieren, zu verhandeln, Missstände aufzuzeigen, Vorschläge zu machen, Verbesserungspotentiale zu heben, Maßnahmen zu beschließen. Das ist genau das, was wir von der FPÖ tun. *(Beifall bei der FPÖ)* Wir tun das, wofür wir gewählt wurden: Wir machen unsere Arbeit. Wir bringen konkrete Lösungsvorschläge, wir nutzen die demokratiepolitisch vorgesehenen Werkzeuge, um uns zu artikulieren und Ihnen, meine Damen und Herren, diese Lösungsvorschläge auch näher zu bringen. Wir trauen uns das zu sagen, was viele in diesem Land denken, nichts sonst. *(Beifall bei der FPÖ)* Warum bevorzugen wir einen Sonderlandtag dem von der Regierung einberufenen Runden Tisch? Heute agieren wir in der Öffentlichkeit. Jeder kann die Debatte verfolgen. *(LTabg. MMag. Eibinger-Miedl und LTabg. Riener: „Na, geh! Das ist ja sehr schlau. Wir sollten was arbeiten!“)* Für Sie, meine Damen und Herren, heißt es Farbe zu bekennen, wie Sie zu unseren Argumenten stehen.

Bei einem Runden Tisch besteht die Gefahr, dass durch die Medien nur diese Ergebnisse präsentiert werden, die genehm sind. (*LTabg. Schwarz: „Ah so!“*) Die Reaktion: Wir treiben einen Keil, es ist eine Showbühne, ein Zirkus, unter der Würde dieses Hauses. Herr Klubobmann Schwarz, war das jetzt situationselastisch genug, „eingehen auf die Vorredner“? Ich erspare Ihnen (*Beifall bei der FPÖ*) die Aufzählung weiterer Schlagworte, Sie sind da ohnehin kreativer als ich.

Vor zwei Monaten haben wir das Asylchaos angeprangert und Grenzkontrollen gefordert und wir sind verteufelt worden. „Es gibt kein Chaos, wir brauchen keine Kontrollen.“ Inzwischen hört man auch aus Ihrem Mund, dass es ohne diese nicht mehr geht. Glauben Sie, meine Damen und Herren, wenn sich in drei Wochen oder drei Monaten herausstellt, dass die FPÖ wieder einmal Recht hatte, dann haben wir nichts davon und Sie nichts davon und die Steirer erst recht nicht. Ersparen Sie uns diese späte Genugtuung, wir verzichten gerne darauf. (*Beifall bei der FPÖ*) Handeln Sie jetzt. (*Beifall bei der FPÖ – 14.44 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Krusche.

Bundesrat Krusche – FPÖ (14.44 Uhr): Hohes Präsidium, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Meine kurzen Worte passen sehr gut auf meine Vorrednerin, obwohl wir die Rede nicht abgesprochen haben, aber sie hat in hervorragender Weise, im typischen Stil einer Technikerin sehr sachlich die Argumentation gebracht und gerade am Beginn dieser Sitzung ist ja sehr viel appelliert worden an die Sachlichkeit, an Verantwortungsbewusstsein, um ja keine Ängste zu schüren. Dies war natürlich auf die Freiheitliche Adresse gemünzt, dieser Appell. Ich komme jetzt trotzdem nicht umhin, einige Statements abzugeben, die Sie vielleicht dann so interpretieren werden, meine Damen und Herren. Die Situation ist außer Kontrolle und wir brauchen einen Zaun an der Grenze, denn man kann nicht zuschauen, dass die Polizei mit Menschenketten versucht, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Zu meinen, Frau Landesrätin, es reiche, immer mehr Quartiere zu schaffen, ist ein Irrglaube. Die Haltung alles zu tun, um die Flüchtlingsbewegung zu stoppen, ist nicht „rechts“, sondern realistisch. (*Beifall bei der FPÖ*) Die Menschen, die glauben, dass die Integration aller jener, die dann bei uns bleiben werden, kein Problem ist, die irren sich.

Die Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge müssen aus dem Geld der Steuerzahler bezahlt werden; um 95.000 Menschen zu versorgen, wird das eine Milliarde pro Jahr kosten. Wer hat das alles gesagt? Der Herr Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz in einem Interview mit Servus-TV. Was ist jetzt in Wirklichkeit passiert? Laut Schlagzeile in den ORF-News heute: Grenzzaun kommt nicht. Auch wenn Kollegin Jungwirth ihr Bedauern über diesen Zaun zum Ausdruck gebracht hat: Dieser Grenzzaun, angeblich auch auf Ersuchen Sloweniens, wird jetzt nur 3,7 km lang, dafür wird man zwei Monate benötigen. Es wird kein Stacheldraht kommen, aber es wird alles gemacht, um dann innerhalb von 48 Stunden einen richtigen, einen wirksamen Zaun errichten zu können. So haben das die Beamten - denn die Regierungsmitglieder haben sich nicht zu dieser Pressekonferenz getraut - gesagt. Also man könnte sagen, die typisch österreichische Lösung: Ein bisserl Zaun, vielleicht doch kein Zaun. Jedenfalls, Herr Landeshauptmann, Ihnen ist zumindest für kurze Zeit ein Stein vom Herzen gefallen. So werden Sie in diesem ORF-Pressetext zitiert. Man könnte das auch vielleicht interpretieren: Also ein bisserl wieder ein Rückzug vom Rückzug. Ist es jetzt doch nicht der Zaun, den Sie eigentlich wollten ursprünglich – oder nicht ursprünglich, aber in zweiter Lesung sozusagen? Sie beweisen jedenfalls diese Elastizität im hohen Maße, und ich glaube gerade diese Elastizität wird in Wirklichkeit zur Verwirrung der Bevölkerung beitragen.

Frau Jungwirth - sie ist jetzt leider nicht hier, zumindest sehe ich sie nicht – sie hat eine Art „Zaunphobie“. Sie spricht von der katastrophalen Symbolik dieses Zaunes. Ich vermisse nur einen Entschließungsantrag heute von ihr auf Änderung der Steiermärkischen Bauordnung, in der ab sofort das Errichten von Zäunen für jeden Grundbesitzer striktest untersagt wird, weil dieses furchtbare Bild kann man den Menschen ja nicht bieten. (*Beifall bei der FPÖ*) Es wurde auch gesagt von Ihnen, Frau Landesrätin Kampus, wie viel Sie im Verborgenen arbeiten, was ja gar nicht an die Öffentlichkeit kommt und Sie haben ein kleines - wie Sie selber gesagt haben - Beispiel angeführt, dass die Menschen aus der Grundversorgung, die in der Praktika-Unterkunft in Graz sind, herausgenommen werden sollen und in andere Unterkünfte verteilt werden sollen. Allein diese Aussage beweist eigentlich: Wenn Sie die als leuchtendes Beispiel Ihrer Arbeit bringen, dass Sie nicht verstanden haben, worum es den Menschen geht. Denen ist das nämlich völlig egal, ob dort die Menschen in der Grundversorgung drinnen sind, im Transit oder sonst wo.

Die haben einfach Sorge vor der großen Anzahl von Hilfesuchenden - oder wie immer man das korrekt sagt - in einem Heim. (*LTabg. Schwarz: „Das war ja Ihre Frage. Sie von der FPÖ haben ja die Frage gestellt!“*) Das war vorher. (*LTabg. Schwarz: „Das war Ihre Frage. Belästigen wir den Bundesrat nicht.“*) Dazu, was jetzt noch auf uns zukommt, das wurde ja heute gar nicht richtig angesprochen – nämlich die Integration. Die eine Milliarde haben wir ja schon gehört, aber das Teuerste wird die Integration werden, jener, die bei uns bleiben dürfen – Kindergärten, Schule und vor allem Arbeitsmarkt. 7 bis 9 % jener, die bei uns Asyl erhalten werden, werden maximal am Arbeitsmarkt unterbringbar sein und der viel zitierte, positive Wirtschaftseffekt auf das Wirtschaftswachstum mit 0,1 % ... (*LTabg. Schwarz: „Wer sagt das?“*) ... das sage ich Ihnen gleich – der mag schon stimmen, weil diese Asylwerber und Asylanten dann das Geld, das sie vom Staat bekommen, ausgeben. Das ist aus Schulden finanziertes Wirtschaftswachstum. Und jetzt sage ich Ihnen, wer das gesagt hat: Herr Finanzminister Schelling (*LTabg. Schwarz: „Ah so!“*) gestern bei einer Diskussion in der Amerikanischen Handelskammer. Das sind alles dieses Dinge, die die Menschen bewegen und wie werden die von der Bundesregierung kommuniziert? Über Servus-TV, in Diskussionsrunden in der Amerikanischen Handelskammer, aber von offizieller Seite wird nie die Wahrheit wirklich ehrlich kommuniziert. (*LTabg. Schwarz: „Dafür haben wir ja Sie!“*) Da werden die ganzen Appelle an die Einigkeit innerhalb der Fraktionen im Landtag nichts fruchten. Es wäre wesentlich vernünftiger, wenn Sie sich einmal innerhalb der Regierungsparteien einig werden zwischen Bund und Land. (*Beifall bei der FPÖ – LTabg. Schwarz: „Das ist ja unglaublich!“*) Herr Landeshauptmann, Sie haben das Verhalten der Bundesregierung heute wörtlich als beschämend bezeichnet. Da gebe ich Ihnen völlig Recht, aber tun Sie nicht so, als ob diese Bundesregierung aus zwei völlig anderen Parteien gebildet werden würde. Das sind SPÖ und ÖVP, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ – LTabg. Schwarz: „Für einen Bundesrat ist das schon sehr tief, was Sie da abliefern. Ehrlich!“*) Sie würden der ganzen Sache einen wesentlich besseren Dienst erweisen, wenn Sie die Wahrheit sagen. Die Bürger verlangen Wahrheit. Sagen Sie Ihnen, dass die Bundesregierung und alle Institutionen in der derzeitigen Situation überfordert sind und sagen Sie ihnen dann aber auch, dass wahrscheinlich unpopuläre Maßnahmen – unpopulär im Sinne des Gutmenschentums – wahrscheinlich notwendig sein werden. Dass ein unbegrenzter Zuzug nicht verkraftbar ist und einfach limitiert werden muss. (*Beifall bei der FPÖ*) Hören Sie auf mit dieser Verharmlosungspolitik und Beschwichtigungsversuchen.

Nur so wird es im Sinne der Worte von Herrn Landesrat Dr. Buchmann gelingen, Sicherheit und Vertrauen wieder zu vermitteln. Das, was Sie hier aber aufführen, mit diesem Eiertanz und was die Bundesregierung genauso aufführt, wird das nicht gelingen und wundern Sie sich dann nicht, wenn es natürlich böse und falsche Gerüchte gibt. Dafür haben Sie selbst die Verantwortung. (*Heiterkeit bei LTAbg. Schwarz -Beifall bei der FPÖ – 14.54 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als letzter Redner vorläufig zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schönleitner. (*LTAbg. Schwarz: „Also Ihre Wahrheit möchte ich nicht haben!“*)

LTAbg. Schönleitner - Grüne (14.55 Uhr): Danke, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung, Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Also die Frage - das hat Kollege Schwarz richtig hereingerufen - was die Praktika-Halle angeht, das ist auch von euch gekommen. Wie es dort aussieht, wie viele sind in der Grundversorgung (*LTAbg. Schwarz: „Das hat sich bis zum Bundesrat nicht durchgesprochen!“*), ja, wie viele sind nicht in der Grundversorgung und im Transitquartier als solche für kurze Zeit – hat euch interessiert. Aber darauf möchte ich nicht näher eingehen, weil ich glaube, dass es unterschiedliche Standpunkte gibt, die unterschiedlicher nicht sein könnten hier herinnen, das ist auch klar. Was mich allerdings verwundert hat, darum habe ich mich noch einmal gemeldet, das waren schon Sie, Herr Dr. Murgg. Ich verstehe ja, dass sie hier draußen emotional einiges zum Besten geben, was Sie von der FPÖ nicht so unterscheidet. Ich habe mich seinerzeit auch gewundert – ich kann mich noch erinnern, wie Kollege Mölzer von der FPÖ einmal herinnen gesprochen hat und Sie haben ihn sehr freundlich begrüßt oder Sie haben sogar, auf einem Video kann man es nachsehen, den Gaddafi verteidigt - es hat also verschiedene Dinge gegeben, die mich gewundert haben. Was mich heute aber besonders verwundert hat, Herr Dr. Murgg, ist, dass Sie letztendlich bei Staaten, die keine Grenzen oder keinen intensiven Grenzschutz haben, gesagt haben, dass diese „Eunuchen-Staaten“ wären. (*LTAbg. Dr. Murgg: „In besonderen Situationen!“*) Was ist dann mit dem Schengenraum? (*LTAbg. Dr. Murgg: „Aber mit Türen, das müssen Sie auch dazusagen!“*)

Wenn das stimmen würde, dann wären alle Schengen-Staaten Eunuchen-Staaten (*LTA*bg. Dr. Murgg: „*Das ist in einem besonderen Zusammenhang!*“) Na, so haben Sie es aber gesagt. (*LTA*bg. Dr. Murgg: „*Mit Türen, habe ich gesagt!*“ – Landesrat Dr. Buchmann: „*Könnt ihr euch zum Kaffee treffen oder zum Wodka?*“) Wenn es Ihnen jetzt vielleicht auch nicht mehr in Erinnerung ist, Sie haben von Eunuchen-Staaten gesprochen und offenbar ist es so. Sie können dann ohnehin noch einmal heraus kommen, aber Sie sind aggressiv. Ich verstehe schon, Herr Dr. Murgg: Speziell die KPÖ hat mit Staaten, die von starken Zäunen umgeben waren, ja eine gewisse Verbindung. Das hat man heute auch wieder gesehen. Ich sage schon auch dazu, ich sage das auch ganz bewusst, ich hätte mir schon erwartet und ich bin froh, dass alle anderen politischen Kräfte bei der Abstimmung herinnen bleiben im Landhaus. Dass ihr auszieht – und das ist mein Eindruck in der Debatte, weil Sie haben jetzt ganz klar gesagt, ich bin noch einmal hin gegangen und habe nachgefragt: Die KPÖ ist für den Grenzzaun. Das ist eine ganz klare Aussage (*LTA*bg. Dr. Murgg: „*Aber mit Türen. Das müssen Sie auch dazu sagen, das möchte ich ergänzt haben. Weil die Menschen nicht durch Mauern gehen, sondern durch Türen.*“) Herr Dr. Murgg, kommen Sie gerne mit mir mit hinunter nach Spielfeld. Wenn Sie sehen, wie die Situation ist, dann würden Sie zur Kenntnis nehmen müssen: Es kann noch so ein Zaun sein, wenn eine Türe ist – das war die Trichtergeschichte, dann ist es unangenehm. Wenn uns das Fachexperten sagen, die haben gesagt – Trichterlösung ist ein Stichwort von mir - das fordern dort Leute aus guten Gründen, nämlich parallel abzufertigen an den Grenzen. Was aber nicht helfen würde, das sagt uns auch ein jeder, das ist ein dichter Grenzzaun. Weil, wenn so viele Menschen auf der Flucht sind, die so viel auf sich genommen haben, dann bin ich mit einem Zaun letztendlich völlig nicht dort, dass ich die Flüchtlingskrise bewältigen kann. Das sage nicht nur ich, Herr Dr. Murgg, die Diakonie hat das heute wieder gesagt, viele NGO's sagen es und die haben sehr viel Erfahrung, sehr viel Know-how, wenn es darum geht, wie mit Menschen in solchen Situationen umgegangen wird. Mich verwundert es nur, das möchte ich noch einmal festhalten, dass die KPÖ letztendlich doch - das bleibt unter dem Strich übrig - für diesen Grenzzaun ist. Das muss man ganz klar sagen. Was die Abfertigungssituation, Herr Dr. Murgg, vor Ort anlangt, dann geht es darum - und das haben wir gefordert, Sie können unsere Presseaussendungen in den letzten Wochen durchlesen - die Situation zu verbessern.

Wenn Sie einen Tag haben, wie den Freitag, an dem ich unten war und die Menschen stehen vier bis fünf Stunden im Abfertigungsbereich, darunter kleine Kinder, und sie kommen in einer Trichtersituation immer enger hinein und es gibt keine Parallelabfertigung, dadurch lange Zeit, dann ist die medizinische Situation so fatal, dass dort Menschen kollabieren. Die Trichterlösung wegzubringen – das sind im Übrigen auch die Worte von Herrn Minister Klug gewesen – bringt natürlich was, wenn man parallel an dieser Grenzübertrittsstelle abfertigt. Warum sind denn dort so viele Menschen auf einem Punkt gewesen? Weil Europa eben nicht funktioniert und in der Kooperation mit Slowenien es nicht gelungen ist, diese Konzentrationen zu vermeiden. Die werden ja mit Bussen dort hingebacht, die Menschen. Ich sage es vereinfacht: Wenn Sie so für Grenzen sind, hätte man sich mit Slowenien verständigt, dass ein Teil der Abfertigung z.B. im Bereich oder etliche Kilometer innerhalb des Landes wäre, so wäre das für die Betroffenen besser gewesen. Das sage alles nicht ich, das sagen uns Menschen, die sich sehr viel damit beschäftigen. Aber mich irritiert schon, wenn eure Botschaft ist, ein Zaun würde das Problem lösen. Ich hätte mir gewünscht, Herr Dr. Murgg - letzter Satz zur KPÖ - dass ihr bei der Abstimmung den Mut habt, herinnen zu bleiben. (*LTAvg. Klimt-Weithaler: „Da geht es nicht um Mut, Lambert!“ – LTAvg. Dr. Murgg: „Das müssen Sie endlich zur Kenntnis nehmen!“*) Ja, ich weiß schon. Mein Eindruck ist, auch wenn ihr euch noch so aufregt: Euch geht es nicht darum, um euch von der FPÖ zu distanzieren, sondern euch geht es darum, vor der Abstimmung über den Grenzzaun zu flüchten. Das ist die Tatsache. Ansonsten könnte eine demokratische Partei bei einer Abstimmung, auch wenn man anderer Meinung ist, im Landtag herinnen bleiben. Danke für die Aufmerksamkeit. (15.00 Uhr)

Präsident Dr. Kurzmann: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP, Einl.Zahl 387/7, zur ersten Dringlichen Anfrage betreffend „Verantwortung für die Bevölkerung“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Wir gehen in die punktuelle Abstimmung, weil eine solche verlangt worden ist.

Beim ersten Punkt geht es um die Ressourcen für Polizei, Bundesheer, Grenzschutz und verpflichtende Quote auf europäischer Ebene. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen?

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen worden, und zwar mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen. (*LTabg. Riener: „Nein!“*) Nein? Nur SPÖ und ÖVP – Entschuldigung.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Der Punkt dieses Antrages wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ, GRÜNE und KPÖ angenommen.)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 387 – (*Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP*) ach, das ist erledigt.

Wir kommen zum zweiten Punkt, und zwar geht es beim zweiten Punkt um die Einsetzung eines Bund- und Ländergipfels. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen?

Einstimmig angenommen.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Der Punkt dieses Antrages wurde einstimmig angenommen.)

Punkt drei, da geht es um technische Sicherungsmaßnahmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen?

Mehrheitlich angenommen, gegen die Stimmen der Grünen – SPÖ, ÖVP, FPÖ gegen Grün.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Der Punkt dieses Antrages wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von GRÜN und KPÖ angenommen.)

Vierter Punkt, da geht es um die medizinische Versorgung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Mehrheitlich angenommen, mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Der Punkt dieses Antrages wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und GRÜNE gegen die Stimmen von FPÖ und KPÖ angenommen.)

Beim fünften Punkt geht es um die Unterbringung von Menschen in eigenen Quartieren. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Einstimmig angenommen. Danke.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Der Punkt dieses Antrages wurde einstimmig angenommen.)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 387/2, zur ersten Dringlichen Anfrage betreffend „Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen: die Steiermark braucht mehr Polizisten!“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, GRÜNE und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 387/3, zur ersten Dringlichen Anfrage betreffend „Runder Tisch der Länder in der Asylfrage – Bundesregierung rücktrittsreif?“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat auch nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, GRÜNE und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der GRÜNEN, Einl.Zahl 387/5, zur ersten Dringlichen Anfrage betreffend „Kein Grenzzaun an der steirisch-slowenischen Grenze“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag ist in der Minderheit geblieben.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von GRÜNE gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der GRÜNEN, Einl.Zahl 387/6, zur ersten Dringlichen Anfrage betreffend „Verbesserungen in der steirischen Asylpolitik“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch hier wurde die punktuelle Abstimmung gefordert.

Beim Punkt eins geht es um ein humanes Grenzmanagement. Ich bitte, wer diesem Punkt zustimmt, um ein Zeichen mit der Hand.

- 1) a) Trichterkonstruktionen – wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Der Punkt dieses Antrages hat mit den Stimmen von GRÜNE gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

- 1) b) Da geht es darum die medizinische Versorgung in Spielfeld weiter zu verstärken.

Wer für diesen Punkt ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Hat auch nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Der Punkt dieses Antrages hat mit den Stimmen von GRÜNE gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Der nächste Punkt, da geht es um die Finanzierung und Organisation warmer Mahlzeiten.

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Auch nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Der Punkt dieses Antrages hat mit den Stimmen von GRÜNE gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Punkt 2), da geht es um nicht längerfristig in Transitquartieren – oder dass sich die Flüchtlinge nicht länger in Transitquartieren aufhalten, wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat auch nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Der Punkt dieses Antrages hat mit den Stimmen von GRÜNE gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Bei Punkt 3) geht es um die Unterkunft von Asylwerberinnen in privaten Unterkünften zu erleichtern. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Auch hier ist nicht die erforderliche Mehrheit gegeben.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Der Punkt dieses Antrages hat mit den Stimmen von GRÜNE gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 388/2, zur zweiten Dringlichen Anfrage betreffend „Kündigung der Grundversorgungsvereinbarung – Art. 15a B-VG“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat nicht die notwendige Zustimmung gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, GRÜNE und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 389/2, zur dritten Dringlichen Anfrage betreffend „Zeitlich begrenzte Aufhebung der Mautpflicht auf dem Autobahnabschnitt Straß-Spielfeld bis zur österreichisch-slowenischen Grenze auf der A9“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat nicht die notwendige Mehrheit gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, GRÜNE und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 389/3, zur dritten Dringlichen Anfrage betreffend „Österreichische EU-Beitragszahlungen für vom Asylchaos betroffene Südsteiermark verwenden!“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat nicht die notwendige Mehrheit gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, GRÜNE und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 389/4, zur dritten Dringlichen Anfrage betreffend „Finanzielle Unterstützung der südsteirischen Betriebe“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat nicht die Mehrheit gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, GRÜNE und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung am 24. November 2015 statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wurde bereits verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Sitzung beendet.

Ende: 15.08 Uhr